

Stenographisches Protokoll

64. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 29. Oktober 2008

Inhalt

Fragestunde (S. 5917)

Aktuelle Stunde (S. 5932)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Konjunkturpaket für Kärnten“

Redner: Seiser (S. 5932), Ing. Scheuch (S. 5934), Tauschitz (S. 5935), Holub (S. 5936), Schwager (S. 5937), Ing. Rohr (S. 5938), Mag. Dobernig (S. 5940), Dr. Martinz (S. 5941), Dr. Lesjak (S. 5942), Markut (S. 5943), Dörfler (S. 5945), Lutschounig (S. 5946), Strauß (S. 5947),

Mitteilung des Einlaufes (S. 5949)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 5949)

1. Ldtgs.Zl. 288-6/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend AUA Verkauf

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5949)

Zur Dringlichkeit: Schober (S. 5950), Tauschitz (S. 5950)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: ja) (S. 5951)

Debatte: Holub (S. 5951)

Mehrheitliche Annahme (F: ja, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: ja) (S. 5951)

2. Ldtgs.Zl. 402-5/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Beschäftigungs- und Wachstumsinitiative für Kärnten – Co-Finanzierung durch das Land Kärnten und Errichtung eines eigenen Mittelstandsfonds im Land Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5951)

Zur Dringlichkeit: Seiser (S. 5952), Mag. Ragger (S. 5952)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5953)

Debatte: Schwager (S. 5953), Holub (S. 5953)

Einstimmige Annahme (S. 5953)

3. Ldtgs.Zl. 402-8/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Konjunkturpaket für Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Seiser (S. 5954)

Zur Dringlichkeit: Ing. Scheuch (S. 5955), Tauschitz (S. 5956)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: nein, Grüne: ja, Schwager: ja) (S. 5956)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 5956)

4. Ldtgs.Zl. 236-12/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend sofortige Aufhebung des im Jahre 2005 beschlossenen Belastungspaketes – Kärntner Steuerreform

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Hueter (S. 5956)

Zur Dringlichkeit: Vouk (S. 5957), Stark (S. 5957)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: ja) (S. 5958)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 5958)

5. Ldtgs.Zl. 65-33/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Gratiskindergarten und Schulstartgeld – finanzielle Absicherung für das nächste Jahr

Zur Begründung der Dringlichkeit: Lutschounig (S. 5958)

Zur Dringlichkeit: Dr. Prettnner (S. 5959), Rossmann (S. 5960)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5960)

Debatte: Dr. Lesjak (S. 5960), Strauß (S. 5961), Arbeiter (S. 5962)

Einstimmige Annahme (S. 5963)

6. Ldtgs.Zl. 281-30/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Schulbaufonds – Änderung des Schulgesetzes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Grilc (S. 5963)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5963), Seiser (S. 5964)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5964)

Einstimmige Annahme (S. 5964)

7. Ldtgs.Zl. 301-7/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Ostspange für Klagenfurt

Zur Begründung der Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5964)

Zur Dringlichkeit: Mag. Trannacher (S. 5965), Ing. Haas (S. 5965)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: nein, Schwager: nein) (S. 5966)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 5966)

8. Ldtgs.Zl. 402-7/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Rechtsschutz für AVW Anleger

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 5966)

Zur Dringlichkeit: Tiefnig (S. 5967), Tauschitz (S. 5967)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, Schwager: ja) (S. 5968)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5968)

9. Ldtgs.Zl. 333-6/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009 in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Trannacher (S. 5968),

Zur Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5969), Ing. Scheuch (S. 5970)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: nein, Grüne: ja, Schwager: nein) (S. 5971)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5971)

10. Ldtgs.Zl. 45-29/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rechnungsabschluss 2006, Rechnungsabschluss 2007, Landesvoranschlagsentwurf 2009 und Budgetbericht

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schlagholz (S. 5972)

Zur Dringlichkeit: Willegger (S. 5973), Tauschitz (S. 5973)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: nein, Grüne: ja, Schwager: ja) (S. 5974)

Zuweisung: Ausschuss für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen (S. 5974)

11. Ldtgs.Zl. 236-10/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und der Grünen betreffend Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schlagholz (S. 5974)

Zur Dringlichkeit: Zellot (S. 5975), Tauschitz (S. 5975)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5975)

Debatte: Holub (S. 5975)

Einstimmige Annahme (S. 5976)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 5976)

C) Schriftliche Anfragen (S. 5977)

D) Petitionen (S. 5977)

Schlussansprache des Vorsitzenden (S. 5977)

Beginn: Mittwoch, 29.10.2008, 18.05 Uhr

Ende: Mittwoch, 29.10.2008, 22.28 Uhr

Beginn der Sitzung: 18.05 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Dr. Strutz**

Anwesend: 36 Abgeordnete

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dörfler**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Scheuch**, Landesrat **Mag. Dobernig**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Kaiser**, Landesrätin **Mag. Cernic**, Landesrat **Dr. Martinz**

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Kampl, Mitterer, Molzbichler, Blatnik**

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **Dr. Platzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf die 64. Sitzung des Kärntner Landtages eröffnen und begrüße Sie sehr herzlich! Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet heute eine sogenannte verlangte Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Absatz 2 der Kärntner Landtagsge-

schäftsordnung haben die Antragsteller die Erörterung eines Dringlichkeitsantrages betreffend Konjunkturpaket für Kärnten angekündigt und diese heutige Sitzung wurde fristgerecht einberufen. Ich darf die Herren auf der Zuhörertribüne herzlich begrüßen! Ich begrüße hier auch die Vertreter der Regierungsbank und zwar allen voran Herrn Landeshauptmann Gerhard Dörfler, herzlich willkommen, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Uwe Scheuch, Herrn Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reinhart Rohr sowie Herrn Landesrat Mag. Dr. Peter Kaiser, Frau Landesrätin Mag. Nicole Cernic. Aber auch Herr Landesrat Dr. Josef Martinz ist bereits hier im Hause unterwegs, ebenfalls ein herzliches Willkommen! Herzlich willkommen auch die Vertreter der Länderkammer, die Bundesräte, bei der heutigen Sitzung und natürlich die hohe Fachbeamtenschaft, an der Spitze der Leiter der Verfassungsabteilung, Herr Dr. Glantschnig, Herr Landesamtsdirektor Reinhard Sladko, sein Stellvertreter Dr. Platzer sowie der Leiter des Rechnungshofes, Direktor Reithofer. Herzlich willkommen bei der heutigen Sitzung! Der Landtag ist beschlussfähig, es sind mir keine Entschuldigungen eingegangen, Geburtstage haben wir auch keine, so können wir heute somit zur

Fragestunde

schreiten und ich komme zur Aufrufung der ersten Anfrage.

1. Ldtgs.Zl. 460/M/29:

Anfrage des Herrn Abgeordneten Holub an Herrn Landeshauptmann Dörfler

Ich ersuche, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Herren auf der Tribüne! Geschätzter Herr Landeshauptmann! In Kärnten gibt es rund 100.000 Pendlerinnen und Pendler. (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Es stimmt, guter Diagnostiker! Ich habe schon den Damen und Herren gesagt, dass sie bitte ein bisserl dumpfer mitschreiben, damit man das in der Nachwelt auch weiß, dass ich halt einen Schnupfen gehabt habe. Herr Landeshauptmann, in Kärnten gibt es rund 100.000 Pendlerinnen und Pendler. Im Jahr 1971 lag der Anteil der Pendlerinnen und Pendler, die den öffentlichen Verkehr benutzten, noch bei 21 Prozent, im Jahre 2008 liegt der Anteil nur mehr bei knapp 7 Prozent. Jetzt belastet der hohe Spritpreis natürlich die PendlerInnen und das Auto wird immer mehr zur Kostenfalle. Und auch die Landestankstellen, wie man gemerkt hat, sind nicht das probate Mittel, da entgegen zu wirken. Deswegen meine Frage an Sie als Verkehrsreferent:

Wann werden Sie die kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zur Entlastung der PendlerInnen infolge des steigenden Spritpreises in Kärnten ermöglichen?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Holub! Zuerst darf ich dir gute Besserung wünschen, möge dein Schnupfen bald wieder Vergangenheit sein, denn Gesundheit ist das wichtigste Gut, das man überhaupt haben kann, noch wichtiger als kostenlose Verkehrsverbindungen. Vielleicht ganz kurz, wie sich die Budgets im Bereich des öffentlichen Verkehrs entwickelt haben. Zuerst einmal haben wir in den letzten Jahren eine Eisenbahninfrastruktur übernommen, die die schlechteste in Österreich war. Das ist ja ausreichend bekannt, wenn Sie an die Bahnhöfe in Kärnten denken, wenn Sie an die Zugsgarnituren denken, wenn Sie aber auch an die Qualität des Schienennetzes denken. Das heißt, es war überhaupt notwendig in den letzten Jahren, eine entsprechende Ausbauoffensive umzusetzen und ich darf die wichtigsten Projekte aufzählen. Damit überhaupt Fahrgäste in einen Zug steigen, musste eine große Bahnhofsbauoffensive unter Verkehrsminister Hubert Gorbach durchgeführt werden. Bahnhof Klagenfurt, Bauzeit 2003 – 2005, 66 Millionen

Euro, Bahnhof Friesach, 2003 – 2004, 5 Millionen Euro, Bahnhof Treibach-Althofen, in den Jahren 2003 – 2004, 5 Millionen Euro, Villach-Westbahnhof, 2006 – 2008 fertig, 20 Millionen Euro, kleine Investitionen in St. Georgen am Längsee, in Kappel am Krappfeld mit jeweils 100.000,- Euro. Faaker See, 2007 gebaut, 7,4 Millionen Euro, Kleblach-Lind im Drautal, 0,34 Millionen Euro, Töschling, 0,2 Millionen Euro, in Hermagor werden heuer noch 1 Million Euro investiert, wichtig für die Nebenbahn. Ebenso in Kötschach-Mauthen 1 Million Euro, in Bleiburg-Stadt derzeit in Bau der Bahnhof Bleiburg, in Umbau und Modernisierung 5 Millionen Euro, Paternion/Feistritz, das kommt noch dazu 2009, das ist bereits fixiert, 3 Millionen Euro. Das heißt, in Kärnten wurden in den letzten Jahren ab 2003 114 Millionen Euro in die Bahnqualitätsverbesserungsoffensive investiert, damit wir überhaupt einmal den Fahrgästen sagen können, bitte kommen Sie wieder in den Zug! Das Zweite dazu, die Entwicklung der Budgetmittel im Land Kärnten: 2006 12,6 Millionen für öffentlichen Verkehr und öffentliche Verkehrsinvestitionen, 2007 13 Millionen und 2008 sind es 22,4 Millionen Euro. Das heißt, auch das Landesbudget wurde für den öffentlichen Verkehr und öffentliche Verkehrsinvestitionen entsprechend erhöht und verbessert.

Wir haben in Kärnten aber auch die Situation, dass wir natürlich einen relativ kleinen Zentralraum haben. Dazu zähle ich natürlich die Landeshauptstadt, Villach, (*Abg. Lutschounig: Ah, ist es schon so weit? Die Landeshauptstadt Villach?*) Spittal, Wolfsberg. Das ist eine Achse, die quasi so etwas wie eine Zentrumsfunktion hat und ich möchte festhalten, dass wir deshalb auch eine zweigeteilte Verkehrspolitik brauchen. Das ist einerseits natürlich die entsprechende Stärkung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs – die Zahlen beweisen ja, dass da große Investitionen durchgeführt wurden – das Zweite ist aber auch, dass es viele Pendler aus dem ländlichen Raum gibt, wo du ein öffentliches Verkehrsdienstleistungsangebot, das eine entsprechend dichte Fahrplanqualität hat, nicht anbieten kannst. Das wäre volkswirtschaftlich nicht möglich und sinnvoll. Daher haben wir auch im Land Kärnten die höchste Pendlerförderung im Vergleich der österreichischen Bundesländer. Die Zahlen dazu: In Kärnten wird ein Pendler oder ein Einwohner pro Jahr mit 7,4

Dörfler

Euro gefördert, im Burgenland mit 1 Euro, in Niederösterreich mit 1,3 Euro, in Oberösterreich etwas höher mit 2,2, Salzburg hat überhaupt keine Pendlerförderung, Steiermark 0,6, Tirol 0,2, in Vorarlberg keine. In Euro umgerechnet bedeutet das, dass Kärnten 4,2 Millionen Euro Pendlerförderung über die Arbeitnehmerförderung – danke, Kollege Scheuch – auszahlt, das Burgenland 266.000,-, die Steiermark 705.000,-, Tirol bescheidene 115.000,-, Oberösterreich 3 Millionen Euro und Niederösterreich 2 Millionen Euro. Das heißt, Kärnten hat ein zweigeteiltes Pendlerförderwesen. Einerseits die Verbesserung des Angebotes, die ja mit dem Kärntentakt in den nächsten Wochen noch wesentlich verbessert wird und andererseits aber auch eine entsprechende Förderung vieler Arbeitnehmer im ländlichen Bereich. Es ist einfach notwendig und hilft den Pendlern, weil sie tatsächlich durch die Treibstoffpreisentwicklung natürlich riesen Kostenprobleme haben. Ich darf auch mitteilen, dass der VCÖ beim Bahnfest 2008 Kärnten ein gutes Zeugnis ausgestellt hat. Wir waren immer vom VCÖ mit der roten Karte sozusagen – ist ja auch eine rote Erbschaft, die ÖBB, passt farblich gut zusammen – ausgezeichnet, jetzt haben wir eine grüne Karte. *(Vorsitzender. Halbe Minute noch!)*

Ich darf festhalten, dass es tatsächlich in den letzten Jahren gelungen ist, die Schieneninfrastruktur, die Angebote, die Qualität, was die Infrastruktur der Bahnhöfe, des Wagenmaterials anlangt, endlich auf den neuesten Stand zu bringen. Wir haben heuer auch bereits stark steigende Fahrgastzahlen. Das hat natürlich mit verbesserten Angeboten zu tun und wir können festhalten, dass im Fernverkehr wie auch im Nahverkehr der Umstieg auf Schiene und Bus wesentlich gesteigert werden konnte. Da sichern wir Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehrsbereich, was mir besonders wichtig ist *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* und wir schonen, was mich für alle freut, auch die Umwelt! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Vom BZÖ hat sich Herr Abgeordneter Trettenbrein zu Wort gemeldet mit einer Zusatzfrage. Bitte diese zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Landeshauptmann! Welche umwelt- und verkehrstechnischen Akzente sind für die Kärntner Pendler in nächster Zukunft geplant?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Wir haben auch ein Verstärkungspendlerförderungspaket mit einer Dotierung von 3 Millionen Euro, das einerseits die Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, fördern wird, das andererseits aber auch die, die den öffentlichen Verkehr nutzen, fördern wird. Das heißt, das ist erstmals auch eine Pendlerförderung, die beide Verkehrsströme und -nutzer, die auf das Auto angewiesen sind, durch diese immense Treibstoffpreisentwicklung – wobei man schon sagen muss, es gibt ja zwei Ölscheichs. Die, die das Erdöl liefern und den Herrn Finanzminister, der mit der Mineralölsteuererhöhung einerseits und andererseits auch mit jeder Treibstoffpreiserhöhung durch höhere Mehrwertsteuereinnahmen, Steuererhöhungsprogramme, entsprechende Einkünfte erzielt.

Es ist bekannt, dass durch die Mineralölsteuer des letzten Jahres die Kosten für Pendler massiv, drastisch erhöht wurden. Es ist festzuhalten, dass die Bundesregierung beim Aussackeln der Autofahrer unter dem Titel „Klimaschutz“ letztes Jahr ordentlich abkassiert hat. Das heißt, es sind ungefähr 700 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und auch die Erhöhung der Treibstoffpreise geflossen. Wenn man dagegen rechnet, dass im Bereich der Pendlerförderung läppische Peanuts zurück gegeben wurden, dann muss man festhalten, dass der Finanzminister der größte Profiteur aus der Erhöhung der Mineralölsteuer ist und andererseits durch die ständig steigenden Preise nach oben entsprechend mehr Mehrwertsteuereinnahmen hat. Man hat zwar einen Klimafonds mit Geldmitteln dotiert, nur, ich kann keine Akzente erkennen. Wir haben beispielsweise für den „Kärnten-Takt“ auch Mittel aus dem Klimafonds angesprochen, bis heute gibt es nicht einmal konkrete Äußerungen dazu. Das heißt, da hat man scheinbar eine Kasse hingestellt und man kann sie nicht nutzen. Ich denke, dass es dringend notwendig ist, dass die Bundesregierung endlich einen lebendigen Klimafonds insofern hat, dass, wenn die Bundesländer oder die

Dörfler

Städte und die Gemeinden Klimaschutz, Verkehrsschutzprojekte einreichen, auch tatsächlich schnelle Entscheidungen stattfinden und eine entsprechende Dotierung vorhanden ist. Herr Wabl hat zwar lange Haare, aber ich habe ein langes Gesicht, weil aus dem Klimafonds kein Geld kommt. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? Bitte, Herr Abgeordneter Schober!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann! Die Arbeiterkammer bezahlt nach bestimmten Richtlinien Gelder, die vom Land zur Verfügung gestellt werden, in Richtung Arbeitnehmerförderung aus. Es hat hier in der Vergangenheit durchaus verschiedene Standpunkte zwischen Ihnen und dem verstorbenen Landeshauptmann gegeben.

Werden Sie diese Richtlinien oder haben Sie die Absicht, diese bestehenden Richtlinien zu ändern, nämlich dort, wo bereits öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind, die Arbeitnehmerförderung zu kürzen oder zu reduzieren?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Das Gegenteil ist der Fall, es ist ausreichend bekannt, dass es eine zusätzliche Pendlerförderung mit 3 Millionen Euro gibt, zur bisherigen Pendlerförderung, die über die Arbeitnehmerförderung und über die Arbeiterkammer ausgezahlt wird. Es ist ohnedies bitter genug – der Bund kassiert eine höhere Mineralölsteuer, der Bund kassiert mehr Mehrwertsteuer und das Land muss den Pendlern aus Landesmitteln zusätzlich Millionen von Euro zur Verfügung stellen. Das ist wirklich eine Politik zu Lasten der Autofahrer. Die Autofahrer sind nach wie vor die Melkkühe der Nation! Der Bund kassiert ab und wir müssen, um die Arbeitswege überhaupt leistbar zu machen oder den Menschen die Kosten zu ersparen, Landesmittel einsetzen. Das sind in Summe, wenn ich die Arbeitnehmerförderung hernehme, in der Zwischenzeit fast 5 Millionen Euro und die 3 Millionen Euro zu-

sätzlich, die wir heuer aufgrund der dramatischen Treibstoffpreisentwicklung auszahlen müssen, damit man überhaupt noch in die Arbeit fahren kann. Das ist ohnedies dramatisch, dass man quasi eine Förderung geben muss, damit Menschen nicht noch etwas dazu zahlen, wenn sie in die Arbeit fahren. Das heißt, ich muss festhalten, dass das Land Kärnten insgesamt die höchste Pendlerförderung im Vergleich der Bundesländer hat, dies habe ich schon ausreichend dargestellt. Wir müssen zusätzlich drei Millionen zur Verfügung stellen.

Ich würde mir dringend erwarten, dass wir auch ein Kärntenpaket an die Bundesregierung herantragen werden – die sich hoffentlich irgendwann einmal zu einer vernünftigen Arbeit aufraffen wird müssen – dass wir auch eine Rücknahme der Treibstoffpreiserhöhung verlangen werden müssen. Denn der Bund kassiert, die Länder zahlen und die Pendler stöhnen, das ist das Bild, welches wir im Moment haben. Ich glaube, da müssen wir auch gemeinsam dafür Sorge tragen, denn es kann nicht sein, dass der Herr Molterer abkassiert und das Landesbudget wird belastet. Man muss da entsprechend fair ausgleichen und auch den Pendlern nicht durch höhere Treibstoffpreise und durch höhere Steuern das Leben schwer machen, sondern tatsächlich auch entsprechende Pendlerförderungsmaßnahmen setzen für den öffentlichen Verkehr, genauso für die, die auf das Auto angewiesen sind. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Bitte, dann hat der Anfrager noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Als ich 2004 in den Landtag kam, habe ich gleich versucht, mich in den öffentlichen Verkehr einzulesen und da bin ich draufgekommen, dass Kärnten Schlusslicht ist im öffentlichen Verkehr und dass man über vier, fünf Jahre keinen einzigen Cent dafür gegeben hatte. Ich habe in Ihrer Person gemerkt, dass Sie sich des öffentlichen Verkehrs annehmen, immer mehr und begrüße das

Holub

auch. Ich begrüße auch sehr den jetzt kommenden Kärnten Takt. Jetzt habe ich geschaut, wo der Kärnten Takt herkommt und habe gefunden ein Verkehrskonzept aus dem Jahr 1994.

Jetzt einfach nur meine Frage: Warum dauert das 14, 15 Jahre, bis etwas, das im Konzept drin steht, umgesetzt wird?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Ich habe schon erklärt, dass in Kärnten vor einigen Jahren Taktverkehr von den Pendlern nicht angenommen worden wäre und zweitens, seien wir doch ehrlich, waren die letzten Jahrzehnte die Jahre des Autos. Wir sind eine Gesellschaft, die extrem autolastig und autoverliebt war, jedoch nun immer weniger ist, das ist das Erfreuliche. Das heißt, die Politik kann nicht Zwangsangebote, wenn ich das so formulieren darf, und das für viel öffentliches Geld anbieten. Wir hatten eine andere Mobilitätszeit. Das ist ein Faktum, dass das Auto sozusagen die Verkehrswege erobert hat, was nicht immer vernünftig ist. Ich wundere mich schon, wie viel in Städten wie Klagenfurt und Villach das Auto zum Stauen in der Stadt verwendet wird, von Menschen, die einen Kilometer von der Wohnung zum Arbeitsplatz haben. Das ist ein Verhalten, das die Politik nicht unbedingt steuern kann, das ist die Verantwortung auch des Einzelnen. Jetzt ist es so, dass die Zeit der Autoverliebtheit aus Kostengründen, durchaus auch aus Umweltgründen langsam zurückgeht – jetzt kommt man drauf, dass zumindest kurze Wege mit Rad und per Fuß durchaus für die Gesundheit interessant sind – dass diese Zeit sich dem Ende zuneigt. Es gibt mehrere Gründe dafür.

Das zweite ist, dass wir, wie ich es heute schon dargestellt habe, in Kärnten eine derartig schlechte Infrastruktur hatten. Wer die alten Bahnhöfe vor fünf, sechs Jahren gekannt hat, kennt den Unterschied, da muss man erst auf die Idee kommen, so einen Bahnhof zu besuchen. Das heißt, es waren weder das Ein- und Aussteigen attraktiv, noch die Züge selbst. Kärnten hatte immer die schlechtesten Zugsgarnituren. Ich glaube, man kann festhalten, dass es unter Verkehrsreferent Dörfler und unter Vizekanzler und Verkehrsminister Gorbach, der ein Herz für Kärnten hatte wie kein zweiter, der uns wirklich viel geholfen hat für Straße und Schiene, dass es

gelingen ist, diese Defizite zu beseitigen, das ist ein Faktum. Im Gegensatz dazu bin ich nach wie vor tief betroffen und frustriert, dass der derzeitige Verkehrsminister Faymann die Planungsmittel für den Zentralraum vom Tisch gewischt hat. Ich glaube, das muss unsere gemeinsame politische Aufgabe sein, auch wenn der Abgeordnete Vouk immer bescheiden hinunter schaut, weil scheinbar sind ihm die Gemeinden am Wörthersee egal, wenn der Herr Faymann kein Geld herausrückt. (*Abg. Vouk: Hast du ein Problem, oder was?*) Herr Bürgermeister, Sie sitzen auch im Landtag! Ich erwarte mir Gemeinsamkeiten und nicht Verteidigungen! Denn Kollege Rohr hat beispielsweise in der Streitkultur am Montag den Verkehrsminister verteidigt, dass er die Planungsmittel, die bereits im Rahmenplan vorhanden waren gestrichen hat, das muss man wissen, Herr Abgeordneter, unter Gorbach waren die 4 Millionen Euro Planungsmittel drin. (*LH-Stv. Ing. Rohr: Es ist keine Finanzierung gesichert! – Zwischenruf von Abg. Vouk.*) Herr Kollege Rohr, erzählen Sie keine Märchen! Die SPÖ wird immer ganz nervös. (*Anhaltende Zwischenrufe im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. – Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann bitte!*) Die SPÖ ist nervös, weil sie derzeit einen Verkehrsminister hat und verteidigen muss, der in Kärnten kein einziges Projekt initiiert hat, der ausschließlich die Projekte verkauft hat, die wir gemeinsam mit Gorbach paktiert haben, das ist ein Faktum! Damals hat, das ist ausreichend bekannt, die Kollegin Schaunig gegen die Finanzierung des Koralmprojektes gestimmt. Herr Kollege Rohr, dir immer auch ein Danke schön, dass du dafür gestimmt hast! Da warst du klug im Gegensatz zur Vorsitzenden, die der SPÖ entschwunden ist. Daher bitte auch an alle politischen Parteien im Landtag dafür Sorge zu tragen, dass jeder auf seiner Ebene seine politisch Verantwortlichen in Wien überzeugt, wie wichtig diese 4 bis 5 Millionen Euro Planungsgeld für Klagenfurt, für die Wörthersee-Gemeinden und für Villach sind. Das muss uns Gemeinsamkeit bedeuten, und Herr Abgeordneter Vouk, das ist ein Aufruf besonders an dich als Eisenbahner! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen zur Anfrage 2.

**2. Ldtgs.Zl. 461/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Warmuth
an Zweiten Landeshauptmann-Stell-
vertreter Ing. Rohr**

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema „Freiwilligenarbeit“ ist derzeit in der Öffentlichkeit ein Konfliktthema, insbesondere in Betrieben und bei Arbeitnehmern, wenn es darum geht, eine Freistellung für ehrenamtlich Tätige zu erwirken.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Rohr, als Feuerwehrreferent stelle ich folgende Frage an Sie: Wie lautet Ihr Verhandlungsergebnis mit der Bundesregierung betreffend des einstimmigen Beschlusses im Kärntner Landtag vom 9. November 2006 mit dem Titel „Unterstützung für Betriebe, die Feuerwehrleute und Mitglieder freiwilliger Hilfsorganisationen anstellen“?

(Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Ing. Rohr das Wort.)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Regierungskollegin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Frau Abgeordnete Warmuth! Es ist eine lange Geschichte, seit dem Jahr 2002 wird ständig mit der Bundesregierung korrespondiert. Der Landeshauptmann, damals Dr. Haider, hat Briefe geschrieben, der damalige Feuerwehrreferent hat Briefe geschrieben an den Bundeskanzler. Die Lösung einer unfallversicherungs- und arbeitsrechtlichen Absicherung bei verunfallten Einsatzkräften ist bis dato nicht zustande gekommen. Dann hat es den Auftrag des Landtages gegeben, ich habe selbstverständlich auch an Bundeskanzler Gusenbauer, und ich erinnere mich, dass auch der Landeshauptmann

gesagt hat, dass er dieses Thema in der Landeshauptleutekonferenz entsprechend bearbeiten wird. Lösung hat es bis zum heutigen Tag trotzdem keine gegeben. Jetzt bin ich mir natürlich absolut sicher, dass die Freiwilligkeit ganz hohe Priorität zu haben hat, auch, was das Verständnis von Arbeitgebern betrifft. Da wäre es natürlich schön, wenn man die Entgeltfortzahlung, zumindest für Verunfallte oder Hilfskräfte sicherstellen könnte. Sie wissen, das ist unter einer schwarz-blauen Bundesregierung abgeschafft worden, daher ist diese Möglichkeit nicht gegeben.

Ich bin jetzt so weit, dass ich mit einem Versicherungsmodell versuche, zu prüfen, inwieweit wir selbst Versicherungsschutz im eigenen Land organisieren können, um diese Frage zumindest so weit zu klären, dass verunfallte Feuerwehrleute im Einsatz nicht den Betrieben zur Last fallen, sondern einen Versicherungsschutz haben, der zum Einen sicherstellt, dass sie von den Betrieben nicht entlassen werden, wenn sie keine Fortzahlung der Bezüge in Anspruch nehmen können und zum Anderen, was die möglichen Folgen von Unfällen betrifft, diese einen entsprechenden Schutz konsumieren können. Ich kann über das Verhandlungsergebnis aktuell noch nichts sagen, aber nachdem es bisher nicht gelungen ist, bei der Bundesregierung sowohl auf der Ebene des mündlichen und brieflichen Verkehrs zur Bundesregierung wie auch der Thematik in der Behandlung der Landeshauptleutekonferenz und im Bundesfeuerwehrverband, wo dieses Thema auch immer wieder besprochen und als Forderung herangetragen wird, eine Lösung zu finden, müssen wir schauen, dass wir nach Möglichkeit eine Lösung mit einem Versicherungsmodell im eigenen Land entwickeln. Da bin ich dabei, einen Lösungsansatz nach Möglichkeit auch schon beginnend mit dem Jahr 2009 zustande zu bringen. Ich werde aber trotzdem weiterhin natürlich auch einer neuen Bundesregierung vermitteln, dass es wichtig ist, dass Hilfskräfte, freiwillige Einsatzkräfte, die sich in den Dienst der Allgemeinheit und der Öffentlichkeit stellen, die Möglichkeit bekommen, dass sie einfach entsprechenden Versicherungsschutz haben, um damit auch von den Arbeitgebern leichter die Bereitschaft besteht, diesen Kräften auch während der Dienstzeit für die Einsätze die Möglichkeit ihre Hilfstätigkeit ausüben zu können, gegeben wird.

Ing. Rohr

Also, wie gesagt, keine befriedigende Antwort aus meiner Sicht. Wir werden die Lösung versuchen, im eigenen Haus entsprechend auf die Füße zu stellen und ich bin optimistisch, dass es gelingen wird, mit einem Versicherungsmodell diesen Unfallschutz zumindest für die freiwilligen Einsatzkräfte Kärntens sicherzustellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ eine Zusatzfrage? – Nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht, dann, Frau Abgeordnete, haben Sie noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es interessiert mich trotzdem, wie viele Verhandlungen haben Sie mit der Bundesregierung seit der Beschlussfassung am 9. November 2006, wo wir das in Kärnten beschlossen haben, durchgeführt?

(Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Ing. Rohr das Wort.)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Abgeordnete Warmuth! Wenn Sie die Landtagsprotokolle studieren, dann wird es dazu wahrscheinlich sogar eine Anfragebeantwortung im Landtag gegeben haben, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du brauchst nur die Antwort geben, nicht studieren!)* nämlich wann der Bundeskanzler der jetzigen Bundesregierung dazu geantwortet hat. Ich denke, zum einen es ist vielleicht ein halbes Jahr zurück, dass diese Antwort gekommen ist, dass das Bemühen der Bundesregierung gegeben ist. Zum zweiten hat es im Bundesfeuerwehrverband immer wieder auch entsprechende Vorstöße in Richtung Bundesregierung gegeben, hier einen entsprechenden Versicherungsschutz sicherzustellen. Nachdem es vorher über viele Jahre nicht gelungen ist, hoffe ich, dass wir dieses Problem mit der Lösung, die wir jetzt selbst versuchen zu erarbeiten, entsprechend bereinigen können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zur Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 462/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dörfler**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine geschätzten Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Anfrage basiert auf Schreckensmeldungen in den Medien im vergangenen Sommer. Ich darf zitieren: „Aus! Vorbei! Konkurs! Roter ARBÖ schlitterte in Millionendebakel.“ Oder hier in der Kleinen Zeitung: „Dunkle Wolken ziehen über dem Kärntner ARBÖ auf. Nächste Woche findet die Konkursverhandlung statt.“ Dann die große Überschrift: „Wie der ARBÖ die Schulden wagspekulieren sollte.“ Untertitel: „Schon heute gilt der Konkurs als die Pleite des Jahres, aber nicht wegen der Höhe der Schulden, sondern wegen der dubiosen Hintergründe.“ Und dann zu den Hintergründen: „Als Grund für die Pleite kristallisiert sich im Insolvenzverfahren immer mehr das geplante Fahrsicherheitszentrum Arnoldstein heraus.“ Ich stelle hier die Frage, ob beispielsweise auch Förderungen des Landes den Bach hinuntergeflossen sind.

Daher frage ich Sie, Herr Landeshauptmann, ganz konkret: Welche Förderungen wurden seitens des Verkehrsreferates bzw. seitens des Verkehrssicherheitsfonds des Landes an den ARBÖ seit 2001 ausbezahlt?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Im Jahr 1999 wurden für das Projekt „Verkehrssicherheitsprogramm Bundesheer-Grundwehrdiener“ 15.261,-- Euro oder damals 210.000,-- Schilling beantragt. 10.509,-- Euro oder 144.000,-- Schilling wurden abgerechnet oder ausbezahlt. Im Jahr 2000 hat der ARBÖ Kärnten für das Projekt „Verkehrssicherheitsprogramm Bundesheer-Grundwehrdiener und Kaderpersonal“ 15.261,-- Euro beantragt

Dörfler

und diese auch abgerechnet. Es hat dann ein zweites Projekt gegeben, das gefördert wurde: „Verkehrssicherheitsprogramm für Senioren“ und das ARBÖ Kärnten-Projekt „Senior im Straßenverkehr.“ Es wurden 21.801,85 Euro beantragt. Das sind 300.000,-- in Schillingen. Es wurden dann verschiedene Abrechnungsteile abgerechnet, einmal 6.250,-- Euro, einmal 4.940,-- Euro, einmal 2.485,-- Euro und dreimal 3.463,38 Euro. Im Jahr 2001 hat der ARBÖ für das Projekt „Verkehrssicherheitsprogramm Grundwehrdiener“ – das hat sich fortgezogen – 19.058,-- Euro beantragt und auch abgerechnet. Es wurden für ein zweites Projekt „Kind im Straßenverkehr“ 8.720,74 Euro beantragt, davon allerdings nur 1.550,-- Euro abgerechnet. Im Jahr 2002 hat der ARBÖ für das Projekt „Schulverkehrsgarten“ in Wolfsberg 3.270,-- Euro beantragt und 3.235,-- Euro abgerechnet. Für ein Projekt „Aufprallsimulator“ hat der ARBÖ damals im gleichen Jahr 10.000,-- Euro beantragt und auch 10.000,-- Euro abgerechnet. Für das Projekt „Kind im Straßenverkehr“ wurden 8.720,-- Euro beantragt und 5.678,-- Euro abgerechnet. Im Jahr 2003 wurden 10.760,-- Euro für das Projekt „Kind im Straßenverkehr“ beantragt, allerdings nicht abgerechnet. Für ein zweites Projekt, wieder „Verkehrssicherheitsprogramm für Grundwehrdiener“ wurden 23.000,-- Euro abgerechnet und in Summe wurden dann auch 23.000,-- Euro in zwei Tranchen ausgezahlt. Ich habe dann aber 2003, als ich eine Jahreshauptversammlung des ARBÖ hatte – wenn ich mich richtig erinnere, war es in Völkermarkt – keine Förderung mehr ausgezahlt, weil ich feststellen musste, dass der damalige Partei-Obmann Peter Ambrozy den ARBÖ bei dieser Veranstaltung schamlos als Wahlkampfmaschine bösester Art gegen alle anderen im Lande verwendet hat. Dort musste ich feststellen, dass der ARBÖ keine unpolitische Autofahrerorganisation, sondern nichts als eine Vorfeldorganisation der SPÖ ist, die der damalige Partei-Vorsitzende als Wahlkampf- und als Bösartigkeitsbühne betrachtet hat! Ich meine, dass ich keine Parteiorganisation, die die Finanzmittel vielleicht dann noch einsetzt, um andere zu beschimpfen, fördern werde! Der ARBÖ hat ja auch immer wieder in Südkärnten seine Feste als Bühne für die SPÖ-Politik verstanden und auch durchgeführt. Das möchte ich schon auch festhalten. *(Zwischenruf von Abg. Strauß.)*

Ich möchte auch festhalten, dass es Protokolle des ARBÖ Bund gibt. Das ist zum Beispiel nur ein Teil davon – nur ein Teil dieses „Sündenfalls ARBÖ Kärnten“ – beispielsweise das Fahr sicherheitszentrum, der Herr Präsident Schober, auch der Herr Bürgermeister Kessler, der ja auch ein Betroffener ist – ich werde noch näher darauf eingehen – bzw. die Gemeinde Arnoldstein, die ja einiges von der FSZ zu haben hätte, das sie nicht bekommen hat. Der Herr Bürgermeister hat ja per Weisung, das möchte ich noch einmal betonen, mir liegen auch entsprechende Protokolle vor, die Gemeindegasse beauftragt, dass sie sozusagen die Schulden des ARBÖ nicht eintreibt. Das ist auch sehr pikant und zu bemerken! Ich möchte das eine Protokoll des ARBÖ Bund zitieren, wo er da schreibt: „Die Landesorganisation Kärnten ist mittlerweile ein Kriminalfall.“ *(Abg. Zellot: Ungeheuerlich!)* Er schreibt auch: „Es gibt kaum ein Fahr sicherheitszentrum in Österreich, weder bei Mitbewerbern noch beim ARBÖ, welches profitabel arbeitet. Das Fahr sicherheitszentrum Arnoldstein wäre ein Millionengrab. Wider jede wirtschaftliche Vernunft hat der ehemalige Geschäftsführer Krassnitzer, welcher bis vor kurzem auch Geschäftsführer des Fahr sicherheitszentrums Arnoldstein war, Hunderttausende von Euro für dieses unwirtschaftliche Protzprojekt vergeudet und die zwingend erforderliche Zustimmung der Bundesorganisation für diese Ausgaben nicht eingeholt. Die FSZ Arnoldstein GmbH schuldet der Landesorganisation Kärnten zum Stichtag 30.6.2006 einen Betrag von € 546.000,-- oder ATS 7,5 Millionen. Eine Rückführung dieser Beiträge ist wirtschaftlich nicht möglich.“ *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* „Allein damit ist die Unfähigkeit des ehemaligen Geschäftsführers der Landesorganisation Kärnten zur ordentlichen Geschäftsführung und seine Vertrauenswürdigkeit unter Beweis zu stellen.“ Das ist nur ein Zitat aus einem Prüfbericht des ARBÖ Wien vom 29. September 2006. Jetzt ist mir natürlich schon klar, warum dann der damalige Präsident und heutige Abgeordnete Rudolf Schober 2007 das sinkende Schiff verlassen hat. *(Einwand von 2. LH-Stv. Rohr.)* Allein dieser Prüfbericht, Herr Kollege Rohr, das ist nicht eine Unterstellung, das sind Fakten! Schauen Sie her, Herr Kollege Rohr! *(Wiederum Einwand von 2. LH-Stv. Rohr. – Vorsitzender: Ich bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Landeshauptmann!)* Das ist ein weiterer

Dörfler

Sündenfall der SPÖ, der sich nahtlos an ÖGB, BAWAG, Konsum und sonstiges anreicht! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Schober hat sich gemeldet! (*Es erfolgt ein Zwiegespräch zwischen Abg. Arbeiter und Abg. KO Ing. Scheuch in der Abgeordnetenbank.*)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann! Ich werde mich mit Sicherheit nicht auf dieses Niveau herablassen! Das ist für mich Bierkutschermentalität (*Abg. Ing. Scheuch: Jetzt spielst du den Beleidigten!*) und die möchte ich hier in diesem Hause nicht spielen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Aber eines wundert mich schon: Sie üben Kritik am ARBÖ und verbinden das mit Parteipolitik, machen aber genau dasselbe, indem Sie aus Unterlagen, die mir nicht bekannt sind, zitieren und das wird sicherlich noch ein Nachspiel haben! Das nur dazu! (*3. Präs. Dr. Strutz: Er hat doch gesagt, dass er dich klagen wird! Hat er dich nicht geklagt?*) Ich halte fest, dass Sie im Jahre 2004, genau am 22.1.2004, den ARBÖ, namentlich mich und namentlich den damaligen Geschäftsführer bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt wegen Fördermissbrauchs, genau wegen dieser Gelder, die Sie jetzt aufgezählt haben, zur Anzeige gebracht haben. Ich halte fest, dass das BZÖ hier im Kärntner Landtag einen Antrag an den Rechnungshof zur Überprüfung wegen genau dieser Mittel eingebracht hat. Ich frage Sie daher: Wissen Sie, dass der Landesrechnungshof keine zweckwidrige Verwendung dieser Mittel festgestellt hat? Dieser Akt wurde vorerst im Ausschuss und dann hier im Kärntner Landtag behandelt und wurde so von allen Parteien zur Kenntnis genommen. Wissen Sie vor allem – (*Vorsitzender: Bitte, nur eine Frage stellen!*) das gehört in diesen Zusammenhang – dass die Staatsanwaltschaft Klagenfurt mit 6.9.2004 das von Ihnen angestrebte Verfahren mit der Begründung, (*Abg. Ing. Scheuch. Seit neuestem!*) und jetzt zuhören, dass

die tatsächlich angefallenen Kosten für die Schulungsmaßnahmen höher sind als jene Kosten, die der Abrechnung im Rahmen der Förderansuchen zugrunde gelegt worden sind? Ich frage Sie: Wissen Sie das? (*Zwischenruf von 2. LH-Stv. Rohr.*)

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Schober! Es ist halt einmal Faktum – wenn Sie sagen, Sie wollen sich nicht auf das Niveau begeben – dass Sie der Gründervater einer Konkurspleiteorganisation sind! Faktum ist, dass nach langen Diskussionen – es gibt ja paketweise Unterlagen, die ich erhalten habe, weil es im ARBÖ Wien ordentliche Leute gibt, die nicht bereit waren eine Pleite mitzutragen. Es hat Briefe an den Herrn Bundeskanzler Gusenbauer gegeben. Ich kann sie alle vorlesen. Das liegt mir alles vor. Im ARBÖ Wien sitzen im Gegensatz zum ARBÖ Kärnten Menschen, die nicht bereit waren zuzudecken. Es ist ja auch die damalige Vorsitzende Schaunig in das Ganze involviert gewesen, (*LR Mag. Cernic: Ja, ja!*) das kann ich alles belegen, das kann ich alles belegen, Herr Abgeordneter Schober! Es ist schon klar, dass man sich in die Niederungen eines Konkurses nicht hinunter bewegen will. Es ist für mich auch erstaunlich, dass sich die SPÖ auf keine meiner öffentlichen Fragen in Form von Presseaussendungen irgendwie geäußert hat. Der Herr „Peinlich“, der Herr Passegger, der sonst an Peinlichkeiten nicht zu überbieten ist, hat geschwiegen. Und der Herr Abgeordnete Schober und der ehemalige Präsident des ARBÖ-Pleite-Vereines hat auch geschwiegen. Das sind doch alles glasklare Fakten! Wenn ich aus ARBÖ-Papieren zitieren könnte, könnte ich wahrscheinlich zehn Landtagssitzungen durchreden, um einmal die ganze Misere des ARBÖ Kärnten entsprechend aufzudecken.

Herr Abgeordneter Schober! Ich habe Sie auch, das war am 17. Oktober 2007, aufgefordert, die Finanzen des ARBÖ Kärnten offenzulegen. Sie haben nichts offengelegt! Offengelegt hat diese Fakten der Konkursrichter. Ich meine, es wird noch einiges an Organhaftung rechtlicher Natur auftauchen, weil sich jetzt Gerichte in Wien damit beschäftigen. Ich habe nie behauptet, ich nehme auch zur Kenntnis, dass Förderungen sozusagen damals auch rechtlich behandelt wur-

Dörfler

den. Das ist Faktum. Ich halte aber fest, Herr Präsident Schober, dass Sie als Abgeordneter der SPÖ im Landtag zwar immer wissen wie alles geht, immer der oberkritische Fragende, immer der Oberkorrekte sind, Sie aber, Sie als Präsident des ARBÖ Kärnten dafür verantwortlich sind, dass das Fundament für einen Millionenkonkurs gebaut wurde, dass Sie der Öffentlichkeit mit Ihrem Geschäftsführer Krassnitzer, der jetzt interessanterweise auch Geschäftsführer ... In der SPÖ wird ja man belobigt, wenn man ein Finanzdesaster, einen Konkurs und eine Pleite zu verantworten hat, dann wird man Landespartei-geschäftsführer. Das ist in der Geschichte der Kärntner Politik wohl ziemlich einmalig. (*Zwischenruf von Abg. Arbeiter.*) Ich bin schon gespannt, Herr Abgeordneter Schober und Ex-Präsident des Pleitevereines ARBÖ Kärnten, was die Gerichte in Wien feststellen werden. Ich bin sehr gespannt, was Ihr Namenskollege Wolfgang Schober dann zu sagen haben wird, weil er hat ja monatelang gemeint, dass es überhaupt keine Konkursabsicht gibt. Ich bin allerdings dem ARBÖ Wien sehr dankbar, dass er erstens nicht bereit war ein Millionendesaster, das Sie in Ihrer Präsidentschaft aufgebaut haben, ein Desaster des Fahrsicherheitszentrums Arnoldstein mitzumachen, wo es große Aussagen des Herrn Bürgermeisters und heutigen Abgeordneten Kessler gegeben hat. Der war aber eh in einer Opferrolle, wie natürlich jeder Bürgermeister auch, wenn der ARBÖ Bund sagt, es ist ein Pleiteprojekt. Rechnen ist ja nicht Stärke der SPÖ! (*Heiterkeit und Lärm in der SPÖ-Fraktion.*) Ich möchte daher festhalten, Herr Abgeordneter, dass es erstaunlich ist, dass Sie geschwiegen haben und dass man immer gesagt hat, es gibt keinen Konkurs. Ich möchte noch einmal betonen, dass ich dem ARBÖ Bund dankbar bin, dass er erstens diesen Skandal nicht mitgemacht hat und dass er zweitens auch bereit war, die Landesorganisation Kärnten zu übernehmen, zu sanieren und die Arbeitsplätze zu sichern. (*Lärm und Unruhe in der SPÖ-Fraktion.*) Denn wenn es nach dem Abgeordneten Schober und Ex-Präsidenten gegangen wäre, dann hätten wir die Arbeitsplätze auch nicht mehr. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Bitte, Herr Abgeordneter, dann haben Sie die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landeshauptmann! Mein Vorredner hat Ihnen jetzt neuerlich rechtliche Schritte angedroht. Ich erinnere mich, dass er Ihnen bereits einmal hier im Haus eine Klage angedroht hat. Jetzt frage ich Sie: Wann war diesbezüglich die erste Gerichtsverhandlung?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Am 28.1.2008 hat der Herr Abgeordnete Schober und Ex-Präsident des ARBÖ-Pleitevereines Kärnten mir zehnmal die Klage angedroht. Zehnmal! Es ist einzigartig in einem Protokoll einer Landtagssitzung, dass ein Abgeordneter einem Regierungsmitglied zehnmal eine Klage androht und ich bis heute von dieser Klage nichts höre. Herr Abgeordneter, zehnmal habe ich da drinnen: "Ex-ARBÖ-Präsident und so weiter und so fort. Sagen Sie das nicht noch einmal, sonst werde ich Sie klagen! Ich klage Sie! Ich klage Sie! Ich klage Sie! Ich klage Sie! (*Starke Unruhe im Haus.*) Abgeordneter Schober wiederum: Ich klage Sie! Nehmen Sie das zur Kenntnis! Abgeordneter Schober erneut: Ich klage Sie! Abgeordneter Schober: Ich klage Sie! Ich werde Sie klagen! Ich werde Sie klagen!" Herr Abgeordneter Schober, bitte klagen Sie mich doch endlich! Ich täte doch gerne dieses Paket von Sünden, die unter Ihrer Präsidentschaft nachweislich – alles schriftlich dargelegt – das täte ich doch gerne bei Gericht mit Ihnen austragen! Ich bitte Sie um die Klage, (*Einwände von LR Mag. Cernic und aus der SPÖ-Fraktion.*) weil ich festhalten muss, dass Sie der Gründervater einer Konkursmasse (*Neuerlicher Einwand von LR Mag. Cernic. – Es herrscht Unruhe im Hause.*) des ARBÖ sind. Und zur SPÖ, Frau ... Ist ja hochinteressant! Hochinteressant! Habe ich Rederecht, Herr Präsident? (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) „Keller-Akten haben Nachspiel für SPÖ und ÖGB.“ Wie es da zugeht in der SPÖ! Da hat ja

Dörfler

der Herr BAWAG-Altchef Flöttl einmal mitgeteilt, was da so alles passiert ist. 1,312 Milliarden Schilling hat man sozusagen abgezweigt aus der BAWAG. Diese Summe verteilt sich mit 310 Millionen auf die SPÖ, mit 232 Millionen an den KONSUM Österreich und mit 770 auf den ÖGB. Das ist die Politik der SPÖ! (*Zwischenrufe von KO Abg. Seiser und Abg. Schlagholz.*) Das ist keine Erfindung von mir. So hat man die Partei saniert mit 310 Millionen Schilling zu Lasten einer Bank, die man ausgemolken hat. (*Es herrscht Lärm im Hause.*) Und der ARBÖ gehört halt auch dazu, das ist so ein ähnlicher Sündenfall. Und wenn ich dann höre, dass die SPÖ Aktuelle Stunden zum Thema Wirtschaft verlangt, dann muss ich schon sagen, das wundert mich nur. Weil verwirtschaften, da sind Sie die Stärksten! Das hat der ARBÖ Kärnten bewiesen, das hat der KONSUM bewiesen, (*Beifall von der F-Fraktion.*) das hat die eigene Parteikasse bewiesen, die Sie laut Bericht des Standards 310 Millionen Schilling ... (*Zwischenruf von 2. LH-Stv. Ing. Rohr.*) Schilling, Herr Kollege Rohr, 310 Millionen Schilling! Heute kündigt Cerberus die halben BAWAG-Leute und der ÖGB hat die Pensionen gekürzt. (*Es herrscht starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Das ist das Ergebnis der SPÖ-Politik! Und ich fürchte mich auch schon, wenn die SPÖ im Bund so weiter macht, so macht sie dann auch in der ... (*Es herrschen erneut Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Vorsitzender: Bitte um mehr Aufmerksamkeit! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen zur nächsten Anfrage 4. (*Es herrscht Lärm im Hause.*) Bitte um Aufmerksamkeit! Wir kommen zur nächsten Anfrage.

4. Ldtgs.Zl. 463/M/29: Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landeshauptmann Dörfler

Bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

(*Es erfolgt ein Disput zwischen 2. LH-Stv. Ing.*

Rohr und KO Abg. Ing. Scheuch. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen mit dem Hinweis: Bitte, am Wort ist jetzt die Frau Abgeordnete!) Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die zweisprachigen Kindergärten sind kärntenweit verstärkt im Vormarsch. Herr Familienreferent, Landeshauptmann Dörfler, ich frage Sie:

Wie hoch ist der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in Kärntens Kindergärten?

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Ich habe eine aktuelle Statistik, wo man insgesamt die Kindergartensituation in Österreich beleuchtet hat, wo man auch einmal analysiert hat, wie viel Prozent der Kinder mit nicht-deutscher Erst- oder Muttersprache im Bundesländervergleich in den Kindergärten sind. Der Österreich-Durchschnitt: 22,9 Prozent haben nicht-deutsche Mutter- oder Erstsprache. Das Burgenland mit 12,7 Prozent liegt wesentlich unter diesem Schnitt. Niederösterreich hat 15,3 Prozent Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache, Oberösterreich 17,8, Salzburg 19,6, Tirol 17,4, Vorarlberg 25,9 und Wien eine sehr hohe Rate von 46,8 Prozent. Das heißt, in Wien haben fast 50 Prozent der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, nicht-deutsche Mutter- oder Erstsprache. Kärnten dagegen hat einen Anteil von 10,1 Prozent mit nicht-deutscher Erstsprache. Das heißt, dass auch die Integration von Kindern bereits im Vorschulalter in Kärnten natürlich wesentlich besser möglich ist, weil ein Anteil von 10 Prozent in der Integration im Kindergarten, im sozialen Bereich, im sprachlichen Bereich und auch im kulturellen Bereich wesentlich leichter möglich ist. Das zeigt auch die Riesensprobleme, die man in Wien hat, dass 46,8 Prozent oder fast 50 Prozent der Kinder eine nicht-deutsche Erstsprache haben. Dieses Problem zieht sich dann natürlich auch in das Schulsystem. Man weiß ja, dass in Wien viele Eltern hohe Kosten auf sich nehmen, um Kinder in nichtöffentlichen Schulen unterzubringen, weil es tatsächlich so ist, dass das Bildungsniveau, wenn ein derartiger Sprachmix vorhanden ist, eher schwierig ist.

Es zeigt sich wieder einmal, dass es Sinn macht, Integration und auch Einwanderungsströme ver-

Dörfler

nünftig zu steuern. 10 Prozent der Kinder kann man – und das beweist Kärnten, wir haben ja ausgezeichnete Sprachförderprojekte, wir haben auch seinerzeit das Gehrer-Modell durch eine entsprechende, zusätzliche Landesförderung verbessert, sodass wir dafür Sorge tragen, dass Kinder mit nicht-deutscher Erst- oder Muttersprache dann auch tatsächlich gut vorbereitet in die Schule kommen. Das war ja auch der Grund, warum wir das verpflichtende Vorschulkindergartenjahr eingeführt haben, weil es notwendig ist, eben schon zeitgerecht entsprechende Sprach-, Sozial- und motorische Fördermaßnahmen zu setzen. Wo es am dringendsten notwendig wäre, in allen anderen Bundesländern, weil die Quoten viel höher sind, besonders in Wien mit 46,8 Prozent, hat man zwar Gesetzesinitiativen angekündigt – das war ja immer auch ein Anliegen der SPÖ, da möchte ich mich auch bedanken, dass die SPÖ im Kärntner Landtag das unterstützt und mitgestimmt hat, übrigens auch die Grünen. Interessanterweise hat Vizekanzler Molterer im Wahlkampf das verpflichtende Vorschulkindergartenjahr plakatiert. Ich höre jetzt, dass der Bildungsminister der ÖVP wieder in die alte Zeit zurückfällt und von dem nichts mehr wissen will. Das heißt, das ist schon einmal das erste Wahlkampfversprechen, das ein Spitzenkandidat, nämlich Vizekanzler Molterer plakatiert und inseriert hat, und gleichzeitig hat – man hat das nachlesen können in den österreichischen Zeitungen – der Bildungsminister der ÖVP letztendlich einen verpflichtenden Besuch abgelehnt.

Wir können festhalten, dass Kärnten Vorbildbundesland ist und dass uns da gemeinsam eine parteienübergreifende Initiative gelungen ist, weil es wichtig ist, dass Kinder perfekt vorbereitet in die Schule kommen. Sie wissen, dass es nicht nur Sprachkompetenzen gibt, teilweise müssen wir Kinder auch entsprechend integrieren, dass sie diese Integration in der Gruppe bereits ein Jahr vor dem Schulbesuch lernen, damit sie dann perfekt in die Schule eingegliedert werden können. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit Schule – sprich erste Klasse Volksschule – und Kindergarten, die mit diesem Projekt „Verpflichtendes Vorschuljahr im Kindergarten“ auch entsprechend gut funktioniert. Das heißt, wir haben a) die richtigen Antworten, wir können aber auch festhalten, dass eine vernünftige Quote an Menschen, die zuwandern, integrierbar ist, dass aber eine Quote, wie bei-

spielsweise in Wien mit 46,8 Prozent, schwer integrierbar ist. Das sind genau die Defizite, die Menschen dann auch schlechtere Bildungschancen geben beziehungsweise später auch schlechtere Berufschancen. Wir in Kärnten haben eine andere Form der Integration und der Qualität im Umgang mit Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache. Abgesehen davon ist auch das Gesetz für die Förderung der mehrsprachigen Kindergärten sehr, sehr anerkannt und sehr gut entwickelt. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Strauß!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Sie haben früher in Ihren Ausführungen von 46,8 Prozent Personen gesprochen, die in Wien, in der Bundeshauptstadt, in den Kindergarten kommen, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Es gibt neue Statistiken, heute auch in den Kärntner Medien, gestern in den österreichischen Medien, wo man eine Bevölkerungsentwicklung in Österreich bis zum Jahre 2050 planungsmäßig evaluiert. Kärnten wird im Jahre 2050 weniger Bevölkerung haben. *(KO Abg. Ing. Scheuch: Mehr Bevölkerung wird es haben!)*

Wir denken, diesen Spagat zu finden von einer vernünftigen Zuwanderung einerseits

(KO Abg. Ing. Scheuch: Die Tschetschenen werden es nicht werden!) und andererseits von der demographischen Entwicklung, dass im Jahre 2050 die Durchschnittsbevölkerung in Kärnten 50 Jahre alt sein wird. Wer wird die sozialen Aufgaben des Landes in Zukunft übernehmen oder soll Kärnten zu einem Zuschussland innerhalb der neun Bundesländer in der Republik Österreich *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter, nur eine Frage stellen!)* werden? *(Abg. Warmuth: Eine Frage!)*

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Das zeigt ja die Statistik im Bereich der Kinderbetreuung, der Anteil der Kinder mit nicht-

Dörfler

deutscher Erst- oder Muttersprache, dass auch Kärnten ein Gastland für Menschen ist, die Probleme haben in ihrer Heimat. Zuerst ist die Sicherheit der Kärntner Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen (*Beifall von der F-Fraktion.*) und auch die aktuellen Diskussionen zeigen, dass es wichtig ist, dass wir straffällige Asylwerber – die haben ihr Gastrecht verwirkt. Ich sage immer, wer Asylrecht hat, hat Asylpflicht. Und Asylpflicht bedeutet, dass Gäste, und ich betrachte Asylwerber oder Asylanter auch als Gäste, die dann, wenn sie Asylstatus bekommen, durchaus dauerhaft in Kärnten oder in Österreich sind. Alle die, die sich nach österreichischen Gesetzen benehmen, die integrationswillig sind, die wir sprachlich eingliedern können, die wir kulturell eingliedern können, die wir beruflich eingliedern können. Und das hat Kärnten mehrfach bewiesen. Aber dort, wo es um Sicherheit geht und gerade der Vergewaltigungsversuch vor etwa zwei Wochen zeigt doch ganz klar auf, wenn eine junge Kärntner Dame sich fürchten muss, dass sie ein Lokal besucht, dann muss ich wohl meinen, dass wir Sorge tragen müssen, dass wir eine vernünftige Einwanderungsquote haben und dass wir auch entsprechende Sicherheitsgarantien abgeben können.

Da komme ich auch ganz kurz auf die Saualm. Es ist ohnedies interessant, wie manche Gutmenschen – irgend so ein Professor Ottomeyer, wie der sich da nennt und uns immer gute Ratschläge gibt. Ich habe noch nicht gesehen, dass der in seiner Wohnung irgendwelche Asylwerber hat, (*Abg. Mag. Trannacher: Hat er! Hat er!*) noch dazu kriminelle. Dann muss ich wohl sagen, auf die Ratschläge dieser Herrschaften, die die Sicherheit der Menschen in Frage stellen, denen es scheinbar völlig egal ist, wenn es Schlägertruppen gibt und wenn es Vergewaltigungsversuche gibt, kann ich verzichten. Dann kann ich sagen, Herr Professor Ottomeyer, ich weiß nicht, wo er herkommt, bitte wieder zurück! Diese Ratschläge, (*Beifall von der F-Fraktion.*) auf die kann ich verzichten. Wir haben eine Verpflichtung, dass Einwanderungspolitik mit Kriterien des Miteinanders verbunden werden muss und die haben eine Grundverpflichtung. Das ist, österreichische Gesetze zu berücksichtigen. Und es ist auch ein dringender und massiver Wunsch der Bevölkerung. Ich habe in den letzten Tagen viele Briefe bekommen, wo es ein großes Unverständnis dafür gibt, dass manche so tun, als ob man den

Verbrecher schützen soll. Ein importierter Verbrecher hat in Kärnten nichts zu suchen! Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, wenn die Frau Innenminister nicht bereit ist, entsprechende Gesetze auch umzusetzen, dass es eine Beschleunigung der Verfahren gibt, dann ist es notwendig, diese kriminellen Asylwerber wegzuholen aus der Bevölkerung. Wenn eine Einrichtung als Jugendferienheim gut genug ist für Kärntner Kinder, dann kann ich mich ja nur wundern, wenn der Herr Ottomeyer und wie die alle heißen, da meinen, dass das für Asylwerber, die kriminell sind, nicht geeignet sei. Das ist ja wirklich erstaunlich!

Ich freue mich aber auch, es gibt ja auch politisch durchaus interessante Konstellationen. Die ÖVP-Jugend in Villach – ich zitiere eine Zeitung – ist auch dafür, dass man entsprechende Sicherheitsmaßnahmen setzt und eben dafür Sorge trägt, dass Sicherheit in Kärnten nicht in Frage gestellt wird. Das ist wohl auch eine klare Antwort dafür, Kärnten wird immer auch einen gewissen Anteil an Gästen haben, die aufgrund ihrer Situation in ihren Heimatländern Asylrecht haben. Aber wenn sie Asylpflicht verletzen, haben wir mit denen nichts am Hut. Herr Abgeordneter Strauß! Ein gutes Land, eine gute Lebensqualität, da muss man sich schon auch fragen und das möchte ich ein bisschen umdrehen: Ist eine Wohlstandsgesellschaft beziehungsverarmt und bedeutet mehr Wohlstand weniger Kinder? Das kann man nämlich auch beobachten, dass zum Beispiel in osteuropäischen Ländern nach dem Beitritt zur EU die Geburtenraten drastisch gesunken sind. Daher sage ich, die Frage kann man sich auch selbst stellen, ich komme aus einer Achtkind-Familie, ich habe zwei. (*KO Abg. Ing. Scheuch wendet sich an Abg. Strauß: Ich habe drei! – Abg. Strauß deutet auf sich und antwortet mit zwei Fingern der erhobenen rechten Hand.*) Gott sei Dank bin ich einmal Opa und das zweite ist unterwegs. Also ich kann nur sagen, jeder sollte auch in seiner familiären Umgebung vielleicht positiv ... In einer Wohlstandsgesellschaft muss das möglich sein, dass wir wieder mehr Kinder haben wollen. Die Bedingungen dafür sind da: Babygeld, Teuerungsausgleich, Gratiskindergarten, hochqualitative Kinderbetreuung, Schulstartgeld, entsprechende Initiativen rund um die Familie. Das heißt, wir können festhalten, dass die Bedingungen für Familien und Kinder in Kärnten wesent-

Dörfler

lich besser sind als noch vor '99 und dass die Bedingungen (*Beifall von der F-Fraktion.*) absolut familienfreundlich sind. Was die Politik nicht kann und auch nicht soll, ist ein Geburtenverordnungsprogramm. Wir sind nicht irgendwo, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) in China oder sonst wo, dass wir den Menschen Geburten verordnen, sondern wir haben Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Daher sage ich, wir haben perfekte Rahmenbedingungen für Familien mit Kind (*Abg. Dr. Prettnner: Es wurden die falschen Maßnahmen gesetzt!*) und ich hoffe, dass das auch dazu beitragen wird, dass es auch wieder einen entsprechenden Geburtenboom gibt. Wogegen ich mich wehre, ich brauche keine Einwandererfamilien, wo dann die Frau verkleidet mit acht Kindern durch die Gegend geht. Das ist nicht die Familienpolitik, die ich meine! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte, Frau Abgeordnete, können Sie noch eine Zusatzfrage stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Herr Familienreferent, ich frage Sie:

Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung, die bisherige große Koalition, bereits ab 2007 die zweisprachigen Kindergärten nicht mehr gefördert hat? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Leider!*)

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Es ist bedauerlich, dass die Mittel vom Bund gestrichen wurden. Eine Initiative, die das Kuratorium für die mehrsprachigen Kindergärten gesetzt hat, dass alle politischen Vertreter und auch die Kuratoriumsmitglieder eine Forderung an den Bundeskanzler Gusenbauer und an die Familienministerin Kdolsky gerichtet haben, dass diese 170.000,- Euro, die unter Minister Herbert Haupt und auch unter Ministerin Haubner dem Land Kärnten für die Förderung der

mehrsprachigen Kindergärten zur Verfügung gestellt wurden, weiter fließen sollen. Es ist bedauerlich, dass Familienministerin Kdolsky und auch Kanzler Gusenbauer eine weitere Förderung abgelehnt haben. Ich meine, es wäre ein wichtiges Zeichen und eine Wertschätzung gegenüber der Volksgruppe gewesen, dass man diese Förderung wieder aufleben lässt, denn 170.000,- Euro ist nicht wirklich ein großer Geldbetrag für den Bund im Bereich des Milliarden schweren Sozial- und Familienministeriums.

Aufgrund unserer gesetzlichen Verpflichtungen haben wir dafür Sorge zu tragen, dass wir das Delta, das der Bund für uns nicht mehr gibt, entsprechend dotieren müssen und selbstverständlich, wie im Gesetz verankert, die mehrsprachigen Kindergärten entsprechend gefördert werden. Es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Betreuungseinrichtungen. Wir haben seinerzeit in der Bezirkshauptstadt Völkermarkt einen zusätzlichen Kindergarten eingerichtet und ich kann sagen, dass Kärnten seinen Verpflichtung, mehr als seinen Verpflichtungen nachkommt und tatsächlich vorbildhaft ist. Vielleicht eines noch, wenn ich lese, es gibt Bundesländer, die wie Niederösterreich einen kostenlosen Vormittagskindergarten haben, jetzt auch Kärnten und die Steiermark hat Initiativen in diese Richtung gesetzt. Aber alle anderen Bundesländer, wie Salzburg, kündigt an, in fünf Jahren wird es einen kostenlosen Kindergarten geben. Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Wien oder Burgenland, da kann ich nichts merken! Derzeit gibt es Niederösterreich, Kärnten und die Steiermark, die hier sehr offensiv vorgehen und alle anderen Bundesländer lassen aus! Es gibt in Wien einen interessanten Streit, der Herr Bürgermeister Häupl lehnt ein Gratisangebot für Kindergärten ab. Er hat übrigens, nur als Bericht dazu, die höchsten Kindergartenpreise in Österreich. Das heißt, ich fordere die Bundesregierung auf, entsprechende finanzielle Unterstützung den Ländern zu gewähren, dass zumindest der Halbtagesbesuch vom Bund entsprechend mitfinanziert wird, weil wir für weitere Initiativen entsprechende Finanzmittel brauchen. (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Warmuth: Herzlichen Dank!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen zur nächsten Anfrage.

**5. Ldtgs.Zl. 464/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing.
Gallo an Landesrätin Mag. Cernic**

Ich ersuche, die Frage zu stellen. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Im vorigen Jahrtausend zu Bruno Kreiskys Zeiten hat die SPÖ 1.400 Experten eingesetzt und ein Ergebnis war dann eine Volksabstimmung in Österreich, mit der die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft in Österreich eine Absage erhalten hat. Die SPÖ Kärnten kommt mit weniger Experten aus, nämlich fünf. Die Ergebnisse sind schnell zitiert: einmal wendet sich das Kompetenzteam an die Öffentlichkeit, um Anregungen und Vorschläge zu bekommen. Zum Zweiten wird wohl dieser Sonderlandtag auch auf diesem Mist gewachsen sein. Zum Dritten hat ein Mitglied dieses Expertenteams Slowenisch als verpflichtendes Fach für alle Kärntnerinnen und Kärntner als Schüler gefordert. Das letzte war die Forderung des Herrn Beiratsmitgliedes Hans-Peter Haselsteiner: „Atomkraft könnte hier stehen, nämlich in Kärnten“ mit der Begründung, „die Atomenergie kommt zurück, wir sagen da nicht reflexartig Nein, aber wenn rund um Österreich Kraftwerke stehen, werden wir bemerken, dass wir das Risiko voll mittragen, ohne den Nutzen daraus zu ziehen.“ Soweit die uneigennützigste Vorgangsweise.

Jetzt freut es mich, Frau Umweltreferentin, dass ich seit 1994 an die Umweltreferenten des Landes Kärnten immer die erste Frage stellen durfte, das ist auch bei Ihnen so. Ich frage Sie: Was haben Sie als Umweltlandesrätin bisher unternommen, um den Plan des SPÖ-Beraters Hans-Peter Haselsteiner, auch in Kärnten Atomkraftwerke zuzulassen, abzuwehren?

(Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Cernic das Wort.)

Landesrätin **Mag. Cernic** (SPÖ):

(Abg. Ing. Scheuch: Der Schaulich den Sessel abgesägt!) Herr Kollege, es freut mich, die erste Anfrage im Kärntner Landtag als Regierungsmitglied beantworten zu können. Ich hätte mir allerdings natürlich gewünscht, dass es eine gewesen wäre, die mir Gelegenheit zu einer substantielleren Antwort gegeben hätte, als die, die Sie mir gestellt haben. Denn in dieser Angelegenheit, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen nur auf Ihre Frage hin beruhigend mitteilen, dass ich derzeit überhaupt keine Gründe für Abwehrmaßnahmen irgendeiner Art habe, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sie haben das in der Hand!)* weil derzeit niemand, auch nicht Herr Hans-Peter Haselsteiner ein Atomkraftwerk in Kärnten plant. Es ist schon so, dass wir in Anbetracht der allgemeinen Situation verzichten sollten in Zukunft auf derartig polemische Anfragen und uns den wirklich brennenden Problemen zuwenden sollten im Lande, die es in großer Zahl gibt. Seit ich Sozialreferentin bin, habe ich eine Fülle von Hinweisen bekommen von Menschen, mit denen ich zu tun habe, dass es diese brennenden Probleme gibt. Ich habe also laufend zu tun mit Menschen, die mir erzählen, dass sie trotz der Tatsache, dass sie 40 Stunden in der Woche arbeiten, ein Einkommen haben, das so klein ist, dass sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr bewältigen können. Ich habe sehr viele Briefe von Menschen erhalten, die besorgt sind, weil sie mir sagen, dass der Umstand, dass in diesem Land mit Spenden so umgegangen wird, dass man nach Jahren immer noch nicht weiß, wo diese von Kärntnerinnen und Kärntnern aufrecht dem Land übertragenen Spenden gelandet sind. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Das wird jetzt eine Themenverfehlung erster Klasse!)* Es hat sich heraus gestellt, dass diejenigen, die von Ihnen attackiert worden sind, sich vor Gericht befreien konnten insofern, als festgestellt wurde, dass diese Anschuldigungen nicht zu Recht erfolgt sind. *(Zwiesgespräch zwischen KO Abg. Ing. Scheuch und Abg. Vouk.)*

Ich habe auch durchaus Briefe und Mitteilungen von Menschen, die sich besorgt darüber äußern, geschätzte Damen und Herren, besorgt darüber äußern *(Erneut Zwiesgespräch zwischen Abg. KO Ing. Scheuch mit Abg. Vouk.)*. Wenn die Herren vielleicht die Diskussion beenden könnten, dann könnte ich meine Anfragebeantwortung fortset-

Mag. Cernic

zen. Es gibt eine große Anzahl von Menschen, die mir berichten, auch ihre Sorgen darüber, dass bisher nicht geklärt ist, auf welche Art und Weise doch öffentliches Geld eingesetzt wurde (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das habe ich Sie nicht gefragt! – Abg. Vouk: Nicht nervös werden!*), bei einem mittlerweile doch nachweislich sehr großzügigen Umgang mit Kreditkarten. Sie sehen also, Herr Kollege, es gibt eine Reihe von schwerwiegenden Problemen, die wir zu lösen hätten und von Antworten, die wir zu geben hätten unseren Kärntnerinnen und Kärntnern, sodass diese Frage, die Sie mir gestellt haben, sicher nicht die Vordringlichste ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
– Das ist nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion?
– Auch nicht, bitte Herr Abgeordneter, dann haben Sie die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Frau Landesrätin! Sie haben die Kritik an der Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firmen Hans-Peter Haselsteiner sehr verhohlen und sehr indirekt ausgesprochen. Jetzt frage ich Sie, welche Kritikpunkte haben Sie tatsächlich offen?

(*Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Cernic das Wort.*)

Landesrätin **Mag. Cernic** (SPÖ):

(*Abg. Ing. Scheuch: Du kannst irgendetwas erzählen!*) Herr Kollege, ich darf Ihnen auch wieder zu Ihrer Beruhigung antworten, dass gar keine Kritikpunkte offen sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Die Fragestunde ist somit beendet. Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten um Aufmerksamkeit bitten. Es sind einige Fragen, die heute nicht mehr aufgerufen werden konnten. Ich frage daher die Damen und Herren Abgeordneten, Frau Dr. Lesjak (*Abg. Dr. Lesjak: Mündlich!*), Anfrage der Frau Abgeordneten Warmuth an Frau Landesrätin Cernic (*Abg. Warmuth: Mündlich!*), Anfrage 8 des Herrn Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Dr. Martinz (*Abg. Schlagholz: Mündlich!*), Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Frau Landesrätin Mag. Cernic (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich!*) und die Anfrage 10 des Herrn Abgeordneten Holub an Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Scheuch (*Abg. Holub: Mündlich!*). Bevor wir nun zur Aktuellen Stunde kommen, heiße ich herzlich Willkommen auch der Finanzlandesrat Mag. Harald Dobernig. Herzlich Willkommen hier bei der Sitzung!

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen jetzt zur Durchführung der

Aktuellen Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe und das Thema lautet „Konjunkturpaket für Kärnten“ und ich erteile hier als erstem Redner dem Antragsteller das Wort. Ich habe keine Wortmeldung, bitte Herr Klubobmann! (*Abg. Ing. Scheuch: Keine Wortmeldung!*) Herr Abgeordneter, ich würde bitten, sich an die Geschäftsordnung zu halten, (*Abg. Seiser: Mach ich später!*) dass die Wortmeldung schriftlich abgegeben wird und nicht sagen, sie kommt dann. Somit Herr Klubobmann sind Sie

am Wort. Ich verweise auch hier auf die Redezeitbeschränkung von fünf Minuten und darf nun das Wort erteilen. Bitte!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Ich bedanke mich für die Großzügigkeit, Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem wir diesen Sonderlandtag beantragt haben, ist doch etwas Licht ins Dunkel gekommen, was die verschiedenen Konzepte zur

Seiser

Konjunkturbelebung betrifft, obwohl uns insbesondere seitens der ÖVP ausgerichtet wurde, dass der Sonderlandtag nicht notwendig ist, alle Maßnahmen am Tisch liegen und der morgige Wirtschaftsgipfel ohnehin schon alles erledigt hat. Offensichtlich ist das nicht der Fall. Mir liegt ein Schreiben von der Wirtschaftskammer Österreich vor an den Herrn Bundesminister Dr. Bartenstein vom 24.10.2008, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Geschrieben direkt an den Wirtschaftskapitän Seiser!*), in dem drin steht: „Inhaltlich sind wir jedoch der Ansicht, dass die im Paket vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichen, um den drohenden Auftragseinbruch im Frühjahr 2009 zu verhindern.“ (*Zwischenrufe von der F-Fraktion und Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Offensichtlich gibt es, was den Konjunkturgipfel betrifft, doch einigen Abstimmungsbedarf, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass die ÖVP die Positionen der Arbeiterkammer kennt und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die ÖVP die Positionen des BZÖ kennt. (*Abg. Tauschitz: Ein schlechter Versuch Herr Kollege, ein schlechter Versuch!*) Zum BZÖ, das ist schon von einem anderen Kaliber, weil, nachdem wir den Sonderlandtag beantragt haben, hat offensichtlich der neue Parteiobmann Uwe Scheuch, der seine Regierungsfraktion im Griff haben dürfte, den neuen Finanzlandesrat Mag. Dobernig beauftragt, ein Konjunkturbelebungs paket zu erstellen, das uns heute via Medien mitgeteilt wurde. (*Abg. Ing. Scheuch: Du liegst wieder falsch!*)

Nichts desto trotz, meine sehr geschätzten Damen und Herren, liegt uns viel daran, dass der Investitionsmotor in den Gemeinden nicht zum Stottern kommt. Wir haben eine Vielzahl von Projekten vorgelegt und werden diese heute im Laufe des Abends noch vorlegen (*Abg. Tauschitz: Welche? Zeig sie einmal, das ist nur Blabla!*), die sich mit diesen Projekten beschäftigen. (*Abg. Tauschitz: Aber natürlich der roten Unternehmen!*) Kollege Tauschitz, du bekommst noch früh genug eine befriedigende Antwort! Es geht uns nämlich darum, wir wollen dafür sorgen, dass nicht nur die Liquidität der Unternehmen aufgrund des Konjunkturpaketes des Bundes gesichert wird, sondern dass auch die Auftragsbücher der Unternehmen voll sind, dass es darum geht, dass keine Arbeitsplätze abgebaut werden (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Ing. Scheuch.*) und dass die entsprechende Wirt-

schaftlichkeit in den Betrieben gewährleistet wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Wir wollen keinen Wettbewerb der verschiedenen Konzepte und der Kollege Tauschitz ist diesbezüglich Weltmeister, weil dieser verwechselt Bund mit EU mit Land und Gemeinden, also das ist eine sehr, sehr undurchsichtige Geschichte! (*Abg. Tauschitz: Weil du nicht verstehst, dass das zusammen hängt!*) Wir wollen, geschätzte Damen und Herren, mit unserem Dringlichkeitsantrag vorlegen, dass wir konkrete Projekte verwirklichen wollen, die ein Investitionsvolumen in der Höhe von 600 Millionen Euro auslösen werden. Das machen Sie uns bitte nach! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Tauschitz: Märchenstunde!*) Wenn Sie uns heute hier im Hohen Haus schon jede wirtschaftspolitische Kompetenz absprechen, dann möchte ich Sie bitten, sich anzuschauen (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*), wie die wirtschaftliche Situation der Kärntner Gemeinden ist und wie die wirtschaftliche Situation des Landes Kärntens ist.

Ich würde Sie bitten, sich das anzuschauen! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion.*) Der zweite Punkt ist der, (*Abg. Rossmann: Wer ist der Gemeindereferent?*) der Gemeindereferent ist der Reinhart Rohr. Der Finanzreferent ist wer anderer. (*Dies löst weitere Einwände aus der F-Fraktion aus. – Vorsitzender: Bitte um mehr Ruhe und Aufmerksamkeit!*) Geschätzte Damen und Herren! Unser Dringlichkeitsantrag legt, und das wiederhole ich jetzt zum dritten Mal, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) konkrete Projekte vor. Uns geht es nicht darum, via Aussendungen über die APA auszurichten, welche Konzepte wer irgendwo abgekupfert hat. (*Es herrscht starke Unruhe in der F-Fraktion.*) Wir haben konkrete Projekte und wir beteiligen uns nicht an Ihren Show-Aktionen und an Ihren Geschichterln! (*Abg. Ing. Scheuch lacht. – Erneut starker Lärm und Unruhe in der F-Fraktion.*) Wir, geschätzte Damen und Herren, wollen Arbeitsplätze sichern, die Beschäftigung und die Konjunktur stabilisieren! (*Vorsitzender: Ich bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen! Danke!*) Das ist der große Unterschied! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Eigentlich könnte man eine der kürzesten Reden hier im Landtag halten. *(Abg. Seiser: Das wäre gescheit!)* Richtig! Gar so konkret war nichts. Man hat zwar siebenmal gehört, es gibt ein konkretes Projekt, aber dieses konkrete Projekt ist bis zum Schluss ausgeblieben. *(Abg. Seiser: Wart ein bisschen!)* Wissen Sie, meine lieben Freunde von der SPÖ, nur weil man eine Sondersitzung hier im Landtag einberuft, hat man wirklich noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen, gesichert *(Abg. Tauschitz: Ein paar Überstunden für unsere Mitarbeiter.)* und noch kein einziges konkretes Projekt durchgeführt. Und nur weil der Herr Landesrat Rohr für Gemeinden zuständig ist, würde ich ihm jedenfalls noch lange keine Gemeinde wirtschaftlich verantworten. Fakt ist, dass wir in diesem Bereich einfach damit zu tun haben, dass geldgierige Bankmanager letztendlich auf Kosten der Allgemeinheit hier Roulette gespielt haben. Fakt ist auch, dass sich jetzt in dieser Phase dieses Spiel und diese hohe Schuldenlast letztendlich auf die Wirtschaft auswirken. Das ist richtig so! *(Einwand von LR Mag. Cernic.)* Es gibt etwas ganz Erstaunliches in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Bundesregierung praktisch innerhalb kürzester Zeit in der Lage gewesen ist, 100 Milliarden Euro hervorzuräumen, um den Banken zu helfen! Das soll auch so in Ordnung sein mit der einzigen Einschränkung, dass die Bedingungen, die auch der Kärntner Landtag hier zumindest mehrheitlich aufgrund unseres letzten Dringlichkeitsantrages beschlossen hat, nicht erfolgt sind: Nämlich Offenlegung der Gehälter, keine Arbeitsplatzgarantie und, und auch das ist ein wichtiger Punkt, letztendlich keine – lieber Karl Markut, weil ich glaube, deine Rede wird sicherlich wirtschaftlich kompetenter werden als die deines Vorgängers *(Abg. Seiser: Konjunkturbelebungs-paket!)* – Haftungsbedingungen dieses Geldes, da sie an Österreich wirtschaftsgebunden sind. *(Zwischenruf von Abg. Markut.)* Das heißt, im Gegenzug hat aber diese Regierung bis jetzt nur eine einzige Milliarde für die Wirtschaft in Aussicht gestellt. Das ist nicht verhältnismäßig. Das heißt, auch hier müsste viel mehr passieren. *(Abg. Seiser: Wie ist denn dein Konjunkturbelebungs-paket?)* Mein Vorschlag und auch mein Auftrag an die Regierung wäre, hier die Sache noch einmal zu überdenken und mindestens das

Zehnfache hier in die Hand zu nehmen, weil die Banken haben noch keine Steuern gezahlt und die Gemeinden haben auch noch keine Steuern gezahlt. Die Betriebe, die Wirtschaft sichert die Arbeitsplätze ganz allein und zahlt letztendlich auch die Steuern. Und noch etwas ganz Wichtiges, *(Zwischenruf von Abg. Schlagholz.)* was wir in Kärnten vorbildlich gemacht und gelöst haben: Es geht auch um Kaufkraft. Aufgrund der letzten Regierung und des jetzigen Herrn Faymann, der ja anscheinend schon ins „Gusenbauer-Syndrom“ verfällt, der will nämlich überhaupt nichts mehr als Bundeskanzler werden, alles andere scheint ihm hier vollkommen egal zu sein, haben die Menschen aufgrund der kalten Progression *(Einwand von LR Mag. Cernic.)* 4 Milliarden Euro an Kaufkraft verloren! 4 Milliarden Euro! Und auch hier muss man den Menschen helfen! Man muss Direktzahlungen machen *(Abg. Seiser: Das ist eine Einkommensfrage, Herr Kollege! Der kennt sich nicht aus!)* und man muss letztendlich auch über die Direktzahlungen hinaus eine Steuerreform in Angriff nehmen, ganz davon abgesehen, dass man natürlich Basel II und Maastricht auch sofort einmal auf Eis legen sollte.

Der Kärntner Weg ist ein anderer gewesen. Wir haben die Wirtschaft gestärkt. Der Landeshauptmann von Kärnten hat in unzähligen Projekten Arbeitsplätze geschaffen. *(Abg. Seiser: Aufzählen!)* Das können Sie nicht von sich behaupten, ob es Campus Futura ist, ob es Magna ist, ob es Kohlbach ist, ob es Kruschitz ist, ob es IKEA ist, ob es Hotelprojekte sind oder ob es der Ausbau der Energie hier in Oberkärnten ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die Kaufkraft gestärkt. Das haben wir gemacht! Wir haben den Teuerungsausgleich hier in Kärnten gemacht, wir haben Billigdiesel gemacht, wir haben das Mütter- und Kindergeld, das Babygeld auf Schiene gebracht, wir haben den Gratiskindergarten zusammen gebracht und wir werden auch heute wieder Dringlichkeitsanträge haben, denen wir natürlich zustimmen werden, *(Einwand von LR Mag. Dr. Kaiser.)* dass letztendlich hier auch wieder die Kaufkraft der Bürger gestärkt wird. Das ist ein Gebot der Stunde und das wird auch von uns gemacht! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Zum Konjunkturpaket Kärntens: Fakt ist, dass es ein solches gibt. Fakt ist, dass in einer Pressekonferenz einen Tag vor seinem Ableben der

Ing. Scheuch

Landeshauptmann (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dieses auch noch präsentiert hat. Es besteht im Wesentlichen darin, dass – von Land und Bund ko-finanziert – 255 Millionen Euro hier am Tisch vorhanden sind. Nicht 600 Mill. fiktive Euro, von denen Sie hier schwätzen, sondern 255, die ausgehandelt sind, die vom Land ko-finanziert sind, die eine Kleinstbetriebsförderung beinhalten, die letztendlich einen Mittelstandfonds ermöglichen werden, die den Klimaschutz in den Vordergrund stellen werden und die viele, viele andere Forderungen von uns beinhalten werden. (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) Im übrigen, und das ist letztendlich mein Schlusssatz, werden wir nachdenken müssen, ob wir die Arbeit mit der Bevölkerung nicht wirklich auch steuerlich entlasten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, schließend sei gesagt, ein Konjunkturpaket gibt es, Kärnten ist auf dem richtigen Weg und die SPÖ ist heute nichts als peinlich! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz das Wort. – KO Abg. Seiser meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung. – KO Abg. Ing. Scheuch: Bitte Nachhilfe! Das gibt es nicht!*)

Abgeordneter Tauschitz (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, was sich heute da abspielt! Die SPÖ verlangt einen Sonderlandtag, dann kommt der Herr Klubobmann heraus und macht offensichtlich ein Kasperltheater da heraußen. (*Abg. Seiser: Das Kasperl bist du!*) Ich möchte schon festhalten, so lustig finde ich das gar nicht, über was wir heute reden! Denn die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise, die sich ja auch auf die Realwirtschaft ausdehnt ist etwas, das haben wir in dieser Form überhaupt noch nie gesehen! (*Abg. Seiser: Das siehst du falsch!*) Wenn wir den Zahlen des internationalen Währungsfonds Glauben schenken, dann hat diese Finanzkrise jetzt schon 1.400 Milliarden Euro vernichtet! 1.400 Milliarden Euro! Österreich hat ein Bruttoinlandsprodukt von 270 Milliarden. Das, was Österreich in fünf Jahren erwirtschaftet, hat diese Finanzkrise in Monaten vernichtet! Wenn wir das auf Kärnten herunter brechen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

dann reden wir davon, was Kärnten in 90 Jahren erwirtschaftet hat, das wurde in den letzten Monaten vernichtet, darauf brauchen wir Antworten! Um dem Kollegen Seiser auch eine Antwort zu geben, das wird halt nicht alleine mit der SPÖ und dem Reinhart Rohr gehen! Da wird man auch die Bundesregierung brauchen und auch die Europäische Union, die genau in dieser Frage bewiesen hat, dass sie funktioniert! (*Abg. Seiser: Selbstverständlich! Das haben wir gestern beschlossen!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen den Teufelskreis unterbrechen, in dem wir stecken: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und dadurch wieder die geschwächte Wirtschaft. Da müssen wir heraus kommen und das brauchen wir! Genau deshalb sitzen wir heute Abend hier und diskutieren, wie wir in Kärnten für die kleinen und mittleren Betriebe etwas tun können, die den Großteil der Arbeitsplätze in Kärnten sichern, dass für diese Betriebe dafür auch Eigenkapital gestärkt wird, weil wir wissen, dass die Eigenkapitaldecke unserer Betriebe sehr niedrig ist. Wenn wir hier von konkreten Dingen reden, sollten wir sie auch auf den Tisch werfen und nicht von 600 Millionen sprechen, die man irgendwo theoretisch generieren kann. Genau diese theoretisch generierten Zahlen am Finanzmarkt haben diese Krise hervorgebracht, genau deswegen, weil man nur mehr mit irgendwelchen fiktiven Zahlen agiert hat, die hinten und vorne mit der Realität nichts mehr zu tun haben. Realität haben wir in Kärnten mit Landesrat Dr. Josef Martinz, der ein Fünf-Punkte-Programm vorgelegt hat, abgesehen von diesem Konjunkturpaket, das gemeinsam mit Bundesminister Bartenstein ausgehandelt wurde, auch die Arbeitsplatzprämie, damit nämlich kleine Unternehmen den ersten Mitarbeiter leichter aufnehmen können, die Kleinstgewerbeförderung anzuheben, die Kärntner Steuerreform endlich zu machen und das Abgabepaket, das von BZÖ und SPÖ beschlossen wurde, endlich zurückzunehmen. Allein mit dieser Maßnahme haben wir mehr als 20 Millionen Euro sofort in der Kärntner Wirtschaft. Und auch einen Mittelstandsfonds einzurichten, dass unsere Betriebe Investitionen finanzieren können und auch Mikrokredite existent zu machen, dass hier in Kärnten vernünftige, moderne, konkrete und realistische Lösungen gebracht werden können, nicht irgendwelche nebulösen SPÖ-Fantasiehäuser!

Tauschitz

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir schon dabei sind, was hier so gesprochen wird und wenn über Wirtschaftskompetenz philosophiert wird, dann wird mir ganz übel, denn die Wirtschaftskompetenz der SPÖ beschränkt sich, wenn ich dem Landeshauptmann Dörfler Glauben schenken darf darauf, wie man die eigene Parteikassa saniert! Die beschränkt sich darauf wie man hergeht und die verstaatlichte Industrie in die Pleite treibt und damit in Wahrheit Tausende Arbeitsplätze vernichtet und wie man eine Bank in den Konkurs treibt! Das ist die Wirtschaftskompetenz der Sozialdemokratie! Damit wir nicht nur von der Sozialdemokratie reden, ein abschließendes Wort noch zur BZÖ. Wenn der Kollege Martin Strutz heute in einer Presseaussendung schreibt, dass die Kärntner Abgeordneten im Parlament nicht für Kärnten gestimmt hätten, dann muss ich sagen, lernen Sie bitte endlich, Anträge zu schreiben! Dieser Entschließungsantrag aus dem Parlament (*Der Redner hält den Antrag in die Höhe.*) ist schlicht und ergreifend eine Peinlichkeit, ein Bauchladenantrag! Da befinden sich wichtige Projekte für Kärnten wie die Koralm irgendwo zwischen 200,- Euro Steuergeldgeschenken und der Begebenförderung in der Schule. Also, bitte, wenn wir für Kärnten etwas erreichen wollen, (*Abg. Ing. Scheuch: Warum habt Ihr nicht zugestimmt? – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Warum habt Ihr nicht zugestimmt?*) dann bringt ordentliche Anträge, bespricht das auch mit unseren Abgeordneten, dann werden wir auch etwas erreichen! Lernt endlich, gescheite Anträge zu schreiben! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion.*) Wir haben im Parlament gestern ein Paket beschlossen, wo auch das BZÖ mitgestimmt hat, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit läuft ab!*) einstimmig mitgestimmt hat. Wir versuchen das gemeinsam zu erreichen. Die ÖVP ist jedenfalls ein verlässlicher Partner in schwierigen Zeiten. Gemeinsam werden wir das zusammen kriegen. (*Es herrscht starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende betätigt das Glockenzeichen.*) Ich hoffe, dass die sozialdemokratische Wirtschaftskompetenz nach dem heutigen Abend etwas größer ist! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! (*Abg. Ing. Scheuch: Rolf, du bist ja gegen die Konjunktur!*) Die große Wirtschaftskompetenz wird jetzt wahrscheinlich nicht vor Ihnen stehen. (*LH Dörfler: Du gibst es wenigstens zu!*) Aber ich habe mir beim Herfahren gedacht, jeder der in Kärnten jetzt nicht ein eigenes Konjunkturpaket hat, der darf nicht mehr mitspielen. Jeder hat eines. Die ÖVP hat einfach alte Sachen hergenommen und drüber geschrieben: Konjunkturpaket. Da gehört die Landesholding dazu. Jeder möchte eines haben. Der Bund hat eines, die Länder haben eines. Jedes Bundesland hat jetzt ein Konjunkturpaket und heute stand auch schon in der Krone: „Unter dem Christbaum werden mehr Konjunkturpakete als andere Pakete liegen.“ Was ist den allen gemein? (*Einwand von Landeshauptmann Dörfler.*) Die haben gemeinsam, dass sich alle fürchten. Die fürchten sich zu Recht, weil verschiedene System zusammenbrechen. Wir haben eine Energiekrise, wir haben eine Ölkrise, wir haben eine Wirtschaftskrise und wir werden bald eine ziemliche Finanzkrise haben, da sind wir uns einig. Was machen wir? Wie täte der alte Watzlawick sagen? Wir machen immer mehr vom selben. Das heißt, wir verwenden Denkmodelle, die zum Problem geführt haben und versuchen, mit diesen Denkmodellen die Wirklichkeit zu ändern. Das geht nicht. Das ist so, als würde man eine Fettleibigkeit mit Speckessen bekämpfen. Genau das passiert auch, deswegen hungert auch 1 Milliarde Menschen auf dieser Welt, weil wir uns einfach ins Unglück fressen. Wir fressen, fressen, fressen und der WWF hat heute ja schon gesagt, wenn wir weiter so fressen, jetzt haben wir die zweite Erde angegänzt. Aber das ist uns vollkommen wurscht, weil finanziell haben wir 19 gehabt. Das haben wir letztens gelernt. Da muss man halt eine zweite bauen, das ist kein Problem. 2035 ist es vorbei. Dann haben wir soviel verbraucht, wie wir nie mehr haben werden, aber wir haben immer die gleichen Denkmodelle und immer die gleichen Konjunkturpakete. So machen wir einfach ganz normal weiter.

Ich würde einfach um ein Umdenken bitten! Denken wir doch einmal anders! Denken wir einmal in eine andere Richtung! Denken wir System bezogen, auf biologische Systeme bezo-

Holub

gen und nicht auf Wirtschaftssysteme! Denken wir, dass in einem begrenzten System nicht unbegrenztes Wachstum möglich sein kann! Das ist ganz einfach: Ich schaue in den Kühlschrank und kann nicht mehr wegfressen als dort drin ist. Aber nein, bei uns nicht, wir können natürlich weiter, wir fressen nämlich aus allen möglichen anderen Kühlschränken. Deswegen beziehen sich unsere Modelle hauptsächlich auf den Raum Kärnten und auf ein Umdenken in Bezug auf Energie. Wir wissen, wir können andere Energieformen nutzen, wir tun es aber nicht. Ein kleines Beispiel ist das Gaskraftwerk in Ebenthal. Jeder, der vernünftig ist und weiß, es geht nicht in die Richtung, sagt: Wir sind da dagegen. Aber nein, da hängen gewisse Parteien dran. Die SPÖ muss dranhängen, weil da hängt der Verbund dran. Da gibt es noch nicht einmal eine Leitung her und die versuchen, das durchzudrücken.

Und wenn die Stadtwerke jetzt sagen, sie müssen Arbeiter wegverborgen, weil sie das Kraftwerk noch nicht haben, die können mir nicht erzählen, dass die schon damit gerechnet haben, dass sie 2008 Strom liefern werden von einem Kraftwerk, wo nicht einmal die UVP durch ist. Also das können sie mir nicht erzählen! Ich weiß nicht, wo das Geld der Stadtwerke ist. Da sollen sie den Auer von Welsbach fragen oder irgendjemand anderen. Aber beim Gastkraftwerk können sie es nicht eingeplant haben, weil die können nicht so weit voraus planen, das Kraftwerk, das nicht gebaut war, für Strom zu verwenden. Das ist nur die Art der Denkweise der Politik. Hier wird nicht Infrastruktur, sondern Extrastruktur verbessert. Das hat mit Kärnten gar nichts zu tun! Ich sage ja nichts, wenn die Ebenthaler den Strom umsonst kriegen würden oder auch die Wärme umsonst, dann könnte man ihnen wenigstens erklären, warum sie keine Sonne mehr sehen werden und warum das Haus nichts mehr wert ist. Aber nein, sie zahlen für den Strom noch einmal soviel und der Verbund verdient. Das ist ein staatsnaher Konzern, bitte. Warum muss der Verbund soviel verdienen? Warum kriegen dort die Vorstände das Zehnfache von dem, was je ein Bürgermeister in Ebenthal verdient hat oder eher das Hundertfache. Das ist eine Geschichte genau so wie mit der S 37. Die ASFINAG schreibt Pläne, die nicht nachvollziehbar sind, von keiner technischen Universität. Und die reden uns ein, dass wir Transit

brauchen für eine Infrastruktur, die es bei uns nie geben wird und auch nie geben soll. Das sind einfach falsche Systeme. Fressen, um den anderen etwas wegzufressen. Kleinigkeiten von unserem Konjunkturpaket: Stabilitätspakt, das wird es nicht mehr spielen. Das werden sich alle Gemeinden überlegen und auch alle Länder. Das wird sich nicht mehr ausgeben!

Wir brauchen eine Steuer- und eine Abgabenreform für die mittleren und unteren Einkommen. Die müssen gleich etwas davon haben, sonst haben wir keine Kaufkraft. Abschaffung der Kreditgebühr und was wir an Energie brauchen ist die Gebäudesanierungsoffensive. Das können wir da machen, wir können ein Kesselaustauschprogramm so machen, dass die Leute nichts dafür zahlen müssen und dass sich das mit einem Contracting-Modell ausgeht. Und dann stellen die um von Gas und Öl auf Pellets, das machen die, weil sie gescheit sind. Wir brauchen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und wir brauchen unbedingt eine Erhöhung der Wohnbeihilfe. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute, bitte!)* Weil, was kostet die Menschen das Leben? Das ist Wohnen, das ist Energie und das ist Essen und Trinken. Da brauchen wir nichts anderes, der Soma-Verein ist eine gescheite Geschichte. Ich weiß nicht, warum die Roten das immer bekämpft haben, weil sie es selber nicht erfunden haben, aber solche Vereine gehören sofort unterstützt für eine Soforthilfe. Die Menschen werden kommen. Die Menschen werden kommen und Geld brauchen und das werden sie sofort brauchen. Und das kann ich als Antrag hier abgeben und bedanke mich fürs Zuhören! *(Beifall von Abg. Dr. Lesjak und KO Abg. Ing. Scheuch. – KO Abg. Ing. Scheuch: Das war der Soma-Applaus, damit du das weißt. Damit dir das nicht zu Kopf steigt!)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer auf der Tribüne zu später Stunde! Der Brauch hier in diesem Haus, der alte Brauch, dass jeder ein eigenes Konjunkturpaket vorlegt, dass gestritten wird, was machen wir, den soll man in dieser Situation rasch ad acta legen und doch

Schwager

versuchen, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Weil es ja so sein wird, wenn man beim Bund vorstellig wird um Mittel für unser Land, berechnete Mittel, so wird uns nur – so wie in anderen Fragen – ein geeintes und vereintes Auftreten weiterbringen. Wenn jede Partei für sich alleine Pakete und Wünsche an den Bund heranträgt, wird das wahrscheinlich den Herrn Minister Bartenstein sehr freuen, weil er dann sagen kann, werdet euch einmal im Lande einig und dann kommt wieder zu uns. Und dafür ist keine Zeit! Als Freiheitlicher sage ich hier, dass ich jeder Verbesserung, von jeder Partei, die da herinnen in der Lage ist, ein Paket vorzustellen, die Zustimmung geben werde. Wobei auf ein paar Sachen besonders Rücksicht zu nehmen ist und zwar die Regionen. Bei Baukonzepten und fertigen Programmen, die nur mehr der Umsetzung harren und der Finanzierung, ist in den Regionen zu schauen, wie schaut es aus, wo ist ohnehin Bedarf, wo ist Arbeitslosigkeit in einem größeren Ausmaß.

Dann wurde hier schon angeführt, die Gemeinden sind natürlich zu berücksichtigen, weil ein ganz wesentlicher Wirtschaftsankurbler in unserem Land eben die Gemeinden sind. Die müssen wir mit Stützungen des Landes in die Lage versetzen, dass sie ihre Projekte rascher umsetzen können. Meistens betrifft das alles zusammen die Bauwirtschaft. Es gibt aber viele Beschäftigte, die nicht in der Bauwirtschaft arbeiten, die irgendwo Dienstleister sind oder in anderen Berufen arbeiten. Auch das ist zu berücksichtigen und alles in allem ist besonders zu berücksichtigen, dass die Inländerbeschäftigung berücksichtigt wird und dass die Bauwirtschaft nicht in die Lage versetzt wird, dass sie zu wenig Leute hat und dann wieder auf ausländische Billigarbeitskräfte zurückgreifen muss. Das wollen wir als Freiheitliche eigentlich nicht. Ich kenne das von Klubobmann Seiser vorgestellte Konzept der SPÖ zwar nicht im Detail, aber ich bin überzeugt, dass das – weil ja viele Kommunalpolitiker und viele Menschen daran gearbeitet haben werden, die von der Materie etwas verstehen – meine Zustimmung kriegen wird, wenn es halbwegs brauchbar ist. Wie auch das der ÖVP oder auch das des BZÖ, ich weiß ja nicht. Ich weiß nur eines, ich war ja selber bei dieser Streitkultur am Montag anwesend, dass der Landesrat Martinz, der sich ja zu Wort gemeldet hat, gesagt hat, wir brauchen da eigentlich nichts, weil er

mit dem Herrn Minister Bartenstein mehr oder weniger alles, was für Kärnten notwendig ist, schon ausverhandelt. Das hoffe ich jetzt dann von ihm zu hören und es ist ganz wichtig.

In Kärnten muss man ja eines wissen, dass der Süden Österreichs nicht nur jetzt vielleicht bei dieser Bundesregierung, sondern über Jahrzehnte von allen Bundesregierungen, die waren, mehr oder weniger nicht gut behandelt wurde. Die großen Einsätze von Geldmitteln hat Wien immer im Norden Österreichs, also in der Achse Salzburg bis Wien eingebracht und sich wenig um den Süden Österreichs gekümmert. Das war halt so, das war in den 50er, 60er, 70er, 80er Jahren so. Vielleicht mit einer kleinen Unterbrechung im Jahre 2000, weil sich da halt vor allem Kärnten besser einbringen hat können in der Bundesregierung und wir müssen aufpassen, dass das nicht jetzt wieder so weitergeht. Das Wichtigste ist auch, dass wir einmal erfahren – 600 Millionen, liebe SPÖ, wollt ihr da einsetzen – dass wir wissen, woher nehmen wir das Geld, wie schaut es aus. Der neue Finanzreferent (*Vorsitzender: Noch eine Viertelminute Redezeit!*) hat uns versprochen, es gibt einen Kassasturz, es gibt die Jahresrechnungen in den nächsten Wochen, da die Jahresrechnung 2006 ja schon vorliegt, aber im Ausschuss ist, 2007 dem Kärntner Landtag vorzulegen, zu schauen, wo steht noch ein Geld auf, hat der Zukunftsfonds schon soviel Zinsen abgeworfen, dass wir das Geld einsetzen (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!*) können. Ich bin bereit, mit allen zusammen zu arbeiten und noch einmal der Appell an alle: Nicht streiten, sondern gemeinsam auf einen Nenner kommen, so helfen wir Kärnten! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und Abg. Mandl.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Ing. Rohr das Wort.*)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Geschätzte Regierungsmitglieder! Ich denke, dass es kein Zufall war, sondern vielleicht weise Voraussicht, dass ich im Frühjahr dieses Jahres in einem Verhandlungsmarathon mit 132 Gemeinden die Bedarfszuweisungsgespräche für die Jahre 2008 und 2009 abgewickelt

Ing. Rohr

habe. Das können viele Bürgermeister, die hier im Landtag sitzen, auch so bestätigen. Das hat es möglich gemacht, dass wir in Wahrheit wichtige Investitionsmaßnahmen der Gemeinden natürlich jetzt auch über einen längerfristigen Zeitrahmen sicherstellen konnten und dass wir dadurch natürlich auch in Wahrheit, ohne zu wissen, dass es im Herbst dieses Jahres aufgrund der weltweiten Finanzmarktsituation zu einer Rezession kommen würde, mit diesen Maßnahmen ein entsprechendes Investitionsbelegungs paket initiiert haben. Wir wissen, dass die Gemeinden mit über 60 Prozent öffentlichen Auftragsvolumens wichtige Auftraggeber sind und damit natürlich auch ganz, ganz wichtige Konjunkturmotoren sind, was die Arbeitsplatzschaffung und das Sichern von Aufträgen betrifft. Und ich bin auch überzeugt davon, meine sehr geschätzten Damen und Herren, welches Rezept jetzt immer und welche Idee jetzt immer zur Konjunkturbelebung diskutiert und eingebracht wird, am Ende geht es darum, dass die Unternehmen, die Auftragsausfälle haben, jetzt mehr oder weniger durch die Vorziehung von entsprechenden Investitionen in der Auftragslage für die Zukunft und für die nächsten Jahre ausgelastet und damit Arbeitsplätze gesichert werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Weil was passiert denn sonst? Was passiert denn, wenn die Aufträge ausfallen, was passiert, wenn Leute freigesetzt werden? Dann wird die Negativspirale angetrieben und ich denke, das sollten wir jetzt versuchen, massiv zu vermeiden. Wir haben 60 Millionen im mittelfristigen Investitionsplan der Gemeinden, in mittelfristigen Investitionsprogrammen. Die Bürgermeister wissen das alle, was das ist. Das ist nämlich beschlossen mit dem jeweiligen Budget an Investitionsvorhaben. Das ist ein riesiges Finanzvolumen, das da an Investitionen ansteht und ich denke, da sollten wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht durch Vorzieheffekte, indem wir vom Land auch entsprechende Kredite gewähren oder indem wir entsprechende Haftungen ausstellen, wo man beispielsweise den Zukunftsfonds auch im Kernvermögen als Haftungsmasse letztendlich beanspruchen kann, damit auch entsprechende Belegungseffekte gewährt werden können. Meines Erachtens wird es notwendig sein, dass wir einfach jetzt den Gemeinden die entsprechende Unterstützung geben, damit sie in die Lage versetzt sind, die Projekte, die in den

nächsten zwei, drei, vier Jahren mittelfristig geplant sind, so weit vorzuziehen, dass die Wirtschaft Aufträge hat und dass damit neben den Sicherungsmaßnahmen für die kleinen Betriebe, für die mittleren Betriebe, die ja 65 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter in Österreich, aber auch in Kärnten beschäftigen, dass neben diesen Sicherungsmaßnahmen auch in dem Bereich entsprechend eingegriffen und aktiv, sage ich einmal, dafür gesorgt wird, dass Aufträge erhalten bleiben. Ich denke auch, dass gerade die Budgetsituation des Landes, der Nachtragsvoranschlag 2008 – wir haben es mit dem neuen Finanzreferenten besprochen – notwendig ist, um wichtige Investitionen, die in der Regierung beschlossen sind, abzusichern und damit auch konjunkturbelebend wirksam werden zu lassen, aber dass auch ein Landesbudget 2009 aus meiner Sicht ebenso konjunkturbelebende Aspekte in sich tragen sollte.

Und daher schlage ich vor, nicht nur ein Arbeitsbudget, sondern für das erste Halbjahr 2009 in jedem Fall auch ein Schwerpunktbudget, was konjunkturbelebende Maßnahmen, arbeitsplatzsichernde Maßnahmen beinhaltet, beschlossen werden soll. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Wer schnell hilft, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der hilft nämlich doppelt und ich denke, dass wir Taten tatsächlich folgen lassen sollten und daher habe wir alle gemeinsam die Aufgabe, dass wir jetzt nicht streiten, wer hat gerade die bessere Idee im einen oder im anderen inhaltlichen Ansatz entwickelt, sondern dass wir alle gemeinsam alles tun sollten, dass wir die Arbeitslosigkeit eindämmen, dass wir die Aufträge für die Wirtschaft sichern und dass wir dieses Maßnahmenpaket, das auch von der Sozialdemokratie eingebracht wurde, mit einem umfassenden *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* Maßnahmenpaket gemeinsam beschließen mögen. Ich darf Sie alle einladen, dass das sozusagen auch als gemeinsamer Wille der heutigen Sonderlandtagssitzung zum Ausdruck gebracht werden möge! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dobernig das Wort.)

Landesrat **Mag. Dobernik** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf heute das erste Mal zu euch sprechen und es ist mir besonders wichtig, dass die Finanzkrise, die aktuell vorherrscht, nicht zu einem parteipolitischen Gezerre und zu einer Inszenierung wird. Besonders interessiert mich das Paket vom Herrn Klubobmann Seiser, der sich besondere Sorgen um uns macht. Ich habe gerade früher, vor dem Hereingehen, noch einmal mit dem Herrn Schönegger telefoniert, um die Richtlinie zu besprechen und ich sage Ihnen was: Der Herr Schönegger, der für den Wirtschaftsförderungsfonds in Kärnten zuständig ist, kennt Sie nicht! Also das heißt, bei wirklichen Verhandlungen (*Beifall von der F-Fraktion.*) bezüglich der Wirtschaftsförderung werden Sie nicht dabei gewesen sein. Was mir auch wichtig ist, das habe ich gestern auch mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter besprochen, sind drei Bereiche. Das ist a) das Budget beziehungsweise der Nachtragsvoranschlag, dass man hier konjunkturbelebende Maßnahmen setzt. Deshalb habe ich mit dem Dr. Felsner auch gestern schon besprochen, dass sämtliche Regierungsbeschlüsse im Rahmen des Nachtragsvoranschlages auch dementsprechend bedeckt werden und darüber hinaus eine sogenannte Konjunkturrücklage beschlossen wird, die konjunkturbelebende Maßnahmen zulässt. Und ich sage auch: Wer schnell hilft, hilft doppelt! Aber es soll nicht sein, dass jetzt einfach parteipolitische Inszenierungen erfolgen. Jeder erfindet etwas, das sich in Wirklichkeit weder arbeitsplatzschaffend noch konjunkturbelebend auswirkt. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Ich kann mir vorstellen, dass im Nachtragsvoranschlag, wie gestern besprochen, für Sonderbedarfzuweisungen zusätzliche Mittel herangezogen werden. Es gibt am Dienstag eine Reihe von SBZ-Beschlüssen, die konjunkturbelebend sind, die Investitionen auslösen. Darüber hinaus kann ich berichten, dass das Seeparkhotel mit gestrigem Tage ausfinanziert ist, dass das Goldeck im Nachtragsvoranschlag seine Deckung finden wird, Alplock Süd wird es geben und auch die Gurktaler Höhenstraße und auch für Oberkärnten ist ein Straßenbauprojekt über das Landesstraßenpaket gegeben. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das ist mir wichtig, dass wir eine dementsprechende Konjunkturrücklage dotieren. Diese

Konjunkturrücklage soll sowohl für den sozialen Wohnbau als auch für ein Sanierungspaket im Wohnbau dienen und soll gerade in den Wintermonaten Beschäftigung schaffen, nachdem die Bauwirtschaft sozusagen im Hochbau eher im Winter problematisch ist, dass man im Innenbereich saniert und auch im Einfamilienhausbereich. Darüber hinaus ist geplant, im Bereich der monetären Wirtschaftsförderung neben dem Konjunkturpaket II, das sowohl von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, der leider verstorben ist, Landesrat Dr. Martinz als auch vom Bundesminister Bartenstein verhandelt wurde und auch massiv größer als das Konjunkturpaket I ausfallen wird, immerhin über fünf Jahre 255 Millionen, wovon 50 Millionen an verlorenen Zuschüssen den Kärntner Betrieben zur Verfügung stehen werden. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Bereits Ende September ist mit dem damaligen Finanzreferenten und dem Vorstand des KWF, aber auch sozusagen für Kärnten ein Konjunkturbelebungs paket vereinbart worden. Hier geht es vor allem im Bereich der kleinen Betriebe eine Kleinstgewerbeförderung dementsprechend auszuweiten. Hier soll die Arbeitsplatzprämie von bisher 2.000,- auf mindestens 5.000,- pro zusätzlichem Arbeitsplatz ausgeweitet werden und damit sollen investierende Kleinstunternehmen animiert werden, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen und damit Beschäftigung zu schaffen. Es soll aber auch so sein, dass ein Tourismusförderungsprogramm eingerichtet wird, um den Qualitätsstandard der Kärntner Tourismusbetriebe und den Gastronomiebereich auszuweiten und damit Investitionen gerade in den ländlichen Regionen zu sichern.

Ein weiterer Punkt, der aus meiner Sicht in diesem Paket sehr wichtig ist, das sich aus drei Säulen, nämlich dem Landesbudget, dem Wirtschaftsförderungsfonds und dem Zukunftsfonds zusammensetzt, sind die Zukunftsfondsprojekte. Hier wurden zehn Projekte bereits vereinbart, die am 2. Dezember in der Landesholding-Aufsichtsratssitzung beschlossen werden. Hier ist mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 60 Millionen zu rechnen, wobei zum Beispiel alleine in die Infrastrukturmaßnahmen für Sportstätten rund 20 Millionen fließen werden. Die werden ein Garant dafür sein, dass in den Regionen investiert wird und nicht von ausländischen Firmen ein kleiner Sportplatz oder eine Infra-

Mag. Dobernig

strukturmaßnahme im Sportbereich investiert wird. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Was jedoch aus meiner Sicht nicht möglich sein wird, dass man die Mittel des Zukunftsfonds, immerhin 500 Millionen, *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* die mittels Verfassungsgesetz, und das war der größte Wunsch von damals SPÖ und ÖVP, dass man dem Landeshauptmann das Geld wegsperrt, das ist mit einer Zweidrittelmehrheit so beschlossen und kann auch mit einer Zweidrittelmehrheit aufgehoben wird. Es wird nicht gehen, dass jene Mittel behaftet werden können, weil es einfach gesetzlich nicht möglich ist und das Landesholdingsgesetz mittels einer Zweidrittelmehrheit wieder aufgehoben werden müsste beziehungsweise abgeändert.

Das sind die Wirtschaftsmaßnahmen, die drei Säulen. *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* Darüber hinaus ist es aus meiner Sicht wichtig, dass man auch Einkommen stärkende Maßnahmen, wie den Teuerungsausgleich, das Pendlergeld und so weiter fortführt, um jenen Menschen, die nicht so viel Geld in der Tasche haben, eine dementsprechende Kaufkraft zu bieten und, wie Professor Bodenhöfer selbst zugeben musste, das hat er in seiner 40-jährigen Karriere noch nie erlebt, dass mehr als 50 Prozent bei der Teuerungsausgleichs-Befragung an Rückläufen war und man daran sieht, dass das die Kaufkraft innerhalb Kärntens gestärkt hat und auch damit die Wirtschaft belebt hat. Weil jene Menschen, die 100,- oder 150,- Euro bekommen haben, haben dieses Geld nicht ins Ausland getragen und aus diesem Grund wird es diese Aktionen auch im Jahr 2008/2009 geben. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Dr. Martinz das Wort.)

Landesrat **Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete und Zuseher! Wenn Rolf Holub ein bisschen Kabarett hier herein bringt, dann sehe ich ihm das noch nach. Das gehört ein bisschen dazu zu den Debatten. Wenn aber die SPÖ als immer wichtiger Teil der Politik in Kärnten eine Sonderlandtagssitzung einberuft und wenn der

Klubobmann hier heraus kommt und das als Showbühne missbraucht und davon spricht, dass das ganze Bemühen aller politischen Parteien, aller Institutionen nichts anderes ist als eine Show-Veranstaltung und somit sich selbst, seine einberufene Sitzung zu einer Show-Veranstaltung degradiert, dann finde ich das beschämend! Das demaskiert euch nämlich in Wirklichkeit, wie ernst es euch wirklich ist mit diesem Thema. Hier herzugehen, von einem großen Paket zu sprechen, 600 Millionen irgendwo herum gegeben, ohne nur mit einer Zeile, ohne nur einen Funken neuer Idee auch hierher zu bringen, ist eine ganz besondere Kunst der Rhetorik, aber das ist wirklich nur eine Scheinrhetorik! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Wenn der ansonsten von mir sehr geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreter und Gemeindereferent jetzt nach viereinhalb Jahren proklamiert, was er alles für die Gemeinden getan hat, ja, lieber Reinhart Rohr, das ist deine Aufgabe! Das ist ganz normal, dass ich die Mittel, die ich im Budget habe, für die Gemeinden zielgerichtet einsetze, dass ich damit Arbeitsplätze mit den Gemeinden versuche zu schaffen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich hoffe, das ist auch so passiert! Ihr habt gemeinsam mit Landeshauptmann Dr. Haider in dieser Periode über 100 Millionen Euro SBZ verteilt, meine Damen und Herren, über 100 Millionen! Ich hoffe, das ist dort angekommen, um auch Arbeitsplätze zu schaffen und es ist nicht irgendwo in welchen Prestigeprojekten versandet. Eine ganz normale Aufgabe, die brauche ich hier nicht zu zitieren, das tut jeder von uns, dass er bestmöglich seine Mittel einsetzt, um entsprechend Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich komme zum nächsten Zauberwort: Vorziehen, man muss vorziehen. Meine lieben Damen und Herren, du hast alle Möglichkeiten im Gemeindereferat, diese Vorziehungen vorzunehmen. Nicht nur, dass es ein Körbergeld aus den nicht vergebenen BZ-Verhandlungen noch gibt wie wir wissen, für Jänner, Februar reserviert als Wahlkampfmunition. Es gibt auch vom Bund wesentlich mehr Ertragsanteile, wie wir wissen. Es sprudelt immer noch, dank der seinerzeitigen guten Regierung Schlüssel sprudeln immer noch die Ertragsanteile für das Land Kärnten. Nicht nur plus 7 Prozent, bis plus 10 Prozent werden mehr nach Kärnten fließen. Das heißt, der Herr Gemeindereferent hat eine volle Kasse, heraus damit! Nicht zurück halten für eine wahlwer-

Dr. Martinz

bende Aktion im Jänner, Februar, jetzt heraus damit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich bitte wirklich, zum Ernst der Sache zurück zu kommen. Ich weiß nicht, ob Sie alle miteinander auch die Medien betrachten, egal, ob Fernsehen oder welche Zeitungen man aufblättert. Liebe Freunde, die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, die kommen wird, die Sorge um die Arbeitsplätze, das findet nicht nur im Fernsehen statt. Das kommt auf uns zu in dramatischen Schritten! Ich bin wirklich höchst motiviert, auch mit euch gemeinsam, mit allen miteinander, hier Brücken zu bauen und gemeinsamen Schulterschluss in diesen harten Zeiten, über die Parteipolitik hinweg die wesentlichen Schritte zu setzen. Aber hier Inszenierungen zu veranstalten, von Konjunkturpaketen zu reden und jeder erfindet etwas Neues. Soll so sein, ich denke, wir werden spätestens Morgen beim Wirtschaftsgipfel alles erfahren, was wir brauchen. Selbstverständlich kenne ich die wirklichen Programme der Arbeiterkammer nicht, wirklich nicht. Deshalb freue ich mich auf den morgigen Gipfel, deswegen haben wir den auch einberufen, gemeinsam mit Präsident Pacher, um es auf den Tisch zu bekommen. Da werden wir das zusammen fügen und dann gilt es, von euch allen, jeder einzelne, die Parteipolitik wirklich wegzuschalten und diese Projekte und diese Mittel umzusetzen. Darum geht es jetzt! Hört auf, hinten nach ein bisschen beleidigt zu sein, immer noch aus eurer verträumten Chance, beim Zukunftsfonds gescheit dabei zu sein *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit, Herr Landesrat!)* und im richtigen Moment einen Schritt zu setzen, weil das ist Wirtschaftskompetenz gewesen vor einem Jahr. Da habt ihr alle dagegen magaziniert, bis zu persönlichen Klagen, die ich heute noch am Hals habe, ist das Ganze gegangen, weil die gescheite SPÖ heute noch der Meinung ist, wir hätten die HYPO behalten sollen. Also das wäre eine ganze gute Idee gewesen! Super! Mittlerweile sind bis 2 Milliarden Euro von Bayern herein gekommen, stärken den Wirtschaftsstandort Kärnten. Mit dem können wir jetzt überhaupt darüber philosophieren, ob wir irgendwelche Pakete in Schwung bringen. Also, ich baue euch jede Brücke dieser Welt, bitte kommt heraus aus eurem Schmollwinkel, gemeinsam für dieses Land arbeiten, das ist jetzt angesagt! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Thema „Umdenken in der Wirtschaftspolitik“. Die Krise, die wir derzeit erleben, diese weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt uns wirklich zu einem tiefgreifenden und zu einer grundsätzlichen Veränderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Es geht darum, dass wir diesen Neoliberalismus, diesen Raubtierkapitalismus und all seinen negativen Folgen einen Riegel vorschieben! Es kann nicht sein, dass die ganze Welt vor der globalen Krise in die Knie geht, nur, weil einige globale Player sich am Finanzcasino bereichern und die Kosten dafür sollen jetzt die kleinen Leute, die Menschen, die Vertrauen hatten in die Banken, die Kosten werden sozialisiert. Was da äußerst besorgniserregend ist, ist das, was im Nationalrat beschlossen wurde. Dieses Paket ist ein Paket von Banken für Banken. Der Staat stellt den österreichischen Banken eine Garantie von unglaublichen 100 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist das Doppelte des österreichischen Staatshaushaltes! Der Staat macht alles, um Banken zu retten, so wie diese Constantia. Das ist eine Bank der Millionäre, es ist ja bekannt, dass dort nur die Reichen anlegen. Aber es gibt keine vergleichbaren ähnlichen Maßnahmen für Kreditnehmer und Kreditnehmerinnen und für Klein- und Mittelbetriebe. Zugleich werden die Manager nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, sie werden gleich gut bezahlt mit extrem hohen Löhnen, haben gleiche Privilegien und man schmeißt ihnen auch noch einen goldenen Fallschirm nach, denn sie müssen diese Verluste nicht verantworten! Die Verluste werden umgelegt auf die Gesellschaft, Gewinne werden privatisiert und die Verluste werden sozialisiert. Dieses Prinzip gilt es zu durchbrechen. Hier müssen wir ansetzen, um dieses Prinzip endlich zu durchbrechen.

Wir brauchen endlich eine starke Spekulationssteuer, eine Art Finanztransaktionssteuer auf der EU-Ebene und hier brauchen wir auch strenge und restriktive Instrumentarien, wie zum Beispiel eine EU-weite Finanzmarktaufsicht, die

Dr. Lesjak

wirklich diese Finanzprodukte kontrolliert und eine demokratische Kontrolle der Banken. Wir brauchen aber auch einen Schutz für heimische Klein- und Mittelbetriebe und für die privaten Anleger. Wir müssen diese Kleinbetriebe vor den Heuschrecken schützen, die heimische Kleinstrukturwirtschaft ist vor diesen liberalen Szenarien zu schützen. Wir sind wirklich bedroht durch diesen Turbokapitalismus und hier müssen wir dagegen arbeiten. Wir brauchen auch eine Art Verursacherprinzip. Die Manager, die gut bezahlt werden, sollen für diese Misere und diese Krisen auch zur Verantwortung gezogen werden. Es kann nicht sein, dass die Kreuzritter des Geldes die Welt verunsichern und einen Schaden anrichten, wo Millionen Menschen auf die Straße gesetzt werden und ihre Arbeit verlieren und niemand übernimmt die Verantwortung dafür! Für Kärnten sind rasche Maßnahmen natürlich wichtig, eine rasche Steuerreform zur Entlastung der mittleren und kleinen Einkommen, aber auch eine echte Konjunkturoffensive, und da haben wir ganz viele Möglichkeiten im Bereich der Energiewende. Wir könnten so viel investieren in die Energiewende, nicht nur Elektroautos, zum Beispiel in der Altbauusanierung! Da hätten wir etliche Arbeitsplätze geschaffen, wir würden für die Zukunft unabhängiger sein und das würde auch in eine Richtung gehen, die mehr sich um die Umwelt kümmert und weniger sich dem Raubtierkapitalismus zum Opfer hergibt.

Wir brauchen den öffentlichen Verkehr, wir brauchen eine massive Förderung von Sozialprojekten und endlich auch eine gerechte bedarfsorientierte Grundsicherung, eine Mindestabsicherung der Menschen, die unter dieser weltweiten Wirtschaftskrise leiden. Wir müssen auch grundsätzliche Überlegungen anstellen. Wie gehen wir um mit diesen entgrenzten Märkten? Mit Geld, das keine Grenzen mehr kennt? Mit einem abgehobenen Finanzmarkt, der die Realwirtschaft mit in den Abgrund zieht? Es kann doch nicht sein, dass dieser Neoliberalismus und der Turbokapitalismus einen derartigen Schaden anrichten. Freilich, die EU wird 2.000 Milliarden Euro Garantien und Haftungen zur Verfügung stellen. Das haben sie beschlossen. Ein Bruchteil dieses Geldes würde aber ausreichen, um den Hunger in der Welt beispielsweise auszurotten. Das ist bis jetzt noch niemandem eingefallen! Kaum kommt die Wirtschaft in die Krise, die

Banken, wird Geld in die Hand genommen und das versteht eigentlich niemand mehr. Da muss man sich fragen, was ist wichtiger? Ist wichtiger die Not und das Elend der Menschen oder sind die Banken und die Erhaltung dieses Finanzsystems wichtiger? Auf welcher Seite steht eigentlich die Politik? Wenn man sich das genau anschaut, die Bundesregierung hat es gezeigt, die steht auf der falschen Seite! Nicht auf der Seite der Menschen, sondern auf der Seite des Geldes.

Sie unterstützt die Banken, anstatt den Abzockern endlich das Handwerk zu legen. Wir brauchen dem gegenüber aber eine starke Finanzmarktaufsicht, starke Regulierungen von Finanzmarktprodukten, Managerhaftungen, das Abschaffen von Steuer-Oasen, et cetera. *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!)* In Kärnten sind wir zweierlei Gefahren ausgesetzt. Wir haben die globale Gefährdung durch diesen Finanzkapitalismus, wir haben aber auch eine regionale Wirtschaft, die zu schützen ist! Es hat sich zum Beispiel noch nie jemand gefragt, wieso bei uns so viele Kleinbetriebe aussterben. Tischlereibetriebe zum Beispiel sterben innerhalb von ein paar Jahren aus. Aber es werden alle Versuche unternommen, um Großbetrieben, jetzt nichts gegen IKEA, *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete, die Redezeit ist abgelaufen! Bitte den Schlusssatz!)* aber das ist ein internationaler Konzern, der die Straßen, die so genannten Wohlstandsstraßen, die die Einfallstore der Heuschrecken sind, das vernichtet die heimische Wirtschaft! Dieser Kapitalismus vernichtet das regionale Wirtschaftspotential!

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Markut das Wort.)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

(LH Dörfler: Jetzt kommt endlich einer von der SPÖ, der rechnen kann! Der Einzige!) Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kärntner Landtag! Geschätzte Zuhörer! Die Menschen haben Sorge um ihre Arbeitsplätze. Die Unternehmer in Kärnten haben Umsatzrückgänge und Ausfälle zu verzeichnen und die Banken im Nacken und wir reden hier von Show-Partien und dergleichen mehr. Herr Landesrat Martinz, deine Rede hier heute und deine Aussagen als Vertreter der ehemaligen Wirtschaftspartei ÖVP in

Markut

Kärnten hat nämlich überhaupt nichts zum Inhalt gehabt. Ich habe so langsam das Gefühl, dass der Vorsitzende der Landesholding und vielleicht auch der neue Finanzreferent sich jetzt von uns dabei ertappt fühlen, endlich etwas tun zu müssen. Denn ich habe den Eindruck ihr habt die Medienvielfalt und die Ausgangssituation, dass die Kärntner Unternehmen und die Kärntnerinnen und Kärntner in Sorge sind, tatsächlich verschlafen. Das ist die Ausgangssituation, die wurde heute hier vielfach diskutiert. Denn im Sog dieser internationalen Finanzkrise haben sich die Aussichten für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft dramatisch verschlechtert! Wir kennen alle die Eckdaten. Drei Prozent Wirtschaftswachstum für das Jahr 2008 musste auf unter zwei Prozent revidiert werden. Für das Jahr 2009 sagen uns die führenden Markt- und Wirtschaftsforscher nur mehr ein Wachstum von 0,9 Prozent voraus. Erstmals seit 2005 steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich insgesamt und in Kärnten steigt sie auch deutlich spürbar seit Juli 2008. Aufgrund dieser genannten Entwicklungen sind natürlich unverzüglich staatliche und vor allem auch regionalpolitische Maßnahmen erforderlich, die möglichst auf die Stabilisierung von Arbeitsplätzen abzielen, die wirklich die Unterstützung der betrieblichen Interventionen und Investitionen nachhaltig sichern und für den regionalen Bereich die Weiterführung der öffentlichen Investitionen auf ein hohes Niveau heben. Genau das, bitte, haben wir mit unserem so von uns bezeichneten Konjunkturpaket vor! Es gibt im wesentlichen drei klare Zielrichtungen. Denn für die Kärntner Wirtschaft heißt das, dass sich besonders bei Eigenkapital schwachen, kleineren und mittleren Unternehmen diese erhöhte Vorsicht bei der Kreditvergabe der Banken dramatisch auswirkt. Sinkende Auftragszahlen führen zu rückläufigen Investitionen der Unternehmen, es ist vermehrt mit Förderungsausfällen zu rechnen. Die Bonität der Geschäftspartner untereinander sinkt. Das Vertrauen kommt abhanden und es kommt zum Angstsparen bei den Konsumenten. Das wirkt sich sehr schnell und viel rascher aus als wir alle glauben. Was ist zu tun? Es wurde heute hier bereits einiges zitiert. Die Liquiditätsquote für kleine und mittlere Unternehmen in Kärnten, und deren haben wir viele, ist deutlich zu erhöhen, höhere Landes- und Bundesgarantien! Herr Wirtschafts- und Finanzreferent, ich glaube, hier ist der Hebel anzusetzen! Ich nehme an, Sie kennen die Richtlinien

des KWF. Wir müssen diese Quote erhöhen auf eine Garantie des Landes und des Bundes auf 60 Prozent: 20 Prozent Förderung des KWF und 10 Prozent Eigenmittel und die Investitionen sind gesichert. Wir haben vor allem mit unserer Initiative heute ein klares Ziel. Es muss das Ziel sein, dass am Ende dieses Konjunkturpaketes, egal wer immer es schnürt, egal wer es beschließt, egal welche Maßnahmen hineinfließen, Arbeitsplätze in der Produktion stehen müssen! Das ist das erklärte Ziel! Maßnahmen in die Infrastruktur, wie sie heute aufgezählt wurden, sind höchstens der Weg aber nicht das Ziel zu solchen Maßnahmen. Deshalb unsere ganz klaren drei Zielrichtungen, die wir heute hier deutlich machen – und deutlicher kann man sie gar nicht machen und nieder schreiben – und die wir euch heute auch noch im Rahmen unseres Dringlichkeitsantrages geben werden und die darauf abzielen: Das ist das Vorziehen von geplanten Investitionen in den Gemeinden draußen. Dies deshalb, weil die Kärntner Gemeinden noch immer die verlässlichsten Partner der heimischen Wirtschaft sind, wo heimische und hier sichere Arbeitsplätze geschaffen und abgesichert werden. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen insgesamt müssen erreichen, dass Arbeitsplätze längerfristig abgesichert sind. Alle diese Maßnahmen, die heute aufgezählt wurden im Bereich der Wohnbausanierung, im Bereich der Althausanierung, in die Investitionen von energiesparenden Maßnahmen, insgesamt Alternativenergien sind nachhaltige Maßnahmen. Es muss vor allem auch zu einer deutlichen Entlastung unserer Steuerzahler kommen, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) um so die Kaufkraft unserer Bevölkerung zu erhöhen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

In Summe, geschätzte Damen und Herren, kann man dieses Budget ganz locker mit 600 Millionen Euro beziffern. Nur muss man sich die Mühe machen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir das alles umsetzen können. Beschlüsse, die erforderlich sind, sind durchzuziehen und am Ende des Tages muss die Angst von den Konsumenten genommen werden und müssen die Arbeitsplätze in Kärnten abgesichert und neue geschaffen werden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Landeshauptmann Dörfler das Wort.*)

Landeshauptmann **Dörfler** (F):

Hohes Haus! (*Abg. Ing. Scheuch: Allzeit bereit!*) Vielleicht ganz kurz: Ich habe das Infrastruktur- bzw. Konjunkturpaket des Abgeordneten Klubobmann Seiser gesucht. Wissen Sie, wo das ist? (*Zwischenruf von Abg. Seiser.*) Das ist im Bleistätter Moor und heißt „Sumpfhotel.“ So wie der Herr Abgeordnete Seiser und Klubobmann Seiser im Landtag von irgendetwas fabuliert, darf ich erzählen, dass er in etwa vor zwei Jahren mit einem Schmierzettel ein Hotelprojekt in der Bleistatt, im Bereich des Ossiacher Sees angekündigt hat. (*Abg. Seiser: Wie die Gerlitzten!*) Das sind die typischen Projekte des Herrn Abgeordneten Seiser. (*Abg. Seiser: Seilbahn von Ossiach!*) Herr Abgeordneter Seiser! Das ist die Peinlichkeit des Jahrhunderts! So wie Sie ein „Sumpfhotel“ in die Bleistätter Moorlandschaft gebaut haben, so suche ich auch Ihre Konjunkturpakete.

Ich komme jetzt zu den tatsächlichen Konjunkturpaketen. Da kann ich auch einiges berichten, dass wir auch in der nächsten Zeit mit großen Projekten, wo wir entsprechend lange vorsorgen und um sie kämpfen mussten, tatsächlich ein Infrastrukturpaket im Laufen haben, aber auch noch umsetzen: Die Umfahrung Völkermarkt ist derzeit im Bau mit circa 45 Millionen Euro Baukosten. Das war eine schwierige Verhandlung. Man weiß, man musste sogar eine Regierungssitzung unterbrechen, weil die damalige Vorsitzende Schaunig nicht überlassen hat, was sie hätte beschließen sollen. Der Herr Markut zwinkert mir heute noch zu. Kurbad Bad St. Leonhard, ein sechsjähriger Diskussions- und Planungsprozess mit 35 Millionen Euro. Wir haben am 20. November die Abgabefrist. Es wird so sein, dass wir bereits im Jänner, Feber die Bad-Siedlung mit der Einhausung beginnen werden können und dass wir dort 35 Millionen Euro verbauen können, übrigens eine Sonderfinanzierung, die wir seinerzeit mit Landeshauptmann Haider vereinbart haben, dass wir dieses Projekt vorziehen können. Man sieht jetzt, wie wichtig das ist. Die UVP B-100, Greifenburg/Berg ist abgeschlossen. Auch da hat interessanterweise die SPÖ – Herr Abgeordneter Tiefnig, eine Einhausung in Berg ist es etwas Gutes und in Greifenburg ist es etwas Schlechtes. Auch da war es wieder die SPÖ und ein Abgeordneter, der sich nicht auskennt und Projekte verhindern will. Das

ist das Konjunkturpaket der SPÖ, Herr Abgeordneter Tiefnig! Noch einmal: In Greifenburg ist für dich eine Einhausung schlecht und in Berg gut. Es ist in Berg und in Greifenburg gut, das nur zur Information! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) Das heißt, wir sind in der Lage, nach Ablauf der entsprechenden Fristen, wenn die UVP rechtskräftig ist, bereits im Frühjahr 2009 zu bauen. (*Es herrschen Lärm und Unruhe im Hause. – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.*) Das ist eine Sonderfinanzierung, die seinerzeit Landeshauptmann Haider im Rahmen der Verlängerung der Bundesstraßen verhandelt hat. Das heißt, damals als wir in Wien Regierungsmitglieder hatten, damals ist eine Sonderfinanzierung für Kärnten möglich gewesen, diese berühmten 58 Millionen Euro! (*Abg. Ing. Scheuch: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*) Ich darf auch berichten, dass es eine Herbstinfrastruktur im Baupaket gibt. Es gibt heuer noch drei Spatenstiche: Die Petzenstraße um circa 2 Millionen Euro, die Falkertstraße um circa 2 Millionen Euro und die Straßenverbindung von der Lippitzbach-Brücke bis Moos um etwa 1 Million Euro. Das heißt, das sind 5 Millionen Euro für Verkehrswege im ländlichen Bereich und auch wichtig in Süd-Kärnten, die wir damit auch entsprechend umsetzen werden.

Wir haben auch im Bereich der touristischen Investitionen in Bad St. Leonhard gerade dieser Tage die Richtfeier für das Kurbadprojekt „Keine Umfahrung, kein Kurbad.“ Hier haben wir mit Bürgermeister Simon Maier – es gibt in der SPÖ auch Bürgermeister, vor allem die, die etwas vom Wirtschaften verstehen – dieses 23 Millionen Euro-Projekt sichergestellt. Ich kann berichten, dass der Hochbau mit der Richtfeier bereits erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Seeparkhotel hat schon der Finanzreferent genannt. Die Grünen reden immer von Konjunktur- und Wirtschaftspaketen, Herr Abgeordneter Holub. Dann behindern Sie nicht Konjunktur- und Infrastrukturpakete! Denn das Seeparkhotel würde es, wenn es nach den Grünen geht, wie den Ringausbau, nicht geben. Das ist eine phantastische Investition (*Beifall von der F-Fraktion.*) für die touristische Zukunft der Landeshauptstadt Kärntens und am Wörthersee. (*Abg. Holub: Einen Baustopp hat es gegeben!*) Das Projekt Falkensteiner am Katschberg ist im Bauzeitplan gut unterwegs und wie gesagt, das

Dörfler

Kurbadhotel in Bad St. Leonhard.

Ich möchte schon auch darauf hinweisen: Seinerzeit konnten wir Sonderfinanzierungspakete für Kärnten sicherstellen. Wie schaut es denn derzeit aus? Der zuständige Verkehrsminister Faymann kündigt ein 800 Millionen Euro Infrastrukturpaket an und man staune: Kein einziges Kärntner Projekt (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) ist im Infrastrukturprojekt des Verkehrsministers enthalten, kein einziges! Das ist wieder einmal ein Zeichen dafür, dass die SPÖ in Kärnten schweigt und zur Kenntnis nimmt ... (*2. LH-Stv. Rohr, stehend, von der Regierungsbank aus: Wie heißt der Verkehrsreferent in Kärnten?*) Herr Kollege Rohr! (*Abg. Ing. Scheuch: Rohr, sitz nieder, du „Rohrkrepierer!“ – Vorsitzender, die Glocke betätigend: Bitte, am Wort ist der Herr Landeshauptmann!*) Der Herr Kollege Rohr ist der Anwalt, der Verteidiger ... (*Wiederum Einwand von 2. LH-Stv. Rohr. – Lärm im Hause. – Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bitte, am Wort ist jetzt der Herr Landeshauptmann!*) Der Herr Kollege Rohr ist heute schon die ganze Landtagssitzung damit beschäftigt, den Herrn Faymann zu verteidigen, der für Kärnten kein Geld übrig hat, der ein 800 Millionen Infrastrukturpaket schnürt, Herr Kollege Rohr, (*Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*) der keinen Cent für Kärnten übrig hat! Das ist die Politik des Verkehrsministers Faymann! (*Frenetischer Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Heute ist ja schon sehr heiß diskutiert worden. Natürlich ist das ein Problem, (*Abg. Ing. Scheuch: Der „Luschi“ ist jetzt dran!*) das auf uns alle zukommt, wovor wir uns nicht irgendwo verstecken können. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die damit einhergeht ist etwas, was einen Schulterchluss der Politik verlangt und nicht dass hier jeder auf seine Art und Weise sein Süppchen kocht und es kommt für das Land dabei nichts heraus. Die Suppe jedenfalls, die uns der Herr Klubobmann Seiser serviert hat

oder servieren wollte, war äußerst dünn. Da war keine Einlage drinnen. Wenn nicht mittlerweile eine Mücke hinein geflogen ist, dann ist es wirklich eine „Bouillon da tasse“, sonst gar nichts. (*Abg. Tauschitz lacht lautstark. – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Meine Damen und Herren, so können wir ein Konjunkturpaket nicht sehen. Da muss ein bisschen eine Substanz dahinter sein. Da lobe ich mir wirklich unseren Landesrat Martinz, der mit dem verstorbenen Landeshauptmann Haider mit Martin Bartenstein das Paket hier ausgehandelt hat, wo in den nächsten fünf Jahren 250 Millionen Euro für Kärnten fließen werden, wo wir konkrete Maßnahmen umsetzen werden, die genauestens beschrieben sind, von denen heute eh schon geredet worden ist. Das sind Maßnahmen, um da nicht irgendetwas herbeizureden.

Ich muss natürlich auch eines sagen, der Herr Klubobmann Scheuch – wo ist der jetzt (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der ist da!*) – hat früher gesagt, Banken und Gemeinden zahlen keine Steuern. Ich weiß nicht, wo er das her hat. Die Gemeinden zahlen normalerweise sehr wohl auch die Mehrwertsteuer, wenn sie nicht eine Gesellschaft gegründet haben, wo die Möglichkeit besteht, dass sie vorsteuerabzugsberechtigt sind. (*Abg. Ing. Scheuch. So blöd sind die nicht!*) Selbstverständlich, Herr Kollege Scheuch, zahlen natürlich auch die Banken Steuern! (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Die Banken zahlen auch Steuern, selbstverständlich, alle zahlen Steuern! Das ist auch gut so! Wenn ich allein von meiner Sumsi-Bank im Rosental spreche, deren Obmann ich bin: 85.000,- Euro zahlt diese Bank jedes Jahr an den Fiskus und sie gehört wirklich nicht zu den großen Banken. Das ist immerhin auch ein schöner, aber bescheidener Beitrag, den wir hier bringen.

Meine Damen und Herren! Wenn heute der Landeshauptmann-Stellvertreter Rohr gemeint hat, man müsste sich überlegen, ob wir nicht auch das Kernvermögen aus dem Zukunftsfonds hier anknabbern wollen, belehnen wollen: Die Belehnung, eine Haftung, Herr Kollege Rohr ist ja der erste Schritt dorthin. (*2. LH-Stv. Rohr: Haftungen! Weißt du, was das ist?*) Ich habe dir genau zugehört. Eine Haftung ist der erste Schritt und der nächste folgt sogleich und schon ist das Kernvermögen weg. Da lobe ich mir deine Vorgängerin, die Frau Dr. Schaub, die ge-

Lutschounig

sagt hat, man muss dieses Kernvermögen wirklich mit Zehen und Klauen verteidigen. Ich glaube, dass die Gefahr besteht, dass man das jedenfalls sehr schnell anknabbern könnte.

Das sollte wirklich nicht sein. Der Kollegin Lesjak muss ich sagen – ist auch nicht da herinnen, nein ist nicht da. Okay! – die 100 Milliarden, die der Bund zur Verfügung stellt, das war nur für die Banken. Natürlich ist es für die Banken, aber da geht es ja teilweise um die Haftung und der andere Teil, der größere Teil, da geht es darum, dass man die Einlagen – die Frau Kollegin hört eh zu draußen bei einer guten, grünen Zigarette, wohl bekomm's! – ich glaube, dass man sehr wohl vor allem die Sparer sichert, dass deren Einlagen gesichert sind, um das Vertrauen in die Banken zu stärken und zu heben. Das war die Hauptaufgabe und das Wichtigste ist ja, dass die Banken das Geld zur Verfügung haben, dass sie auch entsprechend liquid sind, dass sie der Wirtschaft ihr Geld zur Verfügung stellen und so weiter. Und ich glaube, wenn die Frau Kollegin Lesjak sagt, wir müssen auch schauen, die kleinen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten: Ja, die sind eh entlastet! 45 Prozent der Unselbständigen in Österreich zahlen ja keine Steuer, keine Lohnsteuer mehr und wenn einer nichts zahlt, ja okay, man müsste ihnen auch noch anderwertig hilfreich zur Seite stehen, was ja auch durchaus passiert. *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)*

Ich glaube, meine geschätzten Damen und Herren, das Abgabepaket in Kärnten, das vor einigen Jahren, vor zwei Jahren, mit SPÖ und BZÖ geschnürt worden ist, diese 27 Millionen Euro, die könnte man mit einer Sofortmaßnahme rückgängig machen und so die Menschen in diesem Lande tatsächlich entlasten. Ob das die Fremdenverkehrsabgabe ist, Zweitwohnsitzabgabe et cetera. *(Zwischenruf von Abg. Stark. – 2. LH-Stv. Ing. Rohr: Wer zahlt denn die Fremdenverkehrsabgabe? Wer zahlt sie denn? – Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Da könnten wir sofort eine Entlastung machen, auch für die kleinen und mittleren Betriebe im Fremdenverkehrsbereich, meine Damen und Herren. Und der Herr Landesrat hat natürlich auch Ertragsanteile um 57 Millionen *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen!)* vom Jahr '07 bis '08 mehr bekommen und auch bei den BZ-Mitteln stehen ja von '06 bis '08 10 Millio-

nen mehr zur Verfügung. Also es ist da schon eine Schatulle, wo man ein bisschen Spielräume drinnen hat, Herr Referent, aber ich glaube, wir müssen trotzdem zusammenstehen, solche Aktionen machen, die Hand und Fuß haben, die tatsächlich dem Land, der Wirtschaft und den Menschen dieses Landes helfen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Strauß das Wort.)

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Mitglieder der Kärntner Landesregierung! Ich möchte an die Worte des Abgeordneten Lutschounig anschließen, weil er der Meinung war, wir müssen zusammenstehen und für Kärnten ein dementsprechendes Konjunkturpaket beschließen beziehungsweise auch diskutieren. Nur die Diskussion, wie sie heute hier im Kärntner Landtag stattfindet, ist eine Diskussion, die teilweise von Altprojekten und vom Aufzeigen von Altprojekten ... Und wenn ich dem Landeshauptmann, der leider Gottes die heutige Landtagssitzung scheinbar schon verlassen hat, folgen kann, dann höre ich das die letzten drei Monate immer wieder. Die alten Projekte, die ausfinanziert beziehungsweise in Finanzierung waren, werden immer angesprochen. Wir brauchen in Kärnten neue Projekte und das Land braucht neue Projekte und neue Perspektiven! Mit unserem Konjunkturpaket, das wir heute mit den Dringlichkeitsanträgen dem Kärntner Landtag vorstellen werden, hoffen wir, dass die anderen politischen Parteien mit uns einen gemeinsamen Weg gehen wollen, wie es der Gemeindereferent und Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr skizziert hat. 600 Millionen sind mittelfristig in die Kärntner Wirtschaft durchaus möglich, aus dem Landesbudget einzubringen und dementsprechende Maßnahmen zu setzen. Wir müssen auch Antworten finden, um der sinkenden Kaufkraft – und das ist genau das Hauptthema – der Bevölkerung in Kärnten entgegen zu wirken. Es wird nicht genügen, 100,- Euro oder 150,- Euro von irgendeinem Regierungssitzungsstuhl aus der Bevölkerung in die Brust beziehungsweise in die Hand zu geben, *(Abg. Rossmann: Wieso hat das dann Alfred Gusenbauer übernommen?)* bei Kaffee und Kuchen und anderen Sachen, sondern wir

Strauß

brauchen Maßnahmen. Maßnahmen, wie sie die Sozialdemokratie schon eingefordert hat, auch hier im Kärntner Landtag, wie die Mindestsicherung und vieles mehr.

Es stehen viele Projekte in den Gemeinden, an, es stehen viele soziale Projekte an, es stehen viele Projekte der Infrastruktur an. Infrastruktur ist eine Basis für Wirtschaftsentwicklung. Es stehen viele Sachen in der Energietechnik an, es stehen aber natürlich auch viele Bereiche für arbeitspolitische Maßnahmen an. Es kann aber etwas nicht sein, dass man Arbeitsplatzförderung von Großunternehmen in der Form vorstellt, dass man eine sogenannte „Hubschrauber-Politik“ in Kärnten durchführt. Man taucht auf, macht großen Wirbel, schmeißt einen Koffer herüber und ist dann wieder über die Berge. Weil nämlich etwas passiert in der Wirtschaft: Die Wirtschaft hat ja dadurch – auch in Kärnten teilweise – bei Großunternehmen reagiert. Und zwar insofern reagiert, dass man sie nicht mehr im Betrieb beschäftigt, die Arbeitnehmer, sondern über Drittfirmen, über sogenannte Leasingfirmen, zu Arbeitsstiftungen beziehungsweise zu Arbeitsverhältnissen kommt. (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Die Menschen haben dort überhaupt keinen Schutz und sie stehen dann an, kommen zu uns, als lokale Größen und bitten um Mithilfe. Sie werden gekündigt, sie werden auf die Straße gesetzt und niemand kümmert sich um diese Menschen. Ich glaube, es ist wichtig, hier entgegen zu wirken. Es gibt viele Möglichkeiten, wir haben sie heute Vormittag schon im Ausschuss diskutiert. Eine Möglichkeit wäre natürlich die Verdoppelung beziehungsweise Aufstockung des Regionalfonds, um den Gemeinden auch die Basis zu geben, über Budgetmittel der Gemeinden sowohl die Wirtschaftsförderung, aber auch die Basis zu setzen in den Gemeinden, Wirtschaftsentwicklung zu machen.

Und wir müssen uns natürlich auch von etwas verabschieden: Wir haben 20 Jahre lang in Kärnten und höchstwahrscheinlich in ganz Österreich eine Wirtschaftspolitik betrieben, wo man geschaut hat, wo sind die Ballungszentren. In den Ballungszentren hat man künstliche Wirtschafts-

betriebe aufgezogen und die Menschen zu Pendlereien verpflichtet. Wir müssen die Arbeit dort lassen, wo die Menschen sind und dementsprechend auch dafür die Antworten finden. Ich hoffe auch, dass die nächsten Regierungssitzungen und der designierte und neue Finanzreferent des Landes Kärnten hat ja in seinen heutigen Ausführungen hier im Kärntner Landtag ... (*Zwischenruf von KO Abg. Ing. Scheuch. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der ist ja nicht mehr designiert! Du bist ja hinten nach! Wann hast du denn das aufgeschrieben, die Rede?*) Ich habe mich eh korrigiert, wenn du aufgepasst hast! Ich habe gesagt, der designierte und der neue! (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit bitte!*) Er hat aber etwas für mich sehr Treffendes auch gesagt, dass er vorhat, auch in jenem Bereich der Infrastruktur, Sport, rund 20 Millionen zur Verfügung zu stellen und für viele Konjunkturmaßnahmen mit den Regierungskollegen in Verhandlungen zu gehen. Nach wie vor ist aber etwas auch wichtig und da bin ich beim Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr: 600 Millionen Euro sind leicht – wenn man will – über die Regierung und im Kärntner Landtag als mittelfristige Unterstützung der Kärntner Wirtschaft möglich, als Hilfe und Gegenmaßnahmen, um dieser Wirtschaftsflaute, die uns höchstwahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten und unter Umständen auch Jahren begleiten wird, entgegen zu wirken. Es ist nicht ein Zugriff auf den Zukunftsfonds, sondern es ist jederzeit möglich, (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) auch für den Zukunftsfonds, jene Mittel freizugeben, weil von den Gemeinden bis dato jene Investitionen, die man insgesamt gesetzt hat, selbstverständlich auch wieder zurückbezahlt werden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Die Aktuelle Stunde ist somit beendet. Wir kommen nunmehr zur Behandlung des vorliegenden Einlaufs und ich darf den Schriftführer um die Verlesung desselben ersuchen. Bitte!

Lobnig

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 288-6/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend AUA Verkauf mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass bei einem Verkauf der Fluggesellschaft „Austrian Airlines (AUA)“ die bestehenden Flugverbindungen der AUA Tochter „Austrian Arrows“ nach Klagenfurt in vollem Umfang bestehen bleiben.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo (F):**

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzte Zuhörerin! Liebe Zuhörer! AUA – Sie haben das beim Herausgehen gehört, ich auch – bekommt zunehmend eine zweite Bedeutung. Nicht nur die Abkürzung „Austrian Airlines“, sondern auch AUA im Sinne von „Aueh!“, und zwar zu Lasten des Steuerzahlers. Das Drama, das sich hier vor unseren Augen abspielt, ist mit den Königsdramen von Shakespeare nicht mehr zu vergleichen, da sind die Protagonisten dort Waisenknaben. Gestern hat sich ein Experte dazu verstiegen und hat die AUA und das Geschehen dort mit der österreichischen Fußballnationalmannschaft verglichen. Und zwar in dem Sinne, dass er gemeint hat, dass das Fußballnationalteam ungefähr acht Millionen Experten in Österreich hat und die AUA jeden einzelnen Fluggast als Experten, nämlich noch mehr. Der Vergleich ist unzulässig. Vor allem deshalb, weil bei der AUA die Steuerzahler bluten, beim Fußballnationalteam vielleicht ein paar Fußballer. Man muss kein Experte sein, um einmal mehr die Misswirtschaft, die hier in

Österreich herrscht, zu erkennen, denn in diesen Stunden werden 500 weitere Steuermillionen für das Stopfen von Löchern bei der AUA zur Verfügung gestellt und man weiß, dass auch durch die Verlängerung der Verkaufsgespräche und der Deadline bis 31. Dezember dieses Jahres das Angebot auch am 31. Dezember nicht höher als der eine Schilling sein wird. Hier wird also ganz bewusst dem guten Geld, oder dem schlechten Geld, besser gesagt, ein gutes nachgeworfen. Man muss jetzt handeln, um das noch zu retten, was zu retten ist.

Und ich erinnere daran, dass wir vor ungefähr einem Jahr, am 8. November des Vorjahres, einen SPÖ-Antrag als Dringlichkeitsantrag hier beschlossen haben, der verlangt hat, dass die Verbindung von Klagenfurt nach Frankfurt aufrecht erhalten bleiben soll. Der Herr Dr. Kaiser als Klubobmann hat damals gesprochen und gesagt – und ich zitiere ihn – dass es ganz wichtig ist, diesen Antrag zu beschließen, weil diese Verbindung eigentlich eine der wesentlichsten und essentiellsten Flugverbindungen ist, die der Klagenfurter Flughafen aufzuweisen hat und so weiter, und so weiter. *(KO Abg. Ing. Scheuch: Wie haben denn die in Wien gestimmt?)* Sehr interessant ist dann die Antwort des Bundeskanzlers Gusenbauer darauf, auf einen SPÖ-Antrag. Bundeskanzler Gusenbauer teilt mit Schreiben vom 20.2.2008 mit: „Die Umsetzung der in der Resolution erhobenen Forderungen, deren Maßnahmen in die operative Zuständigkeit der Unternehmensorgane und so weiter, und so weiter, fällt, wobei nach der bestehenden Gesetzeslage weder der ÖIAG, umso weniger der Bundesregierung Einflussmöglichkeiten zukommen.“ Eine Stellungnahme der AUA wurde eingeholt und auf diese verwiesen. Das also ist die Wirklichkeit.

Ich möchte vielleicht doch die Stellungnahme zitieren, weil das auch interessant ist, einmal zu hören. Dort wurde darauf verwiesen, dass die AUA überzeugt ist, "dass mit den Austrian Airlines via Wien, also nicht direkt Klagenfurt – Frankfurt, sondern über Wien, gemeinsam mit der Lufthansa über München weiterhin gute Flugverbindungen für Kärnten in alle Welt be-

Dipl.-Ing. Gallo

stehen. Es tut uns leid, keine bessere Nachricht übermitteln zu können ..." und so weiter, und so weiter. Und jetzt sind wir genau dort, wo wir damals aufgehört haben, dass auch diese Verbindung von Klagenfurt nach Wien in Gefahr ist. Deshalb haben wir diesen Antrag hier gestellt und ich bitte daher auch die Fraktionen hier um Zustimmung, gleichzeitig mit der Aufforderung an Rot und Schwarz hier im Hause, sich in Wien endlich durchzusetzen und essentielle Forderungen von Kärnten, die die Menschen und den Wirtschaftsstandort betreffen, auch durchzusetzen! (3. Präs. Dr. Strutz: *Die stimmen ja nicht einmal dafür!*)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Ich maße mir bei Gott nicht an, der große Wirtschaftspolitiker zu sein, aber eines behaupte ich von mir schon, einen halbwegs gesunden Hausverstand zu haben. (Zwischenruf von Abg. Rossmann.) Ich maße es mir nicht an! Wenn Sie mir zugehört haben, dann habe ich das auch so gesagt. Ich fange einmal beim Kollegen Schwager an und auch der Kollege Lutschounig hat das gesagt. Ich denke, wir sollten viel weniger streiten und sollten uns um die wesentlichen Dinge gemeinsam – gemeinsam! – kümmern. Denkt einmal zurück an die Rede des Alfred Gusenbauer beim verstorbenen Landeshauptmann Dr. Haider. Er hat nämlich dort gesagt, es sind sicherlich viele Fehler passiert und vielleicht ist man daran selbst auch schuld. Man sollte sich selbst einmal bei der Nase nehmen. Wenn irgendjemand, egal von welcher Partei, eine Idee hat, dann ist der andere sofort drauf und dran, diese Idee einmal schlecht zu reden. Das ist der Punkt! Und das will ich unter keinen Umständen machen und ich will auch keine Schuldzuweisung machen, überhaupt nicht. Aber eines ist klar, damit wir gleich einmal eine Sicht nach vorne haben: Wir als Sozialdemokraten werden diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben, weil wir meinen, dass diese Geschichte für uns Kärntnerinnen und Kärntner ein schlechtes Ende haben könnte, wenn es zur Einstellung dieser Flugverbindung Klagenfurt – Wien oder umgekehrt kommt. Und, meine Da-

men und Herren, wir Sozialdemokraten nehmen das wirklich ernst! Weil wir nehmen auch diese Dinge ernst, wenn es darum geht, an die Bundesregierung, ob sie jetzt rot, schwarz oder wie auch immer besetzt ist, mit Anträgen zu bestücken.

Das machen wir, keine Frage! (Abg. Ing. Scheuch: *Rudi, die SPÖ hat gestern im Parlament dagegen gestimmt!*) Meine geschätzten Damen und Herren! Ob dieser Slogan, der bestimmt nicht ein SPÖ-Slogan war „mehr Privat weniger Staat“, ob der damals als er ausgerufen wurde, Berechtigung gehabt hat, das sehen wir jetzt. (Abg. Lutschounig: *Damals schon!*) Er hat sicherlich keine Berechtigung gehabt und in etwa so ist es auch bei der AUA. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Jetzt, wo es nicht mehr funktioniert, jetzt muss der Staat einspringen. Man hat vieles verkauft, man hat vieles privatisiert und man muss heute – und so ehrlich muss man auch sein, eingestehen, dass es ein Fehler war. Geschätzte Damen und Herren, wenn er auch nicht mehr hier ist, gestatten Sie mir, noch eines zu sagen. (Abg. Dr. Strutz: *Bei der Privatisierung war die SPÖ auch dabei!*) Landesrat und Finanzreferent Dobernig hat heute eine tolle Rede geschwungen, muss man gratulieren, keine Frage. Nur, er hat den Beweis dafür noch nicht erbracht. Denn ich sage Ihnen nur eines: Wo sind zum Beispiel diese ganzen Projekte, wo er auch schon mitgewirkt hat? Ich sage nur ein paar Stichworte: Historyland, Putzi-Arena, Senza-Confini-Park, Ravensburger-Spiele, Hüttendorf, Flattnitz, Kristallbad, Golfhotel Moosburg. Wo sind diese Projekte? Ich nehme das einmal so mit, was er heute gesagt hat, aber er muss erst den Beweis erbringen, dass all das, was er gesagt hat, in Wirklichkeit umgesetzt wird. Zurück zum AUA-Antrag: Selbstverständlich von uns Sozialdemokraten eine Zustimmung! Danke. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten zwei Zuseher auf der Zusehertribüne! Der Dringlichkeitsantrag zum AUA-Verkauf ist wahrlich ein wichtiger und dringlicher. Die AUA ist in großen Schwierigkeiten und wenn wir nicht aufpassen, wird die Heckflosse der

Tauschitz

AUA bald nicht mehr rot-weiß-rot sein, sondern grün oder blau-gelb. Beides davon kann nicht in unserem Sinne sein. Was genau bei der AUA dazu geführt hat, dass sie 260.000,- Euro pro Tag an Minus im Moment einfährt, werden noch andere Gremien herauszufinden haben. Was genau daran schuld ist, dass man die AUA nicht schon längst teilprivatisiert hat, ebenfalls. Faktum ist, dass wir diese Fluglinie Klagenfurt – Wien dringend benötigen und dass mit aller Gewalt sichergestellt werden muss, dass diese Fluglinie in vollem Umfang erhalten bleibt. Was ich für völligen Wahnsinn halte, ist, jetzt schon herzugehen und zu sagen, wir werden Steuergeld in die Hand nehmen, sollte diese Fluglinie geschlossen werden. (*3. Präs. Dr. Strutz: Das hat die Regierung gesagt!*) Das werden wir sicher nicht tun, das muss auch so gehen und deswegen wird die ÖVP diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilen. Ich hoffe, dass in Wien richtig verhandelt wird, sodass die Fluglinie Klagenfurt – Wien ohne Steuergeld erhalten bleibt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen so beschlossen. Es liegt mir eine Wortmeldung zum Inhalt vor. Bitte, Herr Abgeordneter Holub! (*Abg. Lutschounig: Der fährt mit dem Rad nach Wien!*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Liebe Freunde! Geschätzter Herr Präsident! Nichts würde ich mir mehr wünschen, als dass es mehr Verbindungen gäbe von Klagenfurt nach Wien. Nur, ich glaube, würde jetzt Kärnten eine Fluglinie kaufen, dann hätten wir Einfluss darauf, wer wohin wann fliegt. Nachdem aber Österreich eine Fluglinie verkauft, werden wir keinen Einfluss darauf haben, das ist meine tiefste Überzeugung, dass wir nichts machen können, so gerne ich es auch hätte. Danke! (*Abg. Ing. Scheuch: Du hisst die Flagge zu früh!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse nun auch über den Inhalt abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. – Jawohl, das ist ebenfalls gegen die Stimmen der Grünen so beschlossen. Bitte nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

2. Ldtgs.Zl. 402/5-29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für Kärnten – Co-Finanzierung durch das Land Kärnten und Errichtung eines eigenen Mittelstandsfonds im Land Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. die zwischen Bundesminister Bartenstein, LR Dr. Martinz und Dr. Jörg Haider ausverhandelte Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für Kärnten für die Jahre 2008 - 2012 in Höhe von jährlich insgesamt 51 Mio. € mit 5 Mio. € jährlich aus den Mitteln des Landeshaushaltes bzw. des KWF zu unterstützen und weiters,
2. einen eigenen Mittelstandsfonds für Kärntens Klein- und Mittelbetriebe zu gründen und in Verhandlungen mit dem Zukunftsfonds und den Banken zu erreichen, dass dieser Mittelstandsfonds mit zumindest 5 Mio. € dotiert wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als erstes zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Herr Klubobmann Tauschitz gemeldet. Bitte, ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Dring-

Tauschitz

lichkeitsantrag wurde in der Aktuellen Stunde schon erläutert. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist schon seit Tagen in den Medien und er ist auch in Wahrheit mit den Fraktionen abgestimmt. Deshalb werde ich mich in meiner Begründung sehr kurz fassen. In der gestrigen Nationalratssitzung wurden bereits Maßnahmen getroffen, wo wir nicht dabei sind bei den 700 Millionen Euro der ÖBB, die bis 2012 beschlossen wurden und da ist noch einiges zu tun. Aber, es ist umso erfreulicher, dass der Landesrat Martinz gemeinsam mit dem verstorbenen Landeshauptmann Haider schon vorher mit Martin Bartenstein ein Konjunkturpaket verhandelt hat, das uns insgesamt 255 Millionen Euro nach Kärnten bringt. Der Finanzreferent Dobernig hat das auch schon ausgeführt und jetzt geht es darum, dass sichergestellt wird, dass das auch co-finanziert wird. Es sollen 45, explizit sind es 46 Millionen Euro muss das Land Kärnten 5 Millionen Euro co-finanzieren. Ebenfalls wurde auch schon ausgehandelt, dass der KWF diese Co-Finanzierung übernehmen kann. Deshalb bitte ich um eine breite Zustimmung zu diesem Antrag, dass wir das Wirtschaftspaket, das Konjunkturpaket des Bundes jetzt annehmen können und dazu auch einen Mittelstandsfonds errichten können, dass wir insgesamt 5 Millionen Euro den Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmern zur Verfügung stellen können, genauso, wie es bei einem Fonds funktioniert, über Eigenkapitalbeteiligungen etc. Ich bitte um die Zustimmung! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Seiser das Wort.)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Wie schon heute einmal gesagt, werden wir uns diesen Anträgen nicht verschließen. Weder dem ausverhandelten Übereinkommen, was die Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive betrifft, noch was die Gründung eines eigenen Mittelstandsfonds für Kärntens Klein- und Mittelbetriebe betrifft. Ich hätte nur eine Bitte und eine Frage betreffend den Punkt 1., die zwischen Bundesminister Bartenstein, LR Dr. Martinz und Dr. Jörg Haider ausverhandelte Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für Kärnten von jährlich 51 Mio. € etc. soll unterstützt werden, das ist alles okay.

Ich hätte gerne um die schriftliche Vereinbarung, was dieses Paket betrifft, gebeten. Es muss, nachdem das im August bereits ausverhandelt wurde, es muss eine Vereinbarung geben und diese Vereinbarung ersuche ich Sie, uns so schnell als möglich zugänglich zu machen. Ansonsten werden wir diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilen. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Man könnte jetzt polemisch mit dem Satz beginnen, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Aber ich bin der vollen Überzeugung, dass wir alle Parteien jetzt enger rücken müssen in einer Situation, wo jeder, der heute auch den Barometer der Industriellenvereinigung gelesen hat, weiß, dass in den nächsten Monaten es wirklich nicht rosig werden wird. Ich bin sogar der Überzeugung, dass wir sogar im zweiten, dritten Quartal 2009 einen extremen Rückgang der Konjunktur zu erwarten haben werden, der erheblich unsere Klein- und Mittelbetriebsstruktur in Kärnten treffen wird. Daher ist es ein sehr guter Ansatz, einen Mittelstandsfonds aufzulegen, der auch, so wie er im Bund im Vorbild mit 40 Millionen dotiert ist. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen. Wir haben ein sehr gutes Instrument beim KWF angesiedelt, das ist die Kärntner Sanierungsgesellschaft. Man könnte dieses Vehikel bereits hernehmen und gemeinsam mit diesem Strukturfonds beziehungsweise Mittelstrukturfonds anlegen, dass bereits dort diese Defensivmaßnahmen, dort dieses Geld dotiert wird. Vielleicht sogar besser dotiert wird, wenn es auch zu einer Auflage von Seiten der Banken kommt und dann letztendlich eine Ausschüttung erfolgt an einzelne kleinere Firmen, die eine Beteiligungsstruktur aufweisen. Das sollte vielleicht ein Ansatz sein und vielleicht eine kleine Anregung sein, wir werden das natürlich unterstützen diese zwei Punkte, wohl merkend, dass dieses Konjunkturpaket bereits von Bartenstein und unserem verstorbenen Herrn Landeshauptmann Dr. Jörg Haider umgesetzt worden ist. Im Hinblick auf die SPÖ darf ich festhalten, ich weiß nicht, ob

Mag. Ragger

sie heute die Presseaussendung gelesen haben. Aber dieses Paket ist gespeist gewesen mit 5 Millionen vom Land, 5 Millionen vom Bund, 20 Millionen EAB. (Abg. Seiser: *Ich will die Vereinbarung sehen!*) Zur Vereinbarung: Ich glaube, es hat jede Partei den gleich guten Zugang und gleich guten Draht zum Herrn Dr. Felsner, dass man letztendlich sicher ermöglichen wird können, dass man diese Vereinbarung sieht. Daher bin ich auch der Überzeugung, dass man dieses Konjunkturpaket unterstützen sollte, den Antrag unterstützen sollte und danke schön! (Beifall von der F-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident Lobnig (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ich um ein Handzeichen. Bitte um deutliches Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Es liegt mir eine Wortmeldung zum Inhalt vor, und zwar Herr Abgeordneter Schwager hat sich zuerst gemeldet und dann Herr Abgeordneter Holub. Bitte, ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter Schwager (FPÖ):

Verehrte Damen und Herren! Meine Wortmeldung dazu ist eher kurz, weil ich auf das eingee, was ich in der Aktuellen Stunde gesagt habe, dass man allen Parteien, die hier positives beitragen können, unterstützen soll hier im Hause. Das mache ich hiermit, ich gebe dem die Zustimmung und möchte trotzdem wissen, weil das wird vielleicht der eine oder andere uns dann noch sagen können, wie das mit diesem Zukunftsfonds, mit den Mitteln aus den Zinsen, ausschaut, dass man die gezielt in der Wirtschaft dahingehend einsetzen sollte, dass das auch umgesetzt wird. Dies dahingehend, dass das Arbeitsplätze schaffende Maßnahmen sein sollten. Es geht zwar aus der Begründung ohnehin hervor, soll aber hier noch einmal gesagt werden. Wir müssen jetzt in naher Zukunft sorgenvoll unser Augenmerk legen, dass nicht eine große Arbeitslosigkeit, vor allem in Kärnten, passiert und dass man schaut, dass die Betriebe ihre Investitionen so machen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden und bestehende erhalten blei-

ben. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter Holub (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Grundsätzlich die Zustimmung der Grünen Fraktion, nur, ich hätte gerne mehr Information über alles, was da steht. Wenn da steht „Investitionsoffensive“ und „Gründeroffensive“, das sind schöne Worte. Wir werden, wenn wir länger zusammen sitzen, mehr Informationen voneinander brauchen und ein bisschen dezidierter reden müssen, wenn wir den Zukunftsfonds anknabbern. Danke schön! (Beifall von Abg. Dr. Lesjak.)

Vorsitzender Erster Präsident Lobnig (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse nun auch über den Inhalt abstimmen. Wer dem die Zustimmung gibt, bitte um ein deutliches Handzeichen. – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Ich darf nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes ersuchen. Bitte!

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:**3. Ldtgs.Zl. 402-8/29:**

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Konjunkturpaket für Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Landesebene ein entsprechendes Konjunkturpaket für den Wirtschaftsstandort Kärnten mit nachstehenden Themenschwerpunkten zu erarbeiten und umgehend umzusetzen:

- Infrastrukturmaßnahmen:

Vorziehen von baureifen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten

Thermische Sanierung kommunaler Bauten

Ausbau der kommunalen Fernwärmeversorgung

Vorziehen baureifer Projekte des aktuellen Straßenbauprogrammes

Mag. Weiß

Vorziehen baureifer Projekte im Umwelt-, Lawinen- und Schutzwasserbau

Vergabe von Bauaufträgen der öffentlichen Hand in Teilleistungen

Direktfördermittel für den Regionalbaufonds (4 Millionen € für Asphalt statt Schotter)

Massive Erhöhung der Mittel für den Regionalbaufonds

Sozialbereich:

Vorziehen von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen aus dem Sozialbauprogramm 2009 bis 2014 (Pflegebereich)

Vorziehen Neu- und Umbauten aus Plan 2009 bis 2013 (Behindertenbeihilfe)

- (sozialer) Neubau

Erhöhte Förderung für thermische Sanierung

Vorziehen baureifer Projekte aus dem Zuteilungsprogramm 2009/2010

Nochmalige Rückzahlungsbegünstigungsverordnung

- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Schaffung eines Lehrlingsausbildungsfonds

Wiedereinführung des Entgeltfortzahlungsfonds

Deutliche Steigerung der Mittel für die Arbeitnehmerförderung

Beschäftigungsprogramm in den Kärntner Gemeinden

- Entlastung

Erhöhung der Wertgrenzen bei der Wohnbeihilfe

Anhebung der Einkommensgrenzen bei der Wohnbauförderung

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich als erster Herr Klubobmann Seiser gemeldet, bitte! (*Abg. Trettenbrein: The show must go on!*)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Wie heute schon erwähnt wurde, geschätzte Damen und Herren, werden 60 Prozent der öffentlichen Investitionen im Land von den Gemeinden getätigt. Damit sind die Gemeinden der größte öffentliche Investor und damit Wirtschaftsmotor. Darauf haben wir unseren Vorschlag für ein Konjunkturpaket aufgebaut, das

sich im Detail folgend liest: Die Infrastrukturmaßnahmen in den Gemeinden, welche wir vorziehen wollen – ob das jetzt im Hoch- oder im Tiefbau ist, ob das der Ausbau der kommunalen Wärmeversorgung ist oder ob das das Vorziehen baureifer Projekte des aktuellen Straßenbauprogrammes ist, im weiteren das Vorziehen baureifer Projekte im Umwelt-, Lawinen- und Schutzwasserbau, die Vergabe von Bauaufträgen der öffentlichen Hand in Teilleistungen und die Direktfördermittel für den Regionalbaufonds sowie eine massive Erhöhung der Mittel für den Regionalbaufonds – all diese Maßnahmen, geschätzte Damen und Herren, führen letztendlich dazu, dass es einen Investitionsschub in Kärntens Gemeinden gibt. All jene Beispiele führen dazu, dass die Auftragsbücher der Kärntner Unternehmen gefüllt werden und dass Arbeitsplatzsicherheit herrscht. Ich darf vielleicht einige gemeindliche Großprojekte nennen, welche bereits in den bestehenden mittelfristigen Finanz- und Investitionsplänen aufscheinen und die im Rahmen von Nachtragsvoranschlagsverhandlungen bzw. Budgetverhandlungen für das Jahr 2009 behandelt werden sollten. Da geht es bei der Stadt Klagenfurt um die Eishalle, um das Hallenbad, bei der Stadt Villach um die Bahnhofsplätze, im Bezirk Völkermarkt um den Neubau von der Sport- und Ballspielhalle, in der Gemeinde Magdalensberg beispielsweise geht es um ein Feuerwehrrüsthaus, in der Stadtgemeinde Hermagor geht es um die Sanierung der Gemeindestraßen, in Wolfsberg geht es um die Errichtung von Gehwegen, in Bad St. Leonhard um die Sanierung des Schwefelbades et cetera, et cetera. Das geht dann so weit bis nach Radenthein zur Errichtung einer Mehrzweckhalle und nach Himmelberg zum Ausbau eines ländlichen Wegenetzes. (*Abg. Rossmann: Da seid Ihr schon weit hinten nach!*)

Ich denke, geschätzte Damen und Herren, dass das Maßnahmen sind, die letztendlich die Zustimmung aller finden müssten, betrifft es ja eigentlich, und das war ja nur ein kurzer Auszug, alle Gemeinden in diesem Bundesland. Wir stellen uns weiter vor, dass es im Sozialbereich (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) ebenfalls zum Vorziehen von Neu- und Sanierungsmaßnahmen aus dem Sozialbauprogramm der Jahre 2009 bis 2014 kommt. Konkret sind das 100 Betten in der Stadt Klagenfurt, 50 Betten in St. Stefan im Gailtal, 50 Betten in der Ebene

Seiser

Reichenau und 50 Betten in Aflitz. Im sozialen Wohnbau treten wir für eine erhöhte Förderung für die thermische Sanierung ein und das Vorziehen der baureifen Projekte aus dem mehrgeschossigen Wohnbau, aus dem Zuteilungsprogramm der Jahre 2009 bis 2010, insbesondere in den Ballungszentren Klagenfurt und Villach, wo die Wohnungsnachfrage am größten ist.

Die nochmalige Rückzahlungsbegünstigungsverordnung im Rahmen der Wohnbauförderung müsste sehr, sehr vielen Einfamilienhausbesitzern zugute kommen. Weiter geht es bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Ich darf hier nur als Beispiel das Beschäftigungsprogramm in den Kärntner Gemeinden erwähnen, das von Landesrat Rohr initiiert wurde und das schon seit mehreren Jahren sehr erfolgreich geführt wird. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Es geht darum, dass also hier ebenfalls entsprechende Impulse finanzieller Natur gesetzt werden. Die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll unter anderem durch die Zinsen des Zukunftsfonds und im Rahmen des Budgets des Landes Kärnten erfolgen. Alternative Finanzierungen wie zum Beispiel das bei der Errichtung der Umfahrung Völkermarkt und der Umfahrung Bad St. Leonhard verwendete Förderungseinlösemodell sind in die Überlegungen ebenfalls einzubeziehen. Die meisten der Maßnahmen erfordern aber keine zusätzliche oder gesonderte Finanzierung, allenfalls eine Zwischenfinanzierung, da sie ohnehin in den nächsten Jahren verwirklicht hätten werden sollen. Ich darf noch einmal zum Schluss ersuchen, lassen wir den Investitionsmotor in den Gemeinden nicht stottern! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag! Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.)

Abgeordneter Ing. Scheuch (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich habe schon eine eigene Theorie entwickelt, warum Klubobmann Seiser jetzt schon das zweite Mal zu diesem Thema keinen Redezettel abgegeben hat. Wahrscheinlich will er gar nicht zu diesem Thema reden. *(Zwischenruf von Abg. Seiser.)* Man könnte letztendlich auch sagen, wenn es nicht so spät am Abend

wäre, wäre man schon versucht zu sagen, guten Morgen SPÖ, eine Abschreibeübung erster Klasse! *(Zwischenruf von Abg. Mag. Trannacher.)* Im Text, der uns zumindest ausgeteilt wurde, steht nichts von konkreten Projekten, die hier so gelobt wurden. Ein paar versucht jetzt die SPÖ hier zu zitieren. Fakt ist, dass viele Dinge in diesem Antrag nicht nur einfach abgeschrieben, sondern teilweise absurd sind, zum Beispiel die massive Erhöhung der Mittel für den Regionalfonds. *(Zwischenruf von Abg. Seiser.)* Ich weiß das schon, weil im Gegensatz zu dir sitze ich dort drin. *(Heiterkeit und Lärm im Hause. – Beifall von der F-Fraktion.)* Fakt ist in dem Bereich, dass die Mittel dort noch nicht einmal ausgeschöpft sind. *(Abg. Seiser: Du bist kein Gemeindevertreter!)* Wie auch immer! Auch das bin ich, ich bin auch Gemeinderat über viele Jahre, mein lieber Freund! Aber du hast ja heute mehrfach bewiesen, dass du schwerste Inkompetenz bei diesem Thema aufweist. *(Abg. Seiser: Sei vorsichtig!)* Fakt ist – ich brauche nicht vorsichtig sein, das hat heute jeder gehört. Ich bin ja schon beinahe peinlich berührt, dass man deine heutige Wirtschaftsrede nicht wirklich zur Primetime hier gehört hat, *(Abg. Seiser: Prime time! Prime time! Prime time!)* denn da könnten sich die Kärntnerinnen und Kärntner ein Bild darüber machen, welche Wirtschaftskompetenz hier am Klubobmannsessel der SPÖ herrscht. *(Abg. Seiser: Die Kärntner Gemeinden werden sich ein Bild machen!)* Fakt ist, eine peinliche Vorstellung erster Klasse heute von der SPÖ. Natürlich werden wir solch einem peinlichen Antrag nicht die Zustimmung erteilen, vor allem weil wir ein sehr gutes Alternativprojekt anzubieten haben, *(Abg. Seiser: Die Kärntner Gemeinden! Geh in die Gemeinden!)* wo auch die Kärntner Gemeinden widerspiegelt werden, *(Abg. Seiser: Geh in die Gemeinden!)* mein lieber Freund Seiser! Ich hoffe, du berichtigst diese Anrede hier nicht.

Das heißt, Fakt ist, 255 Millionen Euro sind real am Tisch. Es wird eine Kleinstgewerbeförderung geben. Es wird Prämien für Arbeitsplätze geben. Es wird einen Mittelstandsfonds geben. Es wird natürlich auch, sowie es die SPÖ von uns abgeschrieben hat, Maßnahmen zum Klimaschutz geben. *(Abg. Seiser: Vereinbarung!)* Immerhin war es ja auch der Landeshauptmann, der dieses Gremium nach Kärnten eingeladen hat und nicht die SPÖ. Träumen und schlafen Sie weiter, meine lieben Damen und Herren von der SPÖ! Gu-

Ing. Scheuch

ten Abend! *(Abg. Zellot: Gute Nacht! Gute Nacht! – Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion ist schwierig, er ist deswegen schwierig, weil er auf der einen Seite sehr vernünftige Maßnahmen beinhaltet, auf der anderen Seite aber leider Gottes tatsächlich ein Sammelsurium an Schlagwörtern ist, die weder besprochen, noch überlegt, noch koordiniert, was auch immer sind. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist halt ein Dringlichkeitsantrag, den man schnell geschrieben hat, damit man eine Sonderlandtagssitzung einberufen kann. Das nehme ich zur Kenntnis. Es gibt von Landesrat Martinz und auch mit der BZÖ bereits vereinbart – vielleicht wirst du morgen beim Konjunkturgipfel zuhören, Kollege Seiser, dann wirst du das im Detail erfahren. Wir haben uns zumindest die Mühe gemacht, die Details in unseren Dringlichkeitsantrag hineinzuschreiben und darauf zu verweisen. *(Abg. Seiser: Wo gibt es die? Wo gibt es die? Wo gibt es die?)* Die Mühe habt ihr euch nicht gemacht! Es ist schlicht und ergreifend ein Dringlichkeitsantrag, der eines Dringlichkeitsantrages nicht wert ist. Aus diesem Grund werden wir diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Dringlichkeit geben, wengleich ich aber sage, dass einige dieser Dinge sicherlich umgesetzt werden, weil sie ohnehin schon auf Schiene sind und weil sie in unserem Paket enthalten sind. Über alles andere werden wir uns noch intensiv unterhalten und vielleicht einiges davon auch durchführen können. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu.

Ich ersuche nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

4. Ldtgs.Zl. 236-12/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend sofortige Aufhebung des im Jahre 2005 beschlossenen Belastungspaketes – Kärntner Steuerreform mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag unverzüglich Novellen zu den am 29.9.2005 von BZÖ und SPÖ beschlossenen Änderungen des Orts- und Nächtigungstaxengesetzes, des Fremdenverkehrsgesetzes und der Einführung der Zweitwohnsitzabgabe vorzulegen und mit diesen Änderungen das vor drei Jahren von BZÖ und SPÖ beschlossene Belastungspaket für alle Kärntnerinnen und Kärntner unverzüglich rückgängig zu machen.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Ing. Hueter das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Wir reden heute alle so viel vom Konjunkturpaket, von Dingen, die eben der Bund und was weiß ich wer alles machen sollte. Hier ist heute eine Möglichkeit Dinge zu zeigen, die man 2005 beschlossen hat, die nicht eine Entlastung, sondern eine Belastung waren, speziell für die Klein- und Mittelbetriebe, von denen wir gerade früher gehört haben, dass das ganz wichtig ist, diese zu entlasten. Gerade die Tourismusbranche geht, wenn man den Prognosen Glauben schenken darf, im heurigen Winter keiner rosigen Saison entgegen. Gerade da wäre es ganz eklatant wichtig, diese Fremdenverkehrsabgabe zurückzunehmen, denn hier geht es um 25.000 Kärntner Klein- und Mittelbetriebe. Da geht es immerhin um 140.000 Arbeitsplätze. In Summe macht diese Abgabe bereits über 9 Millionen Euro aus. Hier hat man heute die Möglichkeit zu zeigen, jawohl, wir beschließen

Ing. Hueter

diese Entlastung für diese Klein- und Mittelbetriebe sofort. Das wäre sozusagen eine Kärntner Steuerreform, ein Kärntner Entlastungspaket. Ich lade euch ein, hier heute wirklich Flagge zu zeigen, das was wir in der Aktuellen Stunde und jetzt schon bei ein paar Dringlichkeitsanträgen gehört haben, hier raschest zurückzunehmen und hier einen Investitionsschub für die Klein- und Mittelbetriebe, für die Wirtschaft zu geben. Bitte! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von Abg. Schwager.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Vouk das Wort.)

Abgeordneter Vouk (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuhörer! Eigentlich sind die Ferdinands immer auf Linie. Jetzt bin ich ein bisschen enttäuscht von meinem Vorredner, der immerhin auch Bürgermeister einer Gemeinde ist, und zwar deswegen, weil er dieses so genannte Belastungspaket aufheben möchte. Ich erinnere dich daran, lieber Kollege, dass es nicht ein Belastungspaket war, sondern das war ein Paket zur Stärkung des ländlichen Raumes! *(Abg. Trettenbrein: So schaut es aus!)* Und dieses Paket zur Stärkung des ländlichen Raumes, lieber Bürgermeister-Kollege, möchtest du aufheben? *(Abg. Trettenbrein: Das ist ein Anschlag auf die Gemeinden!)* Du müsstest dein Gemeindebudget seit 2005 neu schreiben, weil letzten Endes mittlerweile massive Sorgen in der Gemeindefinanzierung entstanden sind. Ich erwähne hier nur die Zweitwohnsitzabgabe, lieber Kollege, das ein Äquivalent zu den Gemeindebürgern darstellt. Ich erinnere nur an die so genannte Schotterabgabe, die in diesem Paket drinnen ist, die dazu verwendet wird, um die Bevölkerung, die im Bereich von Schotteranlagen wohnt, vor Emissionen und Immissionen zu schützen. Ich erwähne hier auch die Erhöhung der Motorbootsteuer, die in den Kärntner Bodenbeschaffungsfonds fließt, wo sozusagen wieder die Gemeinden zugreifen können. So gesehen, lieber Kollege, möchte ich von einem Bürgermeister nicht hören, dass dieses Paket aufgehoben wird.

Dann dieses Märchen von der Belastung der Fremdenverkehrswirtschaft. Das möchte ich dir mit auf den Weg geben: Wir haben damals im Jahre 2005 lediglich die Rahmenbedingungen im

Bereich der Orts- und Nächtigungstaxe beschlossen. Es bleibt den Gemeinden vorbehalten – ich weiß, das passiert nur in Absprache mit der Tourismuswirtschaft – ob diese Orts- und Nächtigungstaxe auch tatsächlich erhöht wird. Für meine Gemeinde kann ich nur sagen, wir haben das nicht erhöht, weil letztendlich nur ein enger Schulterschluss zum Erfolg im Tourismus führt. Und dann von dieser fiktiven Belastung der Tourismuswirtschaft zu sprechen, finde ich hier eigentlich haarsträubend. Ich denke, man soll die Tourismuswirtschaft mit solchen Aussagen nicht verunsichern. Ich bitte den Kärntner Landtag heute, dieses Paket zur Stärkung und Förderung des ländlichen Raumes nicht aufzuheben, denn wir würden die Kärntner Gemeinden massiv schwächen. Es wäre gerade in der wirtschaftlichen Situation, die sehr, sehr dramatisch ist, Konjunktur hemmend! Die Kärntner Sozialdemokratie wird diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung erteilen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Stark das Wort.)

Abgeordneter Stark (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn mein Kollege aus Oberkärnten schon herausgeht und sich über die Belastung von Klein- und Mittelbetrieben beklagt, dann muss man den Ball zurückspielen an die ÖVP, an den Finanzminister, denn der könnte schon lange die Klein- und Mittelbetriebe einmal entlasten, *(Beifall und Bravorufe von der F-Fraktion.)* die hohen Steuern, die er den Unternehmen aufoktroziert hat, herabsetzen! *(KO Abg. Tauschitz: Kärnten hat die höchste Steuerbelastung! Wir reden von Landessteuern, nicht Bundessteuern!)* Ja, wir reden schon das Richtige, lieber Herr Klubobmann, wir reden schon das Richtige! Ich glaube, hier werden Kartoffeln mit Äpfeln verwechselt. Die Ortstaxe, eine Serviceleistung jedes einzelnen Bürgers in der Gemeinde für unseren Gast, jeder Bürgermeister braucht diese Ortstaxen, um die Serviceleistung seiner Fremdenverkehrsämter aufrecht zu erhalten, das Anmeldesystem. Sie wollen ja nur alles umsonst haben, die Betriebe. Das wird von denen finanziert. Das Internet soll auch noch kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Meine Damen und Herren, das ist bei den

Stark

Ortstaxen eine Serviceleistung. So wie der Ferdi Vouk gesagt hat: „Auch wir haben in der Gemeinde Maria Wörth keine Erhöhung durchgeführt, sondern die Rahmenbedingungen sind hier.“ Und wenn man heute von einer Nächtigungstaxe spricht, ich glaube, diese Nächtigungstaxe zahlt auch wieder einmal der Gast. Zahlt auch der, der hierher kommt zu uns und das Geld hier lässt. Dieses Geld wird dringend gebraucht für die Kärnten Werbung. Für Werbung, wo sie auch immer wieder fordern, dass die Kärnten Werbung nichts tut, im Ausland für unser Kärntnerland, für unsere Gemeinden, für unsere Seen, für unsere Berge, ich weiß nicht, bei uns Werbung macht. Werbung macht bei Großevents, (*Abg. Lutschounig: Falsche Akzente!*) Zuschüsse jedem Verein, der ein Großevent durchführt. Sie fordern immer wieder Zuschüsse für jede Region und dergleichen. Das kommt auch von diesen Nächtigungstaxen heraus!

Und die Zweitwohnsitzabgabe: Ich weiß schon, bei der Zweitwohnsitzabgabe da habt ihr immer Probleme, denn das ist für mich die „Reichens-teuer“. Die verpflastern uns den See, die verpflastern uns die Berge mit Wohnungen, mit großen Häusern und dergleichen! Wir von der Kommune aus sind gefordert, Kanal, Müll, Wasser, Winterdienst, Straßenreinigung, die Mountain-Biker-Strecken und so vieles mehr aufrecht zu erhalten, weil wenn das nicht ist, kommt sofort eine Rüge von der ÖVP, die sagt: „Ihr tut für den Fremdenverkehr nichts, ihr tut für niemanden etwas!“ Dass auch dieses Geld vorhanden ist, ist die Zweitwohnsitzsteuer, weil auch sie unsere gesunde Luft verbrauchen, und sie verbrauchen unseren schönen Grund vierzehn Tage im Jahr. (*Beifall von der F-Fraktion. – KO Abg. Tauschitz: Sie verbrauchen unsere gute Luft? Weißt du, was du für einen Blödsinn redest? Das ist eine Schande für den Landtag! Unsere gute Luft! – Der Redner lachend:*) Ja, das passt schon! Es ist ja eine gesunde Luft! Wir brauchen sie, die Motorbootsteuer, die auch von dir ist und von euch hier immer bekrittelt wird: (*Der Redner wendet sich an Abg. Vouk.*) Ferdi, das kann ich, glaube ich sagen, vierzehn Tage, drei Wochen bevölkern circa 300 Motorboote unseren Wörthersee, wo die Motorbootsteuer eingefordert wird. Warum soll das abgeschafft werden! Um den Reichen noch mehr Spielplatz, noch größere Chancen zu geben, Champagnerabende zu machen und unsere Umwelt zu verpestern? Ich

glaube, das kann nicht unser Sinn sein und die Gemeinden, die hier herinnen sind und auch ich als Bürgermeister können dieser Aufforderung, Abschaffung Konjunkturpaket 2005 nicht zustimmen und ich glaube, das BZÖ, der ganze Klub, wird auch Ihrem Dringlichkeitsantrag keine Zustimmung erteilen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Danke! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über den Antrag, über die Dringlichkeit, abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Finanzausschuss zu und ersuche den Landtagsdirektor um die Verlesung des nächsten Antrages. Bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

5. Ldtgs.Zl. 65-33/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Gratiskindergarten und Schulstartgeld – finanzielle Absicherung für das nächste Jahr mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, das Modell des Gratiskinder Gartens für alle Kindergartenjahre sowie das Schulstartgeld durch entsprechende Beschlüsse in der Kärntner Landesregierung und der erforderlichen Dotierung für das Jahr 2009 sicherzustellen.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Danke, Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Heute haben wir schon sehr viel über Belastungen gesprochen, die die Bürger treffen und deren Brieftaschen. Ich glaube, diese beiden Maßnahmen – den Gratiskindergarten und das Schulstartgeld – auch für das Jahr

Lutschounig

2009 zu sichern und auch die entsprechenden budgetären Vorkehrungen zu treffen, das ist der Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages, weil man dadurch wirklich die Familien entlasten kann. Vor allem jene, die in einer finanziell sehr angespannten Situation sind. Das sind einfach jene, die Kinder haben, die schulpflichtige Kinder haben, die Kinder haben, die in den Kindergärten gehen. Nachdem wir uns alle dazu bekannt haben, dass wir Kinder brauchen und Kinder wollen und das unterstützenswert ist, bitte ich um die Zustimmung, dass wir auch für das Jahr 2009 Gratiskindergarten und Schulstartgeld budgetär sicherstellen und garantieren für unsere Bevölkerung in Kärnten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werter treuer Zuhörer auf der Tribüne! Ich darf mich zum Dringlichkeitsantrag des Gratiskindergartens und Schulstartgeldes melden. Wobei ich gleich zu Beginn den Begriff „Gratiskindergarten“ relativieren möchte, und zwar insbesondere deshalb, weil ich von so vielen Eltern auch darauf angesprochen werde, weil sie zuerst einmal verblüfft sind, wenn sie ihre Kinder teilweise ganztags oder in die Nachmittagstunden hinein anmelden, dass das doch nicht gratis ist. Also ist dieser Begriff „gratis“ für die Eltern sehr verwirrend und zutreffender wäre es, wenn man es als Elternzuschuss oder Elternbeitrag titulieren würde, so wie es auch derzeit gehandhabt wird. Wünschenswert wäre natürlich der Gratiskindergarten. *(Abg. Lutschounig: Alltagsgratiskindergarten!)* Noch ein Punkt: Als es beschlossen wurde, wurde ja eine zeitliche Beschränkung, Limitierung, beschlossen bis zur Wahl 2009 und auch die Abwicklung hat bei uns nicht immer Zustimmung gefunden, weil wir der Meinung sind, dass auch der „Gratiskindergarten“ so abgewickelt werden sollte, wie das bei dem letzten Kindergartenjahr ist, nämlich über die Gemeinden, die das sehr professionell machen und die das auch sehr gut machen und wo das reibungslos abgeht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Noch einen Punkt möchte ich dazu ansprechen, und zwar den Zeitpunkt, wo den Eltern Unter-

stützung gewährt wird: Drittes Lebensjahr. Für mich – und ich kann als Betroffene reden und weiß, wovon ich spreche – ist dieses dritte Lebensjahr viel zu spät. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Vor der Geburt! – Abg. Lutschounig: Vor der Geburt geht's nicht, nein!)* Einerseits, weil der Kündigungsschutz für Eltern mit dem zweiten Lebensjahr des Kindes, also mit dem 24. Lebensmonat, endet. Und andererseits, wenn man Familie und Beruf vereinbaren will, dann muss man frühzeitig wieder in die Arbeit zurückkehren und da müssen Möglichkeiten gefunden werden, um dies vereinbaren zu können. Ziel unsererseits ist – und wir haben das ja schon mehrmals und vielfach mit Anträgen untermauert – die rechtliche Absicherung auf einen Kindergartenbetreuungsplatz zu dem Zeitpunkt, ab dem die Eltern das wollen und das kann durchaus früher sein als das dritte Lebensjahr, damit die Eltern auch unterstützt werden und finanzielle Unterstützung dafür bekommen. Das soll das Budget der Familie nicht belasten. Hier lebt die Stadt Villach beispielhaft vor, wie man so etwas gestalten kann, *(KO Abg. Ing. Scheuch: Der teuerste war der in Villach! Nur Wien ist teurer als Villach!)* nämlich in Villach gibt es für spezielle Fälle auch heute schon den Gratiskindergarten, denn bei gewissen Einkommen ist der Kindergarten gratis, auch wenn er ganztags konsumiert wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das sollten Sie akzeptieren, das sollten Sie auch beispielgebend für die anderen Gemeinden in Kärnten verbreiten, liebe Mitglieder des BZÖ, weil die Stadt Villach hier sehr, sehr sozial agiert! Der Nutzen eines Kindergartens, der öffentlich finanziert wird, ist evident, wenn das Familieneinkommen dadurch gesteigert wird, nämlich einerseits, dass die Beiträge nicht gezahlt werden müssen beziehungsweise, wenn zwei Elternteile arbeiten können, stärkt das das Familieneinkommen. Das ist immer die beste Familienförderung. Ein Einkommen, ein garantiertes, fixes Einkommen ist die beste Familienförderung, deshalb natürlich auch die Unterstützung von uns. Sie schütten nur Wasser auf unsere Mühlen. Danke für den Antrag! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Rossmann zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Rossmann** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Kollegin Prettner, Sie müssen die Kirche schon im Dorf lassen! Erstens einmal ersparen sich die Familien 825,- Euro im Jahr – das ist eine Menge Geld – und zweitens muss ich Ihnen schon sagen, *(Abg. Dr. Prettner: Unter drei Jahren geht gar nichts! Das ist die teuerste Form der Betreuung!)* wenn Sie den Gratiskindergarten ganztägig fordern, dann erklären Sie mir, wie kann in der Gemeinde Wolfsberg mit absolut registrierter Mehrheit der SPÖ unter Bürgermeister Seifried der Antrag des BZÖ genau auf diese Einführung des Gratiskindergartens abgelehnt werden? *(Abg. Mag. Trannacher: Weil sich die Gemeinden allein das nicht leisten können!)* Und die SPÖ ist, glaube ich, auch gespalten in dieser Frage. *(Es erfolgen Missfallensäußerungen von der SPÖ-Fraktion.)* Der Kollege Markut hat sehr wohl in seiner Gemeinde den Ganztagsgratiskindergarten und die Gemeinde Wolfsberg bringt es nicht zustande. In Villach ist es ja auch nur in ganz speziellen *(Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Fällen, wie Sie es gesagt haben. *(Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte schenken Sie der Frau Abgeordneten ein bisschen mehr Aufmerksamkeit!)* Die Teuerungswelle ist nicht nur für die Mindestpensionisten eine große Belastung, sondern vor allem auch für die Familien und AlleinerzieherInnen.

Unser leider allzu früh so tragisch verunglückte Landeshauptmann Dr. Jörg Haider hat neben dem Kinderbetreuungsgeld, dem Babygeld, großen, großen Weitblick bewiesen und auch den Gratiskindergarten und das Schulstartgeld eingeführt. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und gerade wenn man von Chancengleichheit spricht, ist das wirklich gelebte Chancengleichheit! Chancengleichheit beim Start ins Bildungsleben, Chancengleichheit beim Start in den Kindergarten und auch in die Schule. Viele Bundesländer beneiden uns! Wir haben heuer im Sommer zu Schulanfang in Österreich viele Familien hier gehabt aus anderen Bundesländern und die haben das gar nicht glauben können, wenn wir – die Frau Kollegin Warmuth nickt – erzählt haben, bitte bei uns gibt es zu Schulanfang eine Unterstützung, damit es den Jungfamilien wesentlich leichter gemacht wird, den Schulanfang zu bewältigen und die Teuerung abzufangen.

Der Gratiskindergarten und das Schulstartgeld, sage ich, sind in der heutigen Zeit eine wirklich wichtige Maßnahme und selbstverständlich auch für uns eine Maßnahme, die weiter getragen werden muss und die man beibehalten muss, auch als Erbe unseres Landeshauptmannes Dr. Jörg Haider und wir stimmen selbstverständlich der Dringlichkeit zu! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so beschlossen. Es liegt mir eine Wortmeldung zum Inhalt selbst vor, und zwar Frau Abgeordnete Dr. Lesjak. Bitte, ich erteile dir das Wort!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoffentlich interpretiere ich diesen Antrag richtig, weil da die Kärntner Landesregierung ja aufgefordert wird, das Modell des Gratiskindergartens für alle Kindergartenjahre gratis fortzusetzen. Mit Gratiskindergarten ist hoffentlich ein echter Gratiskindergarten gemeint. Ich muss der Kollegin Prettner schon zustimmen, *(KO Abg. Ing. Scheuch: Die war ja dagegen!)* dieser sogenannte „Gratiskindergarten“ ist eine Augenauswischerei! Man erzählt der Bevölkerung, „Gratiskindergarten“ und er ist nicht gratis! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: 825,- Euro! – KO Abg. Tauschitz: Wenn das nichts ist, dann bist du überheblich!)* Das ist einfach ein Schwindel, nehmen Sie das zur Kenntnis! Die Leute kommen auch enttäuscht zu uns und sagen, was ist denn da gratis? Es ist das Essen zu zahlen, der Nachmittag zu zahlen, es sind Aufwendungen. Da ist die Politik mutlos! Da brauchen wir wirklich den Mut! Echte Gratiskindergärten! Echte Gratiskindergärten! Das ist im Übrigen eine uralte grüne Idee. Wir waren die Ersten, die das aufgebracht haben, einen Gratiskindergarten. *(KO Abg. Tauschitz: Gratiskindergarten ein grüne Forderung? Und der Weihnachtsmann kommt zu Ostern!)* Wir wollen auch ab dem ersten Lebensjahr

Dr. Lesjak

eine (*Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) verbindliche Kinderbetreuung. (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Aber Herr Kollege! Liebe Kollegen vom BZÖ! Sind Sie doch so fair und gestehen Sie wenigstens ein, woher diese Idee kommt! Es bricht euch ja kein Zacken aus der Krone, wenn ihr eine grüne Forderung da auch unterstützt. Das ist ja kein Problem, aber nicht so wie bisher diese halbherzige Lösung geben.

Die Geburtenrate ist nach wie vor sinkend. Alle diese Maßnahmen haben leider nicht dazu beigetragen, dass die Kärntner Bevölkerung wächst, sondern sie schrumpft. (*Abg. Tauschitz: Das haben wir erst vor einem Jahr eingeführt, und neun Monate brauchen Kinder!*) Dass die Kärntner Bevölkerung schrumpft, hat damit zu tun, dass wir die Migration nicht wahrhaben wollen. In diesem Sinn, Gratiskindergärten sind vor allem für Familien, also für Kinder aus bildungsfernen Schichten sehr wichtig, dass dort die Muttersprache erlernt wird. Das ist auch wichtig für inländische Kinder, die auch ein Problem haben, die deutsche Muttersprache zu erlernen, weil sie von zu Hause aus keine Sprachkompetenz mitbekommen. Deshalb ist es eine ganz wichtige Maßnahme, es ist sinnvoll. Auch das Schulstartgeld sollte sozial gestaffelt werden. Es bringt nichts, wenn man mit einer Gießkanne darüber fährt, das Geld haben wir nicht zum Verbrauchen. Wir brauchen eine echte soziale Staffelung beim Schulstartgeld. (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Die reichen Leute brauchen das nicht, denen müssen wir keine Unterstützung geben, die können sich das selbst leisten. Wir brauchen diese Mittel für die arme Bevölkerung und die, die sich das nicht leisten können. (*Beifall von Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Strauß das Wort.*)

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Demokratie hat sicherlich die Möglichkeit, dass man zu vielen Themen die Chancengleichheit und auch das Rederecht nutzen sollte. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was macht die Schaunig?*) Ich freue mich schon auf die nächsten verwunderlichen doppelseitigen Ausführungen des, leider Gottes ist der Titel schon vergeben, EU-Bauer, EU-Landesrat, Gra-

tiskindergarten-Landesrat, Etikettenschwindel, muss man dazu sagen. Tatsache ist etwas: Wenn man voll rechnen würde und die Gemeinden Kärntens, die zu 90 Prozent oder zu 80 Prozent die Erhalter von Kindergärten sind, kommt man auf einen Monatsschnitt von rund 220,- bis 250,- Euro pro Kind in der Betreuung. Mit den Aufwendungen des Personales, aber natürlich auch mit der Erhaltung der sogenannten kleinen Infrastruktur Kindergarten. Die Gemeinden verlangen im Schnitt zwischen 130,- und 150,- Euro, je nach Leistungsangebot bei acht bis zehn Stunden Betreuung. 75,- Euro kommen vom Land Kärnten als Unterstützung für die Aufwendungen der Eltern dazu. Wenn man jetzt die Initiative „Gesunde Jause“ auch in den Kindergärten, das der Landesrat Dr. Kaiser immer wieder auch mit den Gemeinden verhandelt, und die Gemeinden bereit sind, neben der gesunden Gemeinde auch die gesunden Kindergärten und die Prävention schon bei Kleinkindern zu beginnen, und dann einen Schnitt von 3,- Euro für die Vormittagsjause, ein Mittagessen und eine Nachmittagsjause einsetzen, dann verlangt der Erhalter von einem Kindergarten rund 20 Betreuungstage mal 3,- Euro, sind 60,- Euro. Wenn ich die 75,- Euro und die 60,- Euro dazu zähle, dann bin ich genau bei jenem Bereich, dass wir sagen können, 130,- bis 135,- Euro verlangen insgesamt Kärntens Gemeinden für die Nachmittagsbetreuung. Die Differenz auf die 220,- Euro übernehmen die Kommunen! Das wird nicht aus BZ-Mitteln (*Abg. Trettenbrein: Sondern?*), das wird auch nicht aus Sonderbedarfszuweisungsmitteln des Landes Kärnten finanziert, sondern das ist die Ertragskraft und die Wirtschaftskraft der Gemeinden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Steuergeld!*) Herr Abgeordneter Trettenbrein, ja, das Steuergeld der Bürger ist das! Alles im System einer Demokratie ist Steuer! Aber auch jenes Geld, das die Hubschrauberpolitik der BZÖ in Kärnten verbläst, ist auch Steuergeld! Links hineingreifen, links für das Volk und rechts in den eigenen Sack ist auch Steuergeldpolitik! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Wir haben einige Untersuchungsausschüsse und sind gespannt auf den Nachtragsvoranschlag beziehungsweise den Rechnungsabschluss 2006 und 2007, aus dem wir dann sehen werden, wo das Steuergeld der gesamten Kärntner Bevölkerung in den letzten zwei Jahren geflossen ist.

Strauß

(Abg. Trettenbrein: Ihr habt das Budget mitgeschlossen!) Wir machen etwas, und das ist unser Part: In jenem Bereich, wo die Kommunen Kärntens mit Hilfe des Landes Sozialpolitik betreiben, besteht die Transparenz. Wir machen Jahresabschlüsse, Rechnungsabschlüsse und wir machen Nachtragsvoranschläge. Wir wissen auch, in welcher sozialpolitischen Aufgabe wir als Gemeinden für Kärnten stehen. Wir begrüßen das und setzen es um. Ich möchte aber auch betonen, dass 132 Gemeinden keinen Gewinn beim Kindergarten und in der Kindergartenbetreuung erwirtschaften, sondern dass für uns als Gemeinden es als Selbstverständlichkeit zählt und etwas ist, wo wir selbst Geld in die Hand nehmen, um den finanziellen Ausgleich zu schaffen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wundere mich seit vielen Jahren über die Scheinheiligkeit, vor allem auch der ÖVP in gewissen Fragen und ein bisschen auch des BZÖ, wobei ich jetzt aus Pietät zum verstorbenen Landeshauptmann nichts sagen werde. Dieser konnte sein Versprechen leider nicht einhalten, das wir am Tisch gehabt haben. Allerdings möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, dass der zuständige Kindergartenreferent seit Jahren säumig ist, trotz mehrerer Versprechen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Der so sprachgewaltige Klubobmann, der dort seine Gespräche führt, auch nie nachkommen konnte. Ich glaube ihm zwar, dass er es ein paar Mal versucht hat, sich bei seinem jetzigen Landeshauptmann durchzusetzen, dass endlich die Gleichberechtigung des freien Kindergartenbesuches für alle möglich wird. Heute, wenn ich zugehört habe, schaut es aus, als wenn wirklich alles für die nächsten Jahre geregelt ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen! In gewissen Bereichen ist überhaupt nichts geregelt! Gestern habe ich gehört, dass im Bereich der KABEG die beiden derzeit Verantwortlichen alles, was an Sozialleistungen, zum Beispiel im Bereich der Krankenanstalten fallen sollen, dann wird der Kindergartenplatz oder Krabbelstubenplatz ungefähr 200,- bis 250,- Euro kosten. Dies werden die Eltern alleine aufbringen müssen, wenn das gestrichen werden

sollte. *(Abg. Trettenbrein: Nein, nein!)* Es ist angekündigt, wir werden uns darüber unterhalten, Harald Trettenbrein, wart ein bisschen, schneller, als du glaubst! Weitere soziale Möglichkeiten, die mit auch mit euren Vertretern in der Vergangenheit werden ganz sicher in den nächsten Tagen zur Frage gestellt werden. Ich nehme nicht an, dass verschiedene Gelder in diesem Bereich seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden können, die aus dem Budget herausgekommen sind. Wir werden das diskutieren, das war nur eine Ankündigung!

So lange nicht alle gleich behandelt werden, alle Kinder, ob Betriebskindergarten oder andere Kindergärten, bin ich im Grunde genommen nicht mehr bereit, über Gratiskindergärten im Landtag zu diskutieren. *(Abg. Lutschounig zeigt in die Höhe und sagt: Die Gerechtigkeit gibt es da oben!)* Die, die gesagt haben, dass es durchgesetzt wird, sollten erinnert werden. *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)* Kollege Scheuch, auch in die Richtung, die du seinerzeit wirklich und ich nehme an, dass du es versucht hast, eingebracht hast. *(Abg. Ing. Scheuch: Das K-Schema!)* Das K-Schema hat mit dem Kindergarten nichts zu tun! *(Abg. Lutschounig: Ja, aber du redest von Gerechtigkeit!)* Lutschounig, ich habe mich noch zu Wort gemeldet, wenn du über deine Bauerngrundlagen hier geredet hast und höre dir immer zu, bitte! Was ist ungerecht beim K-Schema? *(Abg. Lutschounig: Über das K-Schema will ich nicht diskutieren! – Vorsitzender: Es sollen die Zwischengespräche bitte eingestellt werden, am Wort ist der Herr Abgeordnete Arbeiter!)* Wir werden sicher Gelegenheit haben, aufzuklären über eine leistungsbezogene Bezahlung, auch in den Krankenanstalten, auch in den privaten, weil ihr dazu nichts beigetragen habt. *(Abg. Ing. Scheuch: Das mit dem Kindergarten stimmt!)* Kindergarten hat heute von einigen Rednern sehr scheinheilig geklungen und das ist nicht unbedingt mein Stil, danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zum Inhalt dieses Antrages vor. Ich lasse nun auch über den Inhalt dieses Antrages abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Herr Klubobmann Seiser, das gilt auch für

Lobnig

Sie! Wir sind im Abstimmungsvorgang, bitte vom Platz aus die Stimme abzugeben. Bitte, wer dafür ist, der gibt ein Handzeichen. – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich ersuche nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

6. Ldtgs.Zl. 281-30/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Schulbaufonds – Änderung des Schulgesetzes mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag umgehend eine Novelle zum Kärntner Schulgesetz zur Beschlussfassung vorzulegen. Dies mit dem Inhalt, dass die Bestimmungen über den Schulbaufonds dahingehend abgeändert werden sollten, dass zukünftig auch vom Schulbaufonds Musikschulen unterstützt werden können und weiters, dass generell Sanierungsmaßnahmen vom Schulbaufonds unterstützt werden können.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Mag. Grilc gemeldet. Bitte, ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus der Textierung entnehmen Sie die wesentlichen Punkte. Uns geht es darum, dass wir in einer Debatte, die eigentlich schon über längere Zeit geht und wo man Lösungsvorschläge auf dem Tisch hat, zu einem Schlusspunkt kommt und endlich auch im Innenausbau, bei Sanierungsmaßnahmen und dann in weiterer Folge für die Musikschulen solche Möglichkeiten schafft. Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Warum tönt es so schön aus dem Musikschulwerk? Das ist eine berechtigte Frage, ich werde sie Ihnen auch beantworten. Denn diese Erfolgsgeschichte des Kärntner Musikschulwerkes ist eine, die mit dem Namen Dr. Jörg Haider untrennbar verbunden ist und zwar deshalb, weil er alle ihm möglichen Voraussetzungen für diese Weiterentwicklung geschaffen hat. Ich erinnere daran, dass zu allererst die gesetzlichen Grundlagen geändert worden sind, dass die beiden Direktionen des Landeskonservatoriums und des Musikschulwerkes getrennt, das Personal massiv aufgestockt und dass auch im organisatorischen Bereich viele neue moderne und innovative Strukturen geschaffen worden sind. Deshalb ist in den vergangenen neun Jahren die Zahl der Musikschülerinnen und Musikschüler in Kärnten von damals 7.000 auf ungefähr 17.000 gewachsen. Es gibt aber einen Bereich, der noch offen geblieben ist, das ist der Bereich des Sachaufwandes und da sind wir jetzt bei diesem Dringlichkeitsantrag. Den Herrn Landeshauptmann würde es sicher sehr freuen, dass das, was er vorgeschlagen hat, dass nämlich der Schulbaufonds auch für Musikschulen eingesetzt werden sollte, jetzt durch einen ÖVP-Antrag beschleunigt werden soll. Aber der Antrag, liebe ÖVP, dem wir zwar zustimmen werden, ist an die falsche Adresse gerichtet. Das Ganze wäre längst auf Schiene, wenn nicht immer Querschüsse des Städte- und Gemeindebundes in Form von immer neuen Ideen, vielleicht weißt du das nicht, Herr Präsident, kommen würden. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo spricht damit 2. Präs. Ferlitsch an.)* Es werden immer wieder Forderungen aufgestellt, die das Ganze aufhalten. Ich bitte daher, alle jene, die auch im Gemeinde- und im Städtebund tätig sind, ihre Kraft dafür einzusetzen, dass dort endlich einmal Schluss gemacht wird, dass dieses Gesetz auf Schiene gebracht wird. Alle warten bereits darauf, es ist eine gute Geschichte und deshalb werden wir dem auch, unabhängig davon, wo die Blockierer sitzen, hier die Zustimmung geben. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Seiser das Wort.)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu, geben aber zu bedenken, dass eigentlich die Regelungen, die getroffen werden sollten im Zusammenhang mit dem Musikschulwerk im Schulbaufonds bereits in Diskussion stehen. In mehreren Ausschusssitzungen ist es schon besprochen worden. *(Abg. Trettenbrein: Es gibt einen eigenen Arbeitskreis!)* Es gab bereits mehrere Besprechungen, es wurden schon sehr viele Auskunftspersonen befragt in diesem Zusammenhang und es ist damit zu rechnen, dass zu Beginn des Jahres 2009 die gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden sein werden. Insofern geben wir mit unserer Zustimmung der ganzen Materie noch einen zusätzlichen Schub. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte die Plätze einzunehmen und um ein Zeichen der Zustimmung. – Jawohl, das ist einstimmig so beschlossen. Mir liegt zum Inhalt selbst keine Wortmeldung vor. Ich lasse nun über den Inhalt abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Bitte, Herr Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

7. Ldtgs.Zl. 301-7/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Ostspange für Klagenfurt mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, das Projekt der Ostspange für Klagenfurt, welches nach derzeitigen Schätzungen rund 10 Mio. € inklusive der notwendigen Grundstücksablösen kostet, mit einem Drittel der Gesamtkosten zu unterstützen, und ... und weiters

in gemeinsamen Verhandlungen mit der Stadt Klagenfurt bei der Bundesregierung zu erreichen, dass seitens des Bundes dieses Projekt im Rahmen einer Sonderfinanzierung zumindest mit einem Drittel unterstützt wird.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Adi Winkler, herzlich willkommen hier im Kärntner Landtag zu später Stunde! *(Der Redner wendet sich damit an einen Zuschauer auf der Zuschauertribüne.)* Es freut uns, dass noch ein Journalist Interesse an den hier stattfindenden Beratungen hat. Die Ostspange für Klagenfurt ist bei der derzeitigen Einbindung der Görtschitztal-Straße in die Packer Bundesstraße und in weiterer Folge mit dem Südring. Da passieren ständig Staus. In Wahrheit geht dort nichts weiter. Deswegen gibt es ein fix fertiges Projekt dieser Ostspange zu Klagenfurt. Da gibt es auf der einen Seite einen Kreisverkehr bei der jetzigen Autobahnauffahrt Klagenfurt-Ost, wo diese zur B-70 kommt. Ich glaube, wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region ansieht, dann ist so eine Spange jedenfalls eine sinnvolle Lösung, wenn wir allein daran denken, dass 200 Hektar wertvolles Bauland erschlossen werden können. Die Finanzierungskosten betragen rund 10 Millionen Euro inklusive der Grundstücksablösen. Diese Grundstücke sollen gemeinsam vom Land und von der Stadt für dieses Projekt angekauft werden. Der Bund, und das ist der springende Punkt, soll sich an der Finanzierung des Gesamtprojektes mit zumindest einem Drittel der Gesamtkosten beteiligen. In Verhandlungen sollte zumindest versucht werden, eine 50-prozentige Zusatzfinanzierung, also Mitfinanzierung des Bundes erreichen zu können. Ich gehe davon aus, dass dies im Sinne aller Fraktionen ist, denen Klagenfurt und die Klagenfurter Entwicklung wichtig ist. Ich bitte um die Zustimmung! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Mag. Trannacher das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Herr Präsident! Liebe Zuhörer! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Lieber Stephan! Würde ich jetzt im Klagenfurter Gemeinderat sitzen, dann würde ich sagen, das ist ein typischer Bidovec-Antrag. Denn Bidovec, der Klubdirektor des ÖVP-Landtagsklubs ist nämlich zufällig auch Klagenfurter Gemeinderat und seines Zeichens Verkehrssprecher. *(Heiterkeit und Lärm im Hause.)* Wie es halt immer bei den Bidovec-Anträgen so ist, sind sie zwar gut gemeint, aber schlecht recherchiert. *(Abg. Tauschitz: So ein Zufall!)* Zum einen liegt uns Klagenfurt wirklich sehr am Herzen. *(Abg. Tauschitz: Schauen wir einmal!)* Die Problematik im Osten Klagenfurts mit dem Verkehr und den dauernden Unfallgefährdungen dort sind ein Riesenproblem! Nur, dieses Riesenproblem ist entstanden, weil man immer Husch-Pfusch-Lösungen gemacht hat und sich nie wirklich nachhaltig mittel- und langfristig mit der Problematik der Einfahrtsstraßen im Osten nach Klagenfurt und um Klagenfurt herum beschäftigt hat. Dieser Antrag ist wieder so etwas: Ein bisschen eine Husch-Pfusch-Geschichte mit innovativen Kreisverkehren. Ich weiß nicht, der der jetzt noch draußen ist, funktioniert nicht. Da kracht es nämlich permanent. *(Abg. Tauschitz: Das ist ein anderer! Du weißt nicht, worum es geht! Es soll ein neuer gebaut werden!)* Ich weiß nicht, was ein innovativer Kreisverkehr ist, vielleicht ist er eckig oder man muss dort ausnahmsweise links und nicht rechts blinken. *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der ÖVP-Fraktion.)* Ich habe keine Ahnung, da lasse ich mich gerne aufklären. *(Lärm im Hause.)* Wie das in einem Satz gehen soll, das war rhetorisch wirklich eine Meisterleistung, in einem Satz zugleich die zumindest Drittel-Mitfinanzierung und 50-prozentige Mitfinanzierung des Bundes zu fordern. *(Abg. Tauschitz: Mindestens ein Drittel! Wir sollten versuchen die Hälfte zu kriegen! – Der Vorsitzende betätigt die Glocke.)* Das ist für mich eine wirkliche Kunst! Eine wirkliche Kunst! Ich muss dir gratulieren, das gelingt nicht so bald einem, so unterschiedliche Botschaften in ein und demselben Satz zu verbinden. *(Abg. Tauschitz: Aber du stimmst zu?)* Wir stehen diesem Antrag, der Intention – gut gemeint, schlecht gemacht – grundsätzlich positiv gegenüber. Wir werden diesem Antrag aber keinesfalls

die Dringlichkeit geben, weil wir davon abkommen müssen, *(Abg. Tauschitz: Ihr seid nicht für Klagenfurt! Ihr wollt nur Parteipolitik machen!)* Husch-Pfusch-Lösungen zu machen und irgendetwas zu beschließen, damit wir so tun, als täten wir halt etwas, sondern wir sollten es diskutieren, im Ausschuss mit Experten beraten und dann eine vernünftige Lösung für den Osten von Klagenfurt finden! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Ing. Haas das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

(Abg. Ing. Scheuch: Dem Ingenieur ist nichts zu schwer!) Nein, es ist nicht zu schwer. *(3. Präs. Dr. Strutz: Erkläre uns, was ein innovativer Kreisverkehr ist! – Heiterkeit und Lärm in der F-Fraktion. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Worte meiner Vorrednerin haben mir eh zu denken gegeben. Dazu habe ich mir meinen Teil gedacht. Wie heißt das? Schuster bleib bei deinen Leisten, das habe ich mir zuerst gedacht.

Als ich heute Mittag die Kronen Zeitung durchgeblättert habe, da bin ich auf den Artikel gestoßen: „Der Herr Bürgermeister und der Herr Landeshauptmann haben sich für den Bau der Süd-Ost-Umfahrung Klagenfurt eingesetzt.“ *(Abg. Ing. Scheuch: So ist das!)* Daraus geht hervor, dass wir vom Bund Geld für dieses Projekt benötigen. Ich habe mir gedacht: Jawohl, das ist ein gutes Projekt. Das ist eigentlich eine logische und sinnvolle Variante. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: War es dann nicht der Bidovec?)* Es ist eine Ergänzung zum Ausbau des Südringes. Von der Autobahn bis zur Süduferstraße ist ja schon einiges geschehen. Das vermeidet den Stau in der Völkermarkterstraße, teilt den einfließenden Verkehr vom Osten. Das heißt, man kann an mehreren Stellen in die Stadt hineinfahren und verringert damit auch die Feinstaubbildung. Soweit in kurzen Worten vielleicht die Notwendigkeit dieses Projektes. Heute haben wir ja schon viel über Konjunkturbelebungen diskutiert und geredet. Natürlich ist für mich dieses Infrastrukturprojekt dazu prädestiniert, Belebung in die Kärntner Bauwirtschaft zu bringen, *(Abg. Tauschitz: Deswegen dringend!)* zumal ja in dem

Ing. Haas

von der Bundesregierung beschlossenen 800 Millionen- Infrastrukturpaket kein einziges Kärntner Projekt enthalten ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Da schau her!*) Da haben wir heute schon mehrmals darüber gesprochen.

Nun liegt mir der Text dieses Zeitungsberichtes als Dringlichkeitsantrag vor. Wir werden natürlich die Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag geben. Wir fordern aber die SPÖ und die ÖVP zusätzlich auf, auf ihre schwarz-rote Regierung Druck auszuüben, diese Sonderfinanzierung durchzuführen, denn daran entscheidet sich schließlich die rasche Umsetzung. Die technische und fachliche Umsetzung in Kärnten wird nicht ein Problem sein und daran wird es nicht scheitern. (*Abg. Ing. Scheuch: Bravo, Haasi! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten bitte die Plätze einzunehmen! Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die Zweidrittelmehrheit. Ich weise den Antrag dem Verkehrsausschuss zu. Ich darf nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

8. Ldtgs.Zl. 402-7/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Rechtsschutz für AVW Anleger mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert den geschädigten Kärntner Kleinanlegern der Investmentfirma AVW einen geeigneten Rechtsschutz zu gewähren.

(*Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In aller Kürze: Ich habe anlässlich der letzten Landtagssitzung darauf hingewiesen, dass wir im Zusammenhang mit Bankenkrisen nicht allzu weit schauen müssen. Der Blick reicht bis Krumpendorf, wo ein Investmenthaus in arge finanzielle Schwierigkeiten gekommen ist. So wie man sich auf Bundesebene darüber Gedanken macht, wie man die Banken rettet und sich nicht Gedanken darüber macht, wie man eigentlich die Manager, die diese massiven Verluste zu verantworten haben vielleicht zur Kasse bittet und auch darüber nachdenkt, dass man nicht nur bei den Gewinnausschüttungen mit dabei ist, sondern auch dann, wenn Negativbilanzen zu verantworten sind hier auch Konsequenzen einfordert, so macht man sich auch im Land Kärnten Gedanken darüber wie man die Familie Auer von Welsbach rettet, aber nicht wie eigentlich die vielen hundert Familien und Kleinanleger geschützt werden. Es sind viele, vor allem kleine Sparer gewesen, die man von Seiten der Familie Auer von Welsbach in die Irre geführt hat. Nämlich nicht nur, dass man ihnen eine Rechtssicherheit ihrer Genussscheine vorgegaukelt hat, die es gar nicht gegeben hat, sondern man hat sie auch mit möglichen hohen Renditen geködert. Es sind nicht die großen Investoren, die hier ihr Geld sozusagen überantwortet haben, sondern es sind viele kleine Anleger gewesen, die Sparbücher in der Hoffnung einer höheren Rendite hier zur Verfügung gestellt haben. Die bleiben jetzt auf der Strecke! Ich glaube, es wäre ein gutes Zeichen, nachdem die Familie Auer von Welsbach sich nicht nur an auch landesnahe Banken um finanzielle Unterstützung gewendet hat, sondern auch an das Land Kärnten, dass wir hier ein deutliches Signal setzen. Das wollen wir von Seiten des BZÖ tun, dass wir nämlich auf Seiten der Kleinen und Geschädigten stehen, auf Seiten jener hundert Familien und Kleinanlegern, die sich jetzt keinen Anwalt leisten können, die keinen Rechtsschutz einfordern können, um wieder zu ihrem Ersparten zurück zu kommen und auch zum Recht zu kommen. Deshalb wäre es gerade in Zeiten, in denen die Öffentlichkeit, in denen der Bund, in denen das Land Millionenbeträge, hunderte Millionenbeträge den Banken, den Bankmanagern, damit die Verantwortungen und Haftungen nicht schlagend werden, Millionenbeträge zur Verfügung stellt, gerade in diesen Zei-

Dr. Strutz

ten sollte ein soziales Kärnten ein Zeichen setzen, nämlich für die Kleinen und Geschädigten und ihnen kostenlos einen Rechtsschutz gewähren und zur Verfügung stellen. Das ist nicht viel Geld, das hier benötigt wird. Wir brauchen im Prinzip einen Anwalt, der hier eine Sammelklage einbringen kann. Aber jenen Pensionisten, die hier angelegt haben, jenen Geschädigten wird damit auch ein Zeichen gesetzt, dass sich das Land Kärnten nicht nur um die Großen, nicht nur um die Manager Sorgen macht und ihnen finanziell hilft, sondern auch um die Kleinen, die letztendlich die Hunde beißen und die die Zeche zahlen müssen. In diesem Sinn lade ich Sie ein, diesen Dringlichkeitsantrag des BZÖ zu unterstützen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Tiefnig das Wort.)

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

(Abg. Ing. Scheuch: Der Tiefi ist ein Versicherungshai!) Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Das ist ja sehr verwunderlich: Rechtsschutz für AVW-Anleger. Es gibt ja sehr viele und komischerweise immer bei Finanzdienstleistern, die das Zocken in den Vordergrund stellen. Man könnte AWD sagen, E & S sagen. Wenn wir jetzt einen Rechtsschutz für etwas suchen, was schon passiert ist, dann werden wir ein Pech haben! So gut kenne ich mich in der Versicherungsbranche aus, das kann nur ein Rechtsbeistand sein, nie ein Rechtsschutz. Denn dann baue einen Autounfall und wenn der Autounfall passiert ist, dann schließe einen Rechtsschutz ab und dann werden sie dich vertreten! Das wird leider nicht gehen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wie gesagt, es gibt ja nicht nur die AVW-Anleger, es gibt ja auch sehr viele andere. Günter Willegger wird mir recht geben, dass es auch andere Organisationen gibt, die Mitarbeiter los schicken, die einen Crash-Kurs machen, die mit horrenden Summen geködert werden, *(Abg. Trettenbrein korrigiert den Redner bei der Betonung des Wortes „horrenden“.)* was für Verdienstmöglichkeiten es gibt. Es ist Horror, was da passiert ist. Das kann man auch dazu sagen. Da gibt es nämlich viele Freiberufler, die sich jetzt schon verstecken und untertauchen. Es gibt zum Beispiel Betriebe in der Steiermark, die schon 300 Mitarbeiter entlassen oder ihre so genannten Verträge gekündigt haben.

Seriöse Banken und seriöse Versicherungen wurden da wirklich massivst durch solche kriminellen Manager geschädigt. Was man noch dazu sagen muss: Hauptsächlich geschädigt wurden viele, viele Anleger! Dieser Antrag beinhaltet noch so viele Fragen. Was ist ein Kleinanleger? *(3. Präs. Dr. Strutz: Das ist genau definiert!)* Für einen sind 50.000,-- Euro ein kleiner Anleger, für einen anderen sind ... genau! Das steht in diesem Antrag grundsätzlich nicht drin. Wie soll diese Rechtsschutzversicherung ausschauen? Dieses steht auch nicht drin. Ein Rechtsbeistand – ich weiß das. *(Abg. Trettenbrein: Der Begriff „Kleinanleger“ ist definiert.)* Jetzt folgendes:

Wir sind immer hergegangen und haben gefordert, der Staat muss dabei sein. Was ist passiert? Da brauche ich nicht sehr viele Fraktionen hier im Haus nennen. Wer hat immer gefordert: Mehr privat, weniger Staat! Die private Säule, da ist viel mehr Gewinn zu lukrieren und die Pensionen sind dann auf der dritten Säule gesichert. Was ist passiert daraus? Nach wenigen Monaten oder nach wenigen Jahren müssen jetzt wieder die Politik und die öffentliche Hand eingreifen und das finde ich nicht in Ordnung. Wenn es eine Dringlichkeit sein sollte, das soll im Ausschuss behandelt werden, welche Rahmenbedingungen, was sind Kleinanleger, wie schaut dieser Rechtsbeistand aus. Ich muss sagen, es gibt auch bei diesen Anlegern, auch bei AvW-Kunden sehr viele, die spekuliert haben mit hohen Gewinnen, weil sonst hätten sie das normal auf eine Bank getragen und hätten mit vier oder fünf Prozent auch genug gehabt. *(Abg. Trettenbrein: Sag doch gleich, dass du den kleinen Leuten nicht helfen willst!)* Also in diesem Sinne: Die SPÖ-Fraktion wird diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen! *(Abg. Trettenbrein: Typisch SPÖ! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Danke vielmals, Herr Präsident! Hohes Haus! Bemerkenswert, wie aus einem so kleinen, durchaus nicht unwichtigen Antrag plötzlich eine allgemeine Finanzdiskussion entsteht. Lieber Kollege Tiefnig, es mag durchaus sein, dass es interessant ist, von hier aus über die weltweite

Tauschitz

Finanzkrise zu diskutieren, aber ich habe heute schon einmal den internationalen Währungsfonds zitiert. 1.400 Milliarden Schaden in den letzten Monaten und wir in Kärnten haben ein Bruttoinlandsprodukt von 16 Milliarden, Österreich von 250. Also ich glaube, dass die Frage, ob wir als Kärntner Landtag, in weiterer Folge die Regierung, den Kärntner Anlegern und Anlegerinnen, die bei AvW jetzt im Regen stehen, einen Rechtsbeistand zur Verfügung stellen oder nicht, benötigt keine Analyse der weltweiten Finanzkrise, (*Zwischenruf von Abg. Strauß.*) benötigt ausschließlich eine Frage an uns selbst als Politiker, ob wir das wollen oder nicht. Ich sage und die ÖVP sagt, wir müssen denen, die jetzt im Regen stehen, die nicht von Haus aus etwas dafür können, weil sie diese Produkte gekauft haben, sondern weil man ihnen in der Masse vorgegaukelt hat, dass diese Produkte funktionieren. Und da können wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen und einfach so tun, als wären alle selber schuld.

Weil es sind auch nicht alle Häuselbauer selber schuld, die ihre Häuser in Fremdwährungskrediten, in Schweizer Franken zum Beispiel, gebaut haben, deshalb werden wir uns sehr wohl auch überlegen müssen, was wir, nicht nur für die Banken, wo wir Milliarden an Sicherstellungen hergeben, sondern was machen wir für die, die es wirklich trifft? Die jetzt wirklich vor dem Nichts stehen, die jetzt wirklich das Häusel verlieren. (*Abg. Tiefnig: Was glaubst du, was da ein Rechtsbeistand tut?*) Können wir jetzt hergehen und sagen: Alle selber schuld! Ja, wer hat ihnen denn das eingeredet? Was hat denn die Politik gemacht? Selbst die Politik in ganz Europa ist hergegangen und hat angefangen, die Pensionen plötzlich an den Finanzmarkt zu koppeln anstatt an den realen Wirtschaftsmarkt. Das ist das Problem und deswegen sagen wir von der ÖVP – und jetzt mache ich diese Klammer des Exkurses wieder zu – zu diesem Antrag selbstverständlich inhaltlich ja und auch dringlich ja. Da brauchen wir im Ausschuss nichts beraten. Es gibt einen Anwalt, der sie unterstützt und fertig. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich darf

die Abgeordneten bitten, alle Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte um ein Handzeichen. – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu. (*Es herrschen Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) Ich bitte die Abgeordneten, sich zu beruhigen und ersuche den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes. (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte! – Es herrscht starker Lärm im Hause.*) Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich darf um Aufmerksamkeit bitten und sich zu beruhigen. Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

9. Ldtgs.Zl. 333-6/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009 in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass

die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2009 in Kärnten am 1. März 2009 durchgeführt werden;

die wahlwerbenden Parteien freiwillig auf die Aufstellung von Wahlplakaten in ganz Kärnten (zumindest teilweise) verzichten;

die finanziellen Aufwendungen für Einschaltungen in Printmedien durch die wahlwerbenden Parteien limitiert werden;

ein umfassendes Fairnessabkommen von allen Parteien abgeschlossen wird.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trannacher zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Zuhörer! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Wir haben heute ja ausführlich, sehr aufgeregt

Mag. Trannacher

und mit unterschiedlichem Ausgang über eine Reihe von Krisen diskutiert. Die Krise der Finanzwirtschaft, der Energiewirtschaft, die drohende Wirtschaftskrise. Ein bisschen vergessen haben wir die Lebensmittelkrise, die ja auch noch da ist und noch gravierende Auswirkungen haben wird auf uns alle. Worüber wir nicht gesprochen haben, ist die Krise der politischen Systeme oder vielmehr die Krise der politischen Kultur in unserem Land. *(Abg. Trettenbrein: Zum Beispiel die große Krise der SPÖ, oder was?)* Wir haben zwar darüber gesprochen, mit wechselseitigen Schuldzuweisungen, dass es in Wahrheit immer nur mehr um Inszenierung und Show geht, um das Erfinden von stets neuen, spektakulären und meist wenig effizienten und nachhaltigen Vorschlägen und Maßnahmen und ein atemberaubendes Tempo, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die SPÖ kann ja wohl agieren. Und die kleinen Leute lasst ihr im Regen stehen!)* bei dem die Bevölkerung zum einen verwirrt wird, weil sie nicht mehr weiß, was tatsächlich Sache ist und zum anderen verunsichert. Und deshalb haben wir als Sozialdemokratische Fraktion uns dieses Themas angenommen und gesagt, wir sollten zumindest im eigenen Wirkungsbereich, nämlich hier im Kärntner Landtag, mit gutem Beispiel vorangehen.

Deshalb schlagen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag ganz wenige, konkrete Schritte vor. Der erste, dass wir die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeister- und Bürgermeisterinnenwahlen 2009 mit einem Termin fixieren, nämlich mit dem 1. März 2009. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wir haben jetzt andere Sorgen!)* Das schafft zum einen Sicherheit in der Orientierung der Kärntner Bevölkerung, zum anderen, wenn wir die Wahlgänge zusammenlegen, sparen wir unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zumindest eine Millionen Euro an Kosten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Der zweite Punkt und ebenso wichtig, um in unsere politische Diskussion wieder so etwas wie Kultur, Zuverlässigkeit hineinzubringen, wäre eine freiwillige Selbstbeschränkung der Parteien in zwei Bereichen. Zum einen in der *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das sagen Sie als Klagenfurterin! – Zwischenruf von Abg. Zellot.)* Anzahl der Plakate, die aufgestellt werden, denn in Wahrheit geben wir den Leuten damit nicht die notwendige Entscheidungsgrundlage, um zu wählen. Wir verwirren sie und wir plakatieren unsere Straßen so zu, dass man in Wahrheit den

Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Und wir sind auch für eine freiwillige Selbstbeschränkung, was die Kosten und die Einschaltungsflut in Medien anbelangt. Auch das ist in Wahrheit ein Versuch, sparsam mit dem Steuergeld der Kärntnerinnen und Kärntner umzugehen.

Und der letzte und für mich sehr wesentliche Punkt ist die Verhandlung, der Abschluss und das Einhalten eines umfassenden Fairnessabkommens während des Wahlkampfes *(Abg. Rossmann: Das sagt ausgerechnet ihr? Das sagt ausgerechnet die SPÖ?)* und für die zukünftigen Legislaturperioden. Denn wenn ich mir die Debatten hier im Hohen Haus so anhöre, dann frage ich mich bei jeder Sitzung mehrmals a) was tust du hier eigentlich und b) wie weit haben wir alle – und ich nehme uns da alle mit hinein und niemanden aus – es kommen lassen in diesem wunderschönen Land Kärnten, dass die politischen *(Zwischenruf von KO Abg. Ing. Scheuch.)* Debatten in Wahrheit auf dem Niveau einer Löwinger-Bühne stattfinden. In diesem Sinne ersuche ich Sie und bitte ich Sie, unserem konstruktiven Vorschlag in Form eines Dringlichkeitsantrages zuzustimmen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Rossmann: Sie hat den Landtag beleidigt! Da müsste es einen Ordnungsruf geben. – Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion: Das ist Volkskultur, die Löwinger-Bühne!)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter Tauschitz (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Ausführungen meiner Vorrednerin sprechen an und für sich für sich selbst und bedürfen keiner weiteren Erläuterung, Begründung, von mir, weil ich glaube, jeder hier im Hause hat sich jetzt dasselbe gedacht. Aber etwas möchte ich zu diesem Antrag schon sagen. Abgesehen davon, einen Dringlichkeitsantrag zum Gemeinderats-, Landtags- und Bürgermeisterwahltermin zu machen ist einmal die eine Seite, das wird üblicherweise in Parteiengesprächen vereinbart und dann gibt es dazu eine Geschäftsordnung und eine Verfassung, die das genau regelt, wie das vonstatten zu gehen hat. Deswegen will ich mich dazu gar nicht weiter auslassen, aber dass die wahlwerbenden Parteien freiwillig auf die Auf-

Tauschitz

stellung von Wahlplakaten in ganz Kärnten (zumindest teilweise, wohlgemerkt!) verzichten, ist ziemlich lustig, wenn ich weiß, dass die SPÖ ihre Plakatständer schon gebucht hat! (*KO Abg. Seiser: Woher weißt du denn das?*) Weil, als wir unsere Plakatständer buchen wollten, haben wir gehört, die SPÖ hat sie schon gebucht. Also da geht es einmal los! Ihr habt eure Plakatständer schon gebucht und es ist völlig unrealistisch, weil es einfach Show ist. (*Abg. Strauß: Stimm zu!*) Und genau dieser Antrag ist die Darstellung dieser Show! Wir machen den Bürger glauben, wir brauchen keine Plakate, Demokratie braucht nichts zu kosten. Überhaupt kein Problem, am besten schaffen wir die Politiker gleich mit ab, sind eh nur Löwinger-Bühne. (*Zwischenruf von KO Abg. Seiser.*) Das ist nicht seriös! Weil ich schau mir an, ob der Herr Manzenreiter kein Plakat aufstellen wird in Villach, ich schau mir an, ob der Gerhard Mock kein Plakat aufstellen wird in St. Veit, ich schau mir an, ob in Spittal keine Plakate stehen werden, weil es schlicht und ergreifend nicht der Realität entspricht. (*Es herrscht Unruhe im Saal. – Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Bitte um mehr Aufmerksamkeit!*)

Der nächste Punkt, der dritte: Die finanziellen Aufwendungen für Einschaltungen in Printmedien durch die wahlwerbenden Parteien soll limitiert werden? Ich wäre ja wirklich versucht, da jetzt einmal herzuzugehen und einen „Zuckaus“ zu bekommen, wie verlogen politische Parteien hier in diesem Haus mit diesem Thema umgehen. Wir sollten irgendwann einmal überlegen, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen, wie Parteienfinanzierung in Österreich stattfindet und wie Inseratfinanzierungen stattfinden! Hier jetzt herzuzugehen und zu sagen, die finanziellen Aufwendungen zu limitieren, wo die SPÖ eine Fraktion ist, die überall Inserate schaltet und der Herr Faymann die ÖBB und die ASFINAG dazu verdonnert hat, die Inserate zu zahlen und das in Wahrheit schon zu einer Unkultur verkommen ist, (*Abg. Schober hält ein Plakat in die Höhe: „Endlich Gratiskindergarten“ – Es herrscht Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) halte ich wirklich für vermessen. Es ist schlicht und ergreifend unglaublich! Unglaublich! Wenn es wirklich glaubwürdig gemeint wäre, liebe Frau Kollegin und liebe Fraktion der Sozialdemokratie, dann hättet ihr, wie man das im Nor-

malfall macht, mit den anderen Klubs Kontakt aufgenommen, mit den Parteichefs Kontakt aufgenommen und dann hätte man darüber sprechen können. (*Zwischenruf von KO Abg. Seiser.*) Aber, geh bitte, das ist lächerlich! Lieber Herwig! Mich hast du noch nicht eingeladen und mit unserem Landesrat Dr. Josef Martinz habe ich vor fünf Minuten geredet (*KO Abg. Seiser: Schon eingeladen! Alle schon eingeladen!*) und er hat auch noch keine Einladung bekommen! (*KO Abg. Seiser: Aber der Geschäftsführer! – Vorsitzender: Herr Klubobmann Seiser, bitte!*) Und der Herr Geschäftsführer, Landespartei sekretär Achill Rumpold und der Landesgeschäftsführer Thomas Goritschnig waren auch gerade vor der Tür und haben auch nichts von einer Einladung gewusst. (*KO Abg. Seiser: Die sind eingeladen seit heute in der Früh!*) Also schon wieder erzählt ihr hier einfach irgendein „Gschichtl“ und das ist nicht seriös. Das ist nicht seriös! Das Fairnessabkommen, da wissen wir ja, wer das am ehesten bricht. Ich erinnere an den Nationalratswahlkampf, den vorletzten, was da für eine Schmutzkübelkampagne von Seiten der SPÖ gefahren wurde. So etwas haben wir ja überhaupt noch nie gesehen! Also hört bitte auf, solche Anträge hier im Haus einzubringen, weil es tut mir einfach weh. Wenn ihr es ernst meint, dann reden wir ernst, aber bitte nicht so eine Show abziehen! Danke vielmals! Wir werden selbstverständlich nicht die Zustimmung geben. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Ing. Scheuch zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor gar nicht allzu langer Zeit hat irgendeine rote Prammer gefordert, die Gehälter der Abgeordneten offen zu legen. (*3. Präs. Dr. Strutz: Das ist die, die jetzt die Klubförderung so verteidigt!*) Ich glaube, das ist genau die, lieber Herr Dritter Präsident. Und wir, wenn ich mich recht erinnere, sind – bis auf die Grünen – bis zum heutigen Tag der einzige Landtagsklub, der das gemacht hat.

Dies möchte ich nur eingangs erwähnen zu dem scheinheiligsten Antrag, der mir jemals in diesem Haus bis zum heutigen Tage untergekommen ist. Das ist ein Fakt! Wir sind angetreten

Ing. Scheuch

und ich glaube, das ist auch der entscheidende Punkt in diesem Bereich, um für Kärnten zu arbeiten und nicht immer über Wahlen zu reden. Mich erstaunt das, weil der Herr Rohr entpuppt sich in letzter Zeit zu einem richtigen Wahlverlierer. Wenn man böse wäre, könnte man sagen, ein richtiger „Rohrkrepierer“, der die Wahl gegen die Frau Schaubig verloren hat, dann hat er das schlechteste Nationalratswahlergebnis aller Zeiten eingefahren. (*Anhaltende Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) Weiters hat er auch im Kärntner Landtag verloren und vielleicht verliert er auch bei der nächsten Wahl ziemlich. Die kommt früh genug, eure Niederlage, keine Sorge meine lieben Freunde von der SPÖ! Ich kann mir auch vorstellen, dass Sie vielleicht gar keine Wahlplakate aufstellen wollen, weil der Spitzenkandidat nicht so fotogen ist. (*Heiterkeit und Beifall in der F-Fraktion.*) Sie haben bereits mehrfach Ihre Spitzenkandidaten verstecken müssen! (*Wiederholte Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) Das heißt, den Herrn Gusi hat man auch nicht wirklich plakatiert, weil er kein schönes Gesicht gehabt hat. Ich meine, den Reinhart, das ist eine Geschmacksfrage, wenn Sie ihn nicht plakatierten wollen, brauchen Sie das nicht tun. (*Lärm im Hause.*) Wenn Sie, liebe Frau Abgeordnete Trannacher, hier sprechen von einem großen Vorbild, (*Abg. Arbeiter: Ihr müsst das Bild von eurem schönsten Mann nehmen!*) wer ist der schönste Mann Gebhard (*Abg. Arbeiter: Petzner!*), nein, der steht nicht zur Wahl! Fakt ist, dass Sie Ihren Kandidaten anscheinend nicht plakatierten wollen. Wenn Sie sich für ihn schämen, ist das Ihre Angelegenheit, nicht unsere. (*Abg. Seiser: Dörfler will das auch nicht!*) Nein, nein, wir wollen unsere Leute schon plakatierten, werden das auch machen und werden natürlich hier auch keine verlogene Show abziehen.

Im Übrigen gibt es noch etwas: Fairnessabkommen. Eine lustige Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren! So etwas ähnliches haben wir einmal in Oberkärnten versucht und postum von Herrn Köfer vor genau ein paar Monaten ausgerichtet bekommen, dass das größter Schwachsinn ist und er überhaupt kein Fairnessabkommen macht! Mit Leuten wie Ihnen, die Plakatflächen in ganz Kärnten bereits gebucht haben und hier einen Antrag machen, dass man keine Plakate aufstellen soll, wird man schwer ein Fairnessabkommen machen können. Das ist

nicht nur unfair, sondern das ist einfach peinlich blöd. Anders kann man es nicht ausdrücken und in diese Kategorie wird dieser Antrag letztendlich auch verbannt werden und wird er auch bleiben. Natürlich wird es in Kärnten einen guten, ausgewogenen und vernünftigen Wahlkampf geben. Wir brauchen unsere Leute nicht verstecken auf Wahlkampfplakaten und brauchen auch keine Fairnessabkommen, weil wir eigentlich eine faire Partie sind! Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. (*Zwischenrufe im Hause.*) Bitte um Ruhe! Wir stimmen jetzt über die Dringlichkeit ab. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, dann bitte um ein Handzeichen. – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu. (*Abg. Ing. Scheuch: Jetzt kommt er auf das Plakat, o weh!*) Bitte nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

10. Ldtgs.Zl. 45-29/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Rechnungsabschluss 2006, Rechnungsabschluss 2007, Landesvoranschlagsentwurf 2009 und Budgetbericht mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag – gemäß den verfassungsgesetzlichen Vorschriften – umgehend folgende Unterlagen vorzulegen: vollständige schriftliche Beantwortung der von den Landtagsfraktionen zum Rechnungsabschluss 2006 gestellten Fragen; Vorlage des Rechnungsabschlusses 2007; Vorlage eines Nachtragsvoranschlags 2008; Vorlage eines Landesvoranschlagsentwurfes 2009 samt Budgetbericht; Offenlegung aller budgetären und außerbudgetären

Mag. Weiß

Schulden; sofortige Eingliederung aller Landesgesellschaften in die Kärntner Landesholding und Offenlegung der Kärntner Privatstiftung, der Freunde der Seebühne und der EADS-Stiftung.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Schlagholz gemeldet. Bitte, ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich würde vorweg bitten und ich werde meinen Beitrag leisten so wie immer, zur Sachlichkeit und ohne persönliche Diffamierungen, die ich von diesem Pult aus ohnedies noch nie abgegeben habe. Es war heute schon zu viel des Guten, das „peinlich blöd“, „Rohrkrepierer“ und „wenig fotogen“, mit all solchen Dingen heute hier von diesem Pult aus Persönlichkeiten dieses Landes diffamiert werden, die nichts anderes tun als tagtäglich ihren Beitrag leisten, wie das auch Sie tun. Nämlich ernst genommen zu werden und für dieses Land positiv zu arbeiten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wenn heute Herr Landesrat Martinz für sich in Anspruch genommen hat und gegen uns ausgesagt hat, für dieses Land nicht positiv zu arbeiten, für dieses Land nicht Verantwortung zu tragen, dann frage ich mich, wer denn Verantwortung trägt für dieses Land? Wir haben immerhin zwischen den Jahren 2004 und 2008 jedem Budget die Zustimmung gegeben. Das heißt, dass das Land in die Lage versetzt wird, arbeiten zu können. Wenn die ÖVP heute hier schon kritisiert hat dieses Maßnahmenpaket aus dem Jahre 2005, das wir im September mit einem Umfang von 27 Millionen beschlossen haben, dann war das ein Paket für die Regionalförderung! So angedacht und auch umgesetzt! Schon ein paar Monate später war es dieselbe ÖVP, die dann gemeinsam mit dem BZÖ genau diese 27 Millionen in dem sogenannten Familienpaket verbraucht hat. Diese Partei steht nicht an, herzugehen, alles zu kritisieren im Land, so quasi, wenn es um das Verteilen geht, in der ersten Reihe hocken und Rosinen picken. *(Abg. Rossmann: So wie ihr!)* Wenn es aber darauf ankommt, etwas zu verantworten, geht sie in die hinteren Reihen zurück

und gackert. Das ist nicht verantwortungsvolle Politik, das hätte ich heute gerne dem Herrn Martinz gesagt!

2004 bis 2008 haben wir die Budgets beschlossen, mit euch gemeinsam und auch mit einem guten Grund, denn wir müssen arbeiten können im Land. Denn mit der ÖVP ginge das nicht, weil die keinem Budget zustimmen würde. Daher habe ich ein Recht und fordere wiederholt, dass wir in diesem Haus die Rechnungsabschlüsse endlich diskutieren, um Transparenz zu haben in diesem Land und um die Dinge ansprechen zu können. Wie sollten wir uns um eine Schuldenentwicklung, über deren zukünftige Gestaltung auseinander setzen, wenn wir nicht den Budgetvollzug im Land haben? In einem Budget sind Zahlen niedergeschrieben und wir möchten wissen, wie es aussieht. Wir haben bei den Budgets auch mitbeschlossen, eine Expertise von einem Expertenteam zu erhalten. Dies deshalb, weil wir nicht alle vom Fach sind in diesem Haus, dass wir Experten brauchen, um den richtigen Weg zu finden, um endlich die Schuldenentwicklung, die Nettoneuverschuldung, die Gesamtverschuldung in den Griff zu bekommen. Das ist in einem Budgetvollzug nachzulesen. Sie können sich sicher sein und dahinter steht die gesamte Fraktion der SPÖ, dass wir einen Rechnungsabschluss nicht für eine postume Abrechnung verwenden, sondern einzig und allein Transparenz auch hier im Haus zu bekommen, das fordern wir auch mit den anderen Punkten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wir wollen eine Offenlegung all dieser Stiftungen, welche teilweise auch vom Land mitfinanziert werden. Das ist etwas, wozu wir Recht haben und daher fordern wir das mit diesem Offenlegen. Wir wollen auch ein Budget im nächsten Jahr haben, ein Arbeitsbudget, wie es heute Reinhart Rohr bereits angekündigt hat. Wir sind gegen Provisorien. Wir sind für ein vernünftiges Budget zu haben, das investiv ist.

Das alles steht in unserem Antrag drin, ich bekräftige das nur, nichts anderes. Sie können sich sicher sein, ich bedarf keiner Gouvernante, dass ich heraußen weiß, was ich zu tun habe! *(Abg. Rossmann: So viel zur Diffamierung!)* Dass dieser Sonderlandtag, der von euch und von einigen heute tatsächlich so verhöhnt worden ist, Aussagen von unseren Mandataren verhöhnt und lächerlich gemacht wurden, dass dieser Landtag seine Rechtfertigung hat, zeigen alleine schon

Schlagholz

die mehr als zehn Dringlichkeitsanträge. Wenn das alles so nebenher wäre, dann würdet ihr euch nicht so engagieren! Also ist das ein richtiger Tag gewesen! Lieber wäre es mir gewesen, wir hätten Vormittag diskutiert, dann wären wir jetzt schon längst fertig und hätten wahrscheinlich auch mehr Aufmerksamkeit seitens der Öffentlichkeit bekommen. Auf der anderen Seite ist es wieder gut, dass es bereits Abend ist. Wir sind zwar nicht ohne Öffentlichkeit, weil es Mikrofone gibt und es sind oben auch noch die Apparate, die uns mitfilmen, geschätzte Damen und Herren. Aber der Öffentlichkeit ist heute einiges erspart geblieben, einiges an wirklich groben Ausrutschern, einiges an Kraft rhetorik, die wir uns hier ersparen könnten. Ein Kollege von mir hat schon gesagt, ein Lavanttaler Abgeordneter, wir sollten uns ein bisschen in der Rhetorik verändern. Wir sollten uns wirklich bemühen, in einer so schwierigen Phase sollten wir ganz einfach mit uns und unseren Befindlichkeiten anders umgehen. Ich bitte euch nur, diesem Antrag, der seine Berechtigung eindeutig nachweist, auch die Zustimmung zu geben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von den Grünen.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Willegger das Wort.)

Abgeordneter **Willegger** (F):

Hoch geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Jetzt, am Schluss, diese gravierenden Worte waren wirklich sehr ergreifend, muss ich wirklich sagen. Nach vier Stunden ein Sonderlandtag der Sonderklasse, wo die SPÖ in Wirklichkeit einen konstruktiven Vorschlag vom Kollegen Markut auf die Tagesordnung gebracht hat und sonst, meine Damen und Herren, fällt mir dazu nichts dazu. Außer, dass wir Strom verbraucht haben. Aber vielleicht sollten Sie sich einmal in die Vergangenheit orientieren. 1973 hat, glaube ich, der letzte große soziale Demokrat Bruno Kreisky gesagt: Politik ist so wie Fischen, der Wurm soll dem Fisch schmecken und nicht dem Fischer! Aber der heutige Sonderlandtag hat einzig dem Landesparteivorsitzenden der SPÖ geschmeckt, sonst niemandem! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag muss ich leider sagen, ich habe zweimal in einem Ausschuss den Rechnungsabschluss auf der Tagesordnung gehabt. Wir wollten ihn ma-

chen, die Kollegen haben leider nicht zugestimmt. *(Abg. Ing. Scheuch: Wir wollten ihn machen!)* Das heißt, wir sprechen diesem Antrag die Dringlichkeit ab und wir werden ihn natürlich gerne beim nächsten Budgetausschuss behandeln. Dankeschön! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Dringlichkeitsantrag der SPÖ finde ich gut, weil er richtig ist. Ich bin selten mit Kollegen Schlagholz einer Meinung, aber heute muss ich ganz ehrlich sagen, bin ich deiner Meinung. Inhaltlich bei diesem Antrag, weil der Rechnungsabschluss 2006 noch Fragen offen sind, der Rechnungsabschluss 2007 noch nicht da ist. Alle anderen Punkte sind ebenfalls korrekt und wir sollten uns sehr intensiv über die Schuldsituation im Lande Kärnten Gedanken machen. Ich bin auch bei dir, Kollege Schlagholz, dass das ganz und gar keine postume Abrechnung mit dem Landeshauptmann werden soll, sondern eine Auseinandersetzung mit der Zukunft! Wie werden wir unser Bundesland die nächsten 10, 15, 20 Jahre finanzieren wollen? Wir haben große Probleme und die werden durch die jetzige Situation der Wirtschaft und durch die Situation, dass die Republik und auch wir massiv viel Geld investieren müssen, um die Wirtschaft am Laufenden zu halten, nicht leichter werden. Die Offenlegung der Stiftungen, dieser Freunde der Seebühne, der Freunde von irgendwas, ist auch höchst an der Zeit, dass es geschieht, dass wir wenigstens in die nächste Periode gehen können mit offenen Karten, mit dem Wissen wie es um uns steht und aus diesem Grund werden wir diesem Antrag die inhaltliche Begründung sowieso und vor allem auch die Dringlichkeit geben, weil wir sollten rasch dieses Problem lösen. Auch, wenn das dem Kurti Scheuch nicht passt! *(Abg. Ing. Scheuch: Ihr werdet zu schwach sein, ganz einfach!)* Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über den Antrag abstimmen. Wer dem die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, ich weise diesen Antrag dem Budgetausschuss zu. *(Abg. Zellot: Haben nicht einmal alle aufgezeigt dort!)* Ich darf nun bitten um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

11. Ldtgs.Zl. 236-10/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs und der Grünen betreffend Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird ersucht, die österreichische Bundesregierung aufzufordern, sich umgehend hinsichtlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU Ebene zu einigen und eine entsprechende rasche Initiative in der EU einzubringen.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Schlagholz gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Ursache all der Diskussionen, der Maßnahmen, der Ängste, die quer durch Europa und auch weltweit von Milliarden Stützungs- und Sanierungspaketen getragen werden hat ja eine Ursache in der Überlassung aller Verantwortung an einen völlig hemmungslosen, völlig freien Markt. Die totale Liberalisierung des Marktes hat jetzt gezeigt, dass Grenzen gesetzt sind. Auch wir in Österreich, das sage ich dazu, haben ja auch solche Propheten gehabt, die

diesen Markt nicht nur propagiert, sondern das auch über viele Jahre zum einzig richtigen Credo in der Regierungspolitik erklärt haben. Das muss man dazu sagen. Schüssel, Grasser & Co haben doch bitte eine Politik gemacht, die genau das zum Inhalt gehabt hat, dass sich der Staat überall heraus zu halten hat und dass der Markt alles regeln wird. *(Abg. Tauschitz: Das ist der Vorschlag vom Schüssel! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Wart ein bisschen, wart ein bisschen! *(Abg. Lutschounig: Dort wo der allein regiert hat, ist der Staat auch zusammengebrochen!)* Herr Kollege Lutschounig! Jetzt versuche ich die Historie zu erklären, warum wir heute in genau dieser Situation sind. Auch in Österreich haben wir Leute gehabt, die genau in dieses selbe politische Horn gestoßen haben. Dort haben wir Leute gehabt, die haben sogar 12,5 Milliarden von den Goldreserven abgezwickelt, damit sie ein Null-Defizit darstellen können, geschätzte Damen und Herren! Das sollte man halt alles nicht vergessen, das muss man auch sagen! Wenn ich mir nur die Meinel European Land anschau, wo in Wahrheit tausende Anleger geschädigt worden sind und ganze zwei Leute sind da gewesen, die so genannten „Wunderwutzi“, die dann profitiert haben. Genau diese Politik hat letztendlich zur Gänze versagt, geschätzte Damen und Herren! Jetzt muss man reagieren. *(Abg. Tauschitz: Sag dazu, dass die SPÖ das auch gemacht hat!)* Ich nehme niemanden aus. Jeder, der diese Politik prophetisch hinausposaunt hat, dass das das einzig Richtige ist, ist heute eines Besseren belehrt worden. Die traurige Bilanz ist, dass wir weltweit Milliarden von Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren, geschätzte Damen und Herren! Das ist ein richtiger Ansatz, daher sind wir beim grünen Antrag dabei, weil das kann nur im ganz großen Konsens in Europa gemacht werden. Das ist auch eine Chance für Europa, für die verunsicherten Bürger in Europa ein ganz große Chance, hier aufzutreten, aufzutreten in der Frage dieser Finanztransaktionssteuer. Aber es muss ganz klar und deutlich gesagt werden: Wenn die Aufsicht eine Chance hat, dann kann das nur europaweit gelingen, eine Finanzmarktaufsicht europaweit. Das muss unser Weg sein, geschätzte Damen und Herren. Dann ist Europa am richtigen Weg, dann wird es Vertrauen zurückgewinnen. Daher ist es wichtig und ich habe es auch schon signalisiert gehört, dass das doch heute ein einstimmiger Beschluss werden wird.

Schlagholz

Dann handeln Sie völlig richtig! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von den Grünen.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Zellot das Wort.)

Abgeordneter **Zellot** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem Dringlichkeitsantrag vielleicht noch ein paar Bemerkungen. Ist er schon weg? Vorne sitzt der Kollege. *(gemünzt auf Abg. Schlagholz.)* Du hast die Entwicklung der Europäischen Union ein bisschen aufgezeigt und hast auch die Analysen gebracht, wer dafür ist, wer die eigentlichen Verursacher sind. Du darfst dabei aber nicht vergessen, dass auch sehr viele von deiner Fraktion gesagt haben, was für ein Wunder die Europäische Union für uns wird. *(Zwischenruf von Abg. Schlagholz.)* Ich möchte nur darauf hinweisen, dass alle schon vergessen haben, dass uns die Frau Ederer mit ihrem „Ederer-Tausender“ alle „gelustig“ gemacht hat, was uns mehr bleiben wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Frau Ederer heute in einem österreichischen und europäischen Großkonzern ist, wo man nicht nur von der Produktion lebt, sondern auch von der Spekulation! *(Abg. Rossmann: Und von der Korruption!)* Das zu deinem Gerechtigkeitssinn, den du hier als Redner bringst. Wir waren selbstverständlich immer gegen solche Finanzaktionen sehr negativ eingestellt. Wir haben immer davor gewarnt, dass dieser „Wasserkopf“ in Brüssel natürlich hier solche Dinge macht, die für uns zum Nachteil sind. Ich glaube, das Land Kärnten und auch der Herr Landeshauptmann hat sich immer dafür eingesetzt, dass solche Dinge verhindert werden. Die wirtschaftliche Situation hat sich hier anders gezeigt, dass viele dieser Spekulation zum Opfer gefallen sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute sehr viel gemacht haben. Wenn uns heute sehr viele Wirtschaftstreibende zugehört haben, dass wir praktisch nur schwarz malen und dass wir eine Wirtschafts- und Konjunkturbelebungsdebatte hier im Kärntner Landtag führen, die sich mit Wahltermin und Plakatständen vermischt, dann bin ich davon überzeugt, das ist keine Qualität von gewissen Fraktionen hier im Kärntner Landtag. Wir werden aber diesem Dringlichkeitsantrag, der schon immer unsere Linie war, selbstverständlich die Zustimmung

erteilen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Danke vielmals, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Bitte bleibt bei der Wahrheit, auch für den Kollegen Schlagholz: Sei ehrlich und sag nicht nur Wolfgang Schüssel und Karl Heinz Grasser und diese Politiker! *(Abg. Schlagholz: Ich habe niemanden ausgenommen!)* Ja, sag wenigstens ein paar Namen von der SPÖ dazu. Es waren alle, es waren alle, es waren alle, die da Fehler gemacht haben! Der vorliegende Antrag bezüglich der Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene, den ihr mit den Grünen gemeinsam einbringt, ist eine Erfindung vom ÖVP-Obmann und ehemaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel! Der hat das schon damals zu Zeiten seiner Ratspräsidentschaft ventiliert und zur Diskussion gebracht. Selbstverständlich werden wir dem zustimmen! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Zum Inhalt selbst hat sich der Herr Abgeordnete Holub gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Ich wollte mich nur für die Zustimmung bedanken, nachdem ich ja sonst nicht zu Wort komme! Danke schön! *(Heiterkeit und Lärm im Hause. – Beifall von Abg. Dr. Lesjak und von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich lasse nun, nachdem mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, auch über den Inhalt selbst abstimmen. Wer diesem die Zustimmung

Lobnig

gibt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Ich darf nun bitten, zur Verlesung des weiteren Einlaufes zu kommen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 142-15/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Aufnahme der Südbahn in die prioritären Projekte der Transeuropäischen Netze mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass die Südbahn in die prioritären Projekte der Transeuropäischen Netze aufgenommen wird.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

2. Ldtgs.Zl. 402-9/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Maßnahmen zur raschen Belebung der Konjunktur mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur in Kärnten sofort umzusetzen:

Gebäudesanierungs-Offensive

Kesseltauschprogramm

Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr

Erhöhung der Wohnbeihilfe und Ausweitung der Anspruchsberechtigung

Massive Förderung der Sozialvereine

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

Die Beiziehung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport

wird beantragt. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig (F):**

Die Beiziehung des Ausschusses Soziales wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! Es ist die einfache Mehrheit erforderlich. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

3. Ldtgs.Zl. 325-13/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Impulsprogramm Alternativantrieb und Elektromobilität in Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein umfassendes Impulsprogramm zur Steigerung der Elektromobilität sowie von Fahrzeugen mit Alternativantrieb in Kärnten zu erstellen und umzusetzen. Dabei sollen insbesondere folgende Maßnahmen berücksichtigt werden:

Verstärkte Anschaffung von klimafreundlichen Elektrofahrzeugen und Fahrzeugen mit Alternativantrieb zur Verwendung im Landesdienst

Entwicklung eines Förderprogrammes für Private und Firmen für den Ankauf von ein- und zweispurigen Fahrzeugen mit Alternativantrieb, insbesondere für Elektrofahrzeuge sowie für die Umrüstung von ein- und zweispurigen Fahrzeugen auf Alternativantrieb

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

4. Ldtgs.Zl. 402-10/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Konjunkturbelebungsmaßnahmen mit folgendem Wortlaut:

Die Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung folgende

Mag. Weiß

Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und darüber hinausgehend die entsprechenden Initiativen auf europäischer Ebene voranzutreiben:

Städte und Gemeinden von den Zwängen des Stabilitätspaktes befreien

Steuer- und Abgabenreform ab 1.1.2009

Abschaffung Kreditgebühr

Einführung Grundsicherung und gesetzlicher Mindestlohn

Rasche Umsetzung eines EU-weit koordinierten Konjunkturprogrammes sowie die Stärkung der KMU-Kredite durch die Europäische Investitionsbank

Konjunkturbelebung als wichtigstes Ziel der EZB verankern

Weitere Senkung der Leitzinsen durch die EZB, die damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrnimmt

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

5. Ldtgs.Zl. 42-26/29:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Senioren-Tagesbetreuung mit Pflegebetten für Stadtgemeinde Althofen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Althofen und dem Regionalverein Hemmaland eine Tagesbetreuungsstätte mit Pflegebetten im Althofener Stadtkern zu schaffen.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

6. Ldtgs.Zl. 221-8/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Offenes Kunsthaus für Klagenfurt mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Der Landeskulturreferent wird aufgefordert, in Kooperation mit der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee und den VertreterInnen der Kulturinitiativen ein offenes Kunsthaus nach

dem Linzer Vorbild zu konzipieren und möglichst rasch umzusetzen. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Verwaltung des Kunsthauses autonom durch die Kulturinitiativen erfolgt und alle Kunstsparten in diesem Haus die Möglichkeiten der öffentlichen Präsentation erhalten.

Zuweisung: **Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule**

C) Schriftliche Anfragen:

Ldtgs.Zl. 404-1/29:

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ing. Mag. Schneider an Landeshauptmann Dörfler betreffend Brennholzaktion

D) Petitionen:

Ldtgs.Zl. 188-15/29:

Petition vom 29.10.2008 betreffend die Resolution der Marktgemeinde Lavamünd gegen den geplanten Einbau einer Speicherpumpe beim KELAG Kraftwerk Lavamünd überreicht durch Abgeordneten Mag. Grilc

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Danke! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir sind somit am Ende der heutigen Tagesordnung der Sondersitzung angelangt. Erlauben Sie mir, wenn ich abschließend auch als Präsident dieses Hauses an alle Damen und Herren Abgeordneten den Appell richte, sich für die zukünftigen Sitzungen bitte vielleicht in der Gesprächskultur etwas zurückzunehmen und vor allem, was mich sicher besonders stört, wenn man dieses Haus als Löwinger-Bühne bezeichnet oder vergleicht. Denn ich muss eines sagen, das ist diesem Hauses nicht würdig. Ich glaube, dass jeder, der hier herinnen sitzt, sich als Damen und Herren Abgeordnete bemüht, zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner zu arbeiten. Es liegt an uns allen, eine bessere Kultur in dieses Haus zu bringen, um alle gemeinsam hier zum Wohle

Lobnig

der Kärntnerinnen und Kärntner eine konstruktive Arbeit zu leisten und damit auch das Vertrauen in die Politik und das Vertrauen in den Parlamentarismus zu stärken. In diesem Sinne erwarte ich mir auch für die nächsten Sitzungen eine konstruktive Arbeit mit einer angenehmen Ge-

sprächskultur. In diesem Sinne verabschiede ich mich. Ich danke für die heutige Sitzung! Ich verabschiede mich aber auch bei den Damen und Herren vor dem Internet, die via Internet unsere Sitzung verfolgt haben! Danke und schönen Abend! (*Beifall im Hause.*)

Ende der Sitzung: 22.28 Uhr